

# Vorwärts

### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Versand-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

## Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

V. \*)

An Hauptstrafen kennt der Entwurf außer der Todesstrafe und den Freiheitsstrafen den Verweis, der in der Erteilung einer Rüge in mündlicher oder schriftlicher Form besteht und der im Unterschiede vom geltenden Rechte auch gegen Erwachsene zulässig sein soll, und die Geldstrafe. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Geldstrafe vom Standpunkte moderner bürgerlicher Kriminalpolitik aus ein sehr brauchbares Strafmittel ist. Zwei Hauptforderungen sind jedoch hier zu stellen, um sie annehmbar zu machen:

1. Die Umwandlung der Geldstrafe in Freiheitsstrafe wegen Zahlungsunfähigkeit des Verurteilten muß ausgeschlossen werden.
2. Die Geldstrafe muß nach den Einkommensverhältnissen des Verurteilten bemessen sein.

Keine dieser von allen einsichtigen Kriminalisten unterstützten Forderungen wird im Entwurfe erfüllt. Die zweite Forderung wird, wenn man von dem frommen Wunsche in § 30, die Vermögensverhältnisse des Verurteilten möglichst berücksichtigen zu werden, absieht, glatt abgelehnt, und zwar mit einer für den Geist der Kommission sehr charakteristischen Motivierung. Die Durchführung der Forderung, so heißt es auf Seite 112 der Begründung, würde volkswirtschaftlich unerwünschte Ergebnisse mit sich bringen. „So würde beispielsweise in großen Gewerbebetrieben die manchmal schwer vermeidliche (i) öftere Wiederholung von Übertretungen gewerbepolizeilicher Vorschriften bei hohem Einkommen des Fabrikanten Geldstrafen zur Folge haben, welche die Fortsetzung des Gewerbes überhaupt bedrohen könnten; jedenfalls aber weder als gerecht noch als billig empfunden werden würden.“ Es bleibt also dabei, daß die Übertretung von Arbeiter- und Jugendbestimmungen für den Unternehmer selbst im Falle der „Bestrafung“ ein lukratives Geschäft bleiben soll! Dafür wird aber die Mindestgeldstrafe für Vergehen des armen Mannes von drei auf fünf Mark erhöht. Ein charakteristisches Zusammentreffen! Ebenso soll bestehen bleiben, „daß für die Tat, die der Reiche mit einigen Talern abmacht, der Arme an seinem Körper und an seiner Seele büßen muß.“ (Professor v. Liszt „Das Verbrechen als sozialpathologische Erscheinung.“) In dieser Beziehung sind allerdings einige kleine Verbesserungen im Entwurfe enthalten. So die Bestimmung, daß dem Verurteilten im Urteile eine Zahlungsfrist oder die Befugnis zur Abzahlung in Raten zugebilligt werden kann. Ferner kann der § 32, der die Tilgung der Geldstrafe durch freie Arbeitsleistung zuläßt, segensreich wirken. Hier wird es aber viel auf die Durchführung ankommen. Der Erlaß von Ausführungsbestimmungen soll aber dem Bundesrat vorbehalten bleiben. Vor allem wird Sorge zu tragen sein, daß eine Schmutzkonkurrenz gegenüber der freien Lohnarbeit vermieden wird. Die Gefahr ist groß, daß der § 32 zur Züchtung von Lohndrückern und Streikbrechern benützt wird.

Als Hauptstrafe in einzelnen Fällen und im übrigen als Nebenstrafe kennt der Entwurf ferner das Arbeitshaus, das im geltenden Rechte nur als Nebenstrafe verwandt wird. Es ist und bleibt das „Klassenprivilegium“ des Armen wie etwa die Festungshaft dasjenige des Reichen ist. Die Begründung freilich weist den Vorwurf, daß die Anwendung des Arbeitshauses ein Akt der Klassenjustiz sei, als „unberechtigt“ zurück. (S. 149.) Es soll also als ein Akt weitaussehender sozialpolitischer Fürsorge betrachtet werden, daß auch künftighin der Bettler, Landstreicher und Obdachlose im Arbeitshause über die Herrlichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nachdenken kann! Außer für die genannten Kategorien und die Prostituierten und Zuhälter, für die bisher schon das Arbeitshaus zulässig war, wird es jetzt auch für gewisse andere Delikte wie Diebstahl, Betrug und Kuppelei für zulässig erklärt, falls die strafbare Handlung „auf Wiederlichkeit oder Arbeitscheu“ zurückzuführen ist. Die angedrohte Dauer des Aufenthaltes im Arbeitshause wird von zwei auf drei Jahre erhöht. Daß bei der heutigen Gestaltung des Arbeitshauses der Aufenthalt in demselben nicht als Verbesserungsmittel, sondern nur als grausam und in keinem Verhältnis zur Straftat stehend in höchstem Maße verbitternd wirkt, scheint den Verfassern des Entwurfes gleichgültig zu sein.

In Deutschland scheint es keinen besseren Grund zur Konserbierung einer verkehrten Einrichtung zu geben, als daß sich die Entrüstung aller Kulturmenschen gegen sie wendet. Das beweist die Aufrechterhaltung der Polizeiaufsicht. Zwar der Name ist gefallen. Der neue Entwurf kennt keine Polizeiaufsicht mehr. Doch das Institut bleibt trotzdem unverfehrt, es ist in seine Elemente zerlegt.

Die Begründung gibt selbst zu (Seite 179), daß fast allgemein darüber geklagt wird, daß die Polizeiaufsicht in Hinsicht auf ihr Ziel nicht viel genützt, dagegen vielen Verurteilten die Wiedergewinnung der bürgerlichen Existenz unmöglich gemacht und den Rückfall befördert habe. Mit Recht wird auch darauf hingewiesen, daß die Gründe für diese Erfahrungen zu suchen seien erstens in der besonderen polizeilichen Kontrolle, der die unter Polizeiaufsicht Stehenden unterworfen werden und die sich in der Pflicht zu gewissen Meldungen, zur Anzeigenerstattung usw. und in der öfteren Nachfrage durch Polizeibeamte äußert; zweitens in der zugelassenen polizeilichen Unterjagung des Aufenthaltes an bestimmten Orten, die Wohnungs- und Erwerbslosigkeit zur Folge haben kann, und endlich in der unbeschränkten Zulässigkeit der Hausdurchsuchungen. Die genannten drei Elemente der bisherigen Polizeiaufsicht werden trotz des allgemeinen Unwillens, der sich besonders anlässlich der traurigen Lebensgeschichte des durch seinen Geniestreich berühmt gewordenen „Hauptmanns von Köpenick“ überall äußerte, beibehalten. Die polizeilichen Kontrollmaßregeln bleiben wie bisher der Landespolizei überlassen. Die unbeschränkte Zulässigkeit der Hausdurchsuchungen ist für die Fälle der Polizeiaufsicht auch in den neuen Strafprojektentwurf übernommen. Und die schlimmste von allen Maßnahmen, die Aufenthaltbeschränkung, findet sich auch in dem neuen Strafgesetzentwurf wieder, wenn auch in etwas verkleinelter Form (§ 53 des Entwurfs). Es soll also dabei bleiben, daß der entlassene Strafgefangene, der sich redlich bemüht, sich anständig durchs Leben zu schlagen, wie ein räubiger Hund von Ort zu Ort geht und dadurch mit Gewalt zu einem Feinde der Gesellschaft gemacht werden kann.

Außerordentlich einschneidend und durchaus bekämpfenswert ist ferner der § 57 des Entwurfs. Dieser sieht vor, daß gleich im Strafverfahren auf Verlangen des Geschädigten neben der Strafe auf Schadenersatz in Höhe bis zu 20.000 M. erkannt werden kann. Jetzt ist die Zuerkennung einer derartigen Buße an den Verletzten nur in Ausnahmefällen zulässig. Von dieser vorgeschlagenen Bestimmung kam mit Sicherheit angenommen werden, daß sie benützt werden wird um die Kassen unserer Organisationen zu schädigen. Das vorgeschlagene Verfahren bietet lange nicht die Garantien eines Zivilprozesses. Der Geschädigte ist hier, was im Zivilprozeß unmöglich wäre, vereideter Zeuge in eigener Sache. Er schwört in seine eigene Tasche. Das Strafgericht bestimmt schon jetzt in den Schöffensachen, nach dem neuen Strafprojektentwurf sogar in allen Fällen, selbstherrlich den Umfang der Beweisnahme. Das Strafgericht wird schließlich noch viel leichter als das Zivilgericht zum Zummelplatz politischer Leidenschaften. Alle diese Bedenken lassen den, wie schon erwähnt, politisch sehr verwendbaren § 57 als recht bedenklich erscheinen.

Also auch der Abschnitt über die Strafen, der von den bürgerlichen Kriminalisten, auch von denen moderner Schule, wegen seiner vielen scheinbaren Fortschritte sehr gelobt werden wird, ist aufs schärfste zu bekämpfen. Ist hier doch überall als oberstes Gesetz die richterliche Willkür aufgestellt. Was das im Klassenstaate besagen will, bedarf keiner Auseinandersetzung. Besonders gilt dies aber noch von der Bestimmung des § 83 über die „besonders leichten Fälle“. Bisher ließ es sich bei bestem Willen nicht vermeiden, daß auch hier und da Arbeiterfeinde, gute Ordnungstüchtigen, in politischen oder gewerkschaftlichen Dingen mit Strafe belegt werden mußten, weil die Gesetzesparagrafen um des Scheines formaler Gerechtigkeit halber nicht umhin können, ihre Strafandrohungen gegen die kämpfenden Arbeiter gleichzeitig auch gegen die Unternehmer zu richten. Es ist bekannt, daß es zum Beispiel nach mancherlei Kämpfen mit der widerstrebenden Staatsanwaltschaft mitunter gelungen ist, auch Unternehmer in den Schlingen des § 153 der Gewerbeordnung (Veitruszwang zur Koalition) zu fangen und ihnen zu einer Verurteilung von einigen Tagen Gefängnis, — bei Arbeitern geht's bekanntlich in ähnlichen Fällen gleich nach Monaten, — zu verurteilen. Derlei soll in Zukunft nicht mehr möglich sein. Deshalb bestimmt § 83 des Entwurfs:

„In besonders leichten Fällen darf das Gericht die Strafe nach freiem Ermessen mildern und, wo dies ausdrücklich zugelassen ist, von einer Strafe überhaupt absehen. Ein besonders leichter Fall liegt vor, wenn die rechtswidrigen Folgen der Tat unbedeutend sind und der verbrecherische Wille des Täters nur gering und nach den Umständen entschuldigbar erscheint, so daß die Anwendung der ordentlichen Strafe des Gesetzes eine unbillige Härte enthalten würde.“

Der Richter des Klassenstaates wird natürlich, wenn ein Unternehmer oder Reaktionsär sich in Angelegenheiten mit gewerkschaftlichem oder politischem Einschlag vergeht, leicht geneigt sein, anzunehmen, daß ein „besonders leichter Fall“ vorliegt, daß die rechtswidrigen Folgen der Tat unbedeutend sind, sowie daß der verbrecherische Wille des Unternehmers oder Reaktionsärs nur gering und nach den Umständen entschuldigbar erscheint. Er wird fast stets in solchen Fällen in der Anwendung der ordentlichen Strafe des Gesetzes eine „unbillige Härte“ gegen den künftigen Mann erblicken und den Fall des § 83 demgemäß für gegeben halten. Dem kämpfenden Arbeiter hingegen, der sich in den Schlingen des Strafgesetzes fängt, wird diese Wohlthat stets verjagt bleiben.

Das ist kein Vorwurf gegen die richterliche Persönlichkeit, sondern nur die Konstatierung der Tatsache, daß auch der Bourgeois-Richter nicht aus seiner Bourgeoisheit heraus kann. Im Falle des § 83 kann der Richter in vielen Fällen, z. B. auch bei Hauptgattungen politischer Delikte wie Verleumdung und den Übertretungen, von Strafe überhaupt absehen. In sämtlichen Fällen ist er an den angedrohten Strafrahmen nicht gebunden und kann mit der Strafe heruntergehen bis zu einem bloßen Verweise.

Die Bestimmung des § 83, die in einem Staatswesen mit wirklich vom Volke und aus dem Volk freigewählten Richtern sehr segensreich wirken könnte, würde im Klassenstaate mit Notwendigkeit ein weiteres Glied sein in der Reihe der Ausnahmefälle gegen die Feinde des heutigen Klassenstaates und zugunsten seiner Nutznießer. Ihr reihen sich wie in den folgenden Aufzügen näher dargetan werden soll, eine Reihe von Bestimmungen des „besonderen Teils“ des Entwurfs würdig an.

## Eine Frechheit.

Aus dem Ruhrbezirk schreibt man uns:

Bekanntlich traten im Laufe der vergangenen Woche die Vertreter der Bergarbeiterverbände zusammen, um einer geplanten Heberumpelung der Ruhrbergarbeiter durch den Zechenverband vorzubeugen. Der Zechenverband plante nämlich die Einführung des Arbeitsnachweises schon mit dem 1. Dezember. Am 30. November sollte durch Anschlag den Belegschaften hiervon — Kenntnis gegeben werden. Es ist selbstverständlich, daß die Bergarbeiterverbände auf dieses Spiel des Zechenverbandes hin einen Aufruf an die Ruhrbergleute erließen, sich durch ein solches Heberumpelungsmanöver nicht zu einer wilden Bewegung hinreihen zu lassen. Der Erfolg dieses Aufrufs war, daß der Zechenverband von dieser Heberumpelung Abstand nahm, dafür aber hektam und durch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mitteilen ließ, daß solche Absichten vom Zechenverband niemals verfolgt worden wären! War dem Bergarbeiterverbände schon von dem Heberumpelungsversuch von zuverlässiger Seite aus Mitteilung gemacht worden, so bestätigte sich der Plan der Herrscher auch durch eine Anzahl Schriftstücke, die dem Bergarbeiterverbände in diesen Tagen zugeing. So u. a. auch der gedruckte Anschlag für die Belegschaften selbst. Dieser lautet:

### Bekanntmachung.

Am morgigen Tage tritt der Arbeitsnachweis für die Zeche des rheinisch-westfälischen Industriebezirks in Kraft.

Zur Durchführung der Arbeitsvermittlung sind an einer größeren Anzahl von Orten Nachweisstellen errichtet. Die für unsere Schichtanlage zuständige Nachweisstelle befindet sich in ...

Die Belegschaftsmittglieder, welche unsere Zeche verlassen und auf einer anderen dem Zechenverbände angeschlossenen Zeche in Arbeit zu treten wünschen, sind verpflichtet, die oben genannte Nachweisstelle in Anspruch zu nehmen. Dieselbe ist geöffnet, ausschließlich der Sonn- und gesetzlichen Feiertage, morgens von ... bis ... nachmittags von ... bis ... Uhr. Hat das Belegschaftsmittglied dem zuständigen Betriebsbeamten (Betriebsführer, Stellvertreter) gegenüber die Kündigung ausgesprochen, so wird ihm von jetzt ab ein Kündigungsschein ausgestellt. Der Arbeitssuchende hat diesen Schein der Nachweisstelle vorzulegen unter Angabe der Zeche, auf der er in Arbeit zu treten wünscht. Werden von dieser Zeche noch Arbeiter seiner Art gewünscht, so wird dem Arbeitssuchenden ein ausgefüllter Arbeitsnachweisschein ausgehändigt, auf dem die von ihm gewünschte Zeche bezeichnet ist.

Mit diesem Schein hat sich dann der Arbeitssuchende innerhalb zweier Werktage auf dieser Zeche zu melden.

Läßt der Arbeiter diese Frist an zwei Werktagen verstreichen, ohne daß er bei der auf dem Schein bezeichneten Zeche um Arbeit nachgefragt hat, so wird die Ausstellung eines neuen Arbeitsnachweisscheines erforderlich.

Wird der Arbeitssuchende an der neuen Zeche zur Arbeit angenommen, so wird ihm der Nachweisschein abgenommen. Andernfalls wird der Schein mit Stempel und Unterschrift der Betriebsbeamten versehen zwecks Erlangung eines für eine andere Zeche gültigen neuen Arbeitsnachweisscheines zurückgegeben. Erhält der Arbeitssuchende an der Nachweisstelle einen Arbeitsnachweisschein für eine in einem anderen Nachweisbezirk gelegene Zeche ausgestellt, wird jedoch an dieser Zeche nicht angenommen, so kann die Ausstellung eines neuen Arbeitsnachweisscheines auch durch die für diese Zeche zuständige Nachweisstelle erfolgen, im übrigen aber nur durch die Nachweisstelle, die den ersten Nachweisschein ausgestellt hat und für seine jetzige Zeche zuständig ist.

Zeche .....  
.....  
(Datum) ..... (Unterschrift) .....

In dieser Bekanntmachung wird nicht auf die Folgen eines Kontraktbruchs hingewiesen, ebenso wenig darauf, daß ein Arbeiter, der Arbeit erhalten hat und diese binnen zwei Tagen nicht angenommen hat, den Kontraktbrüchigen gleichgestellt wird. Das könnte zu viel Demütigung gleich nach Bekanntwerden des Anschlages herbeiführen. Darum läßt man so etwas sein. Wir wollen nun abwarten, was der Zechenverband auf die Veröffentlichung dieses Anschlages zu sagen hat und dann weiter mit ihm reden. Wir wundern uns nur, mit welcher Frechheit heute noch auch durch die Industriellen Dementis in die Welt gesetzt werden.

\*) Vgl. Nr. 265, 270, 272, 280 des „Vorwärts“.



# Rücktritt des italienischen Ministeriums.

Aus Rom meldet ein Telegramm vom 2. Dezember: Nachdem heute vormittag in die Kommission zur Beratung der neuen Steuervorschläge der Regierung sieben oppositionelle und zwei ministerielle Abgeordnete gewählt worden sind, hat Ministerpräsident Giolitti der Kammer den Rücktritt des Kabinetts angekündigt. Die Ankündigung erfolgte offiziell in der heutigen Kammer-sitzung.

Anwesend ist Ministerpräsident Giolitti mit sämtlichen Ministern. Saal und Tribünen sind überfüllt. Unter lebhafter Aufmerksamkeit des Hauses erklärt Giolitti, angesichts der Beschlüsse, welche die Bureau's der Kammer in Sachen der Steuererlasse gefaßt, habe das Ministerium dem König sein Entlassungsgeheiß unterbreitet. Der König habe sich die Entscheidung vorbehalten. Das Ministerium bleibe im Amt, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und die ordentlichen Geschäfte zu erledigen. Er bitte die Kammer sich zu betragen. Nachdem der Präsident erklärt hatte, die Kammer nehme die Mittelungen der Regierung zur Kenntnis, wurde die Sitzung geschlossen.

Giolitti war um 2 Uhr nachmittags vom König empfangen worden. Vor der Sitzung der Kammer hatte im Parlamentsgebäude ein Ministerrat stattgefunden.

Der Rücktritt kommt nicht ganz unerwartet. Die Stellung des Ministeriums mußte schon seit einiger Zeit als kritisch gelten. Die unermüdet eingebrachten Reformen änderten daran nichts. Ja sie umhüllten den Verdacht erwecken, daß der Ministerpräsident seine so unvorzulesenen Reformen überhaupt nur vorlege, um mit einem demokratischen Programm zu fallen, da er schon einmal fallen mußte. Denn, wenn Giolitti geglaubt haben sollte, durch seine Reformen eine neue Mehrheit um sich zu fassen, so hätte er dabei in erster Linie die äußerste Linke und vor allem deren kampfsüchtigsten Teil, die Sozialisten, im Auge haben müssen; denn daß sich keine kunterbunte Mehrheit plötzlich für progressive Einkommensteuer und Vermin-derung des Profits der Jückerbarone begeistern würde, konnte er sicher nicht annehmen. Er mag gemeint haben, daß die Sozialisten den von ihnen selbst geforderten Reformen zu- liebe über die Vergangenheit des Ministeriums und die früheren Erfahrungen hinwegsehen würden. Statt dessen hat die sozialistische Parlamentsfraktion aber sofort erklärt, daß in Giolitti verkörperte System weiter zu bekämpfen, ungeachtet der einzelnen Reformversuche. Bei den Sozialisten hatte sich der Ministerpräsident also einen Korb geholt.

Zwischen waren die Interessenten nicht untätig. Da ist zunächst die Herabsetzung der Zuckergebühren. Heute beträgt der Zoll für den Doppelzucker Zucker erster Qualität 90 Lire, die Fabrikationszoll 70,10 Lire. Der Entwurf reduziert den Einfuhrzoll auf 80 Lire, die Fabrikationszoll auf 55. Was die Opposition der Zuckerrückführanten anfaßte, war der Umstand, daß die Differenz zwischen Fabrikationszoll und Einfuhrzoll allmählich geringer werden sollte, sodas sie am ersten Januar 1915 nur noch 15 Lire betragen hätte. Für eine ein Schuß von beinahe 80 Lire pro Doppelzucker gewohnte Industrie wäre das ein schwerer Schlag gewesen, und die Großindustriellen nahmen ihn natürlich nicht ruhig hin, sondern setzten sich ganz energisch zur Wehr. Allen Zuckerrückführern wurde ein Rundschreiben zugeschickt, in dem die italienische Gesellschaft für Zuckerindustrie, die fast die ganze Produktion in Händen hat, ihren Lieferanten bekannt gab, daß sie, falls das Gesetz durchginge, nach Ablauf der diesjährigen Saison ihre Fabriken schließen würde. Dieses Verhalten, das versucht einer Erpressung ähnlich sieht, zielte natürlich darauf ab, die Landwirte sowie die Arbeiter in den Zuckerrückführern für eine Agitation gegen die Reform zu gewinnen.

Die Verminderung der Zuckergebühren würde einen Einnahmeausfall von 40 Millionen mit sich bringen, dessen Deckung durch Erhöhung der Erbschaftsteuer, Erhöhung der Abgabe auf den Besitzwechsel der industriellen Aktien und gewisser Staatspapiere und durch progressive Einkommensteuer erzielt werden sollte. Die Erhöhung der Erbschaftsteuer und der beiden anderen neuen Abgaben sollte 15 Millionen, die progressive Einkommensteuer 25 Millionen bringen. Die Steuer nach dem Vorschlag Giolittis bei den Einkommen von über 5000 Lire netto ein und beträgt bis zu 10 000 Lire = 1 Proz., bis zu 30 000 = 2 Proz., bis zu 70 000 = 3 Proz., bis zu 100 000 = 4, bis zu 200 000 = 5 und darüber hinaus 6 Proz. Auch gegen diese gerechte Steuer begannen die Weisenden sofort eine lebhafteste Agitation.

Nicht eigentlich zu den Giolittischen Reformüberraschungen gehören die Maßnahmen für das Eisenbahnwesen. Hier wird dem Personal Gewinnbeteiligung gesichert, und zwar wird das Verhältnis, das die Ausgaben für das Personal gegenüber den Gesamteinnahmen der Jahre 1907/09 hatten, zugrunde gelegt, um jede Erparnis, die innerhalb dieses Verhältnisses gemacht wird, unter die Angestellten der betreffenden Kategorie zu verteilen. Es soll aber nur die Hälfte bis höchstens drei Viertel der Angestellten bei dieser Verteilung berücksichtigt werden, was dem Ganztageslohn 20 und 20 öffen würde. Weiter werden alle Gehälter unter 5000 Lire, die von rund 45 000 Eisenbahnern bezogen werden, um 120 Lire jährlich erhöht. Gehälter über 5000 bis 10 000 Lire werden um 50 oder 100 Centes der der Streckenwächter. Dafür werden die Wohnungszuschüsse in Zukunft abgeschafft, aber denen, die sie jetzt beziehen, weiter gewährt. Um für die aus diesen Reformen erwachsenden Mehrkosten aufzukommen, werden die Tarife für die Warenbeförderung um 3, und die für Personenbeförderung um 9 Proz. erhöht. Das Zentralkomitee der Eisenbahnergewerkschaft hat schon zu diesem Entwurf Stellung genommen und erklärt, daß die heute gewährten Aufbesserungen noch vor einem Jahre vom Ministerium abgewiesen wurden, unter dem Vorwande, daß sie unberechtigt seien. Weiter hat das Zentralkomitee die Ansicht ausgesprochen, daß die Gehaltsbesserungen bei besserer Administration auch ohne Tarifserhöhungen möglich wären, und daß die Organisation der Eisenbahner nicht aufhören würde, die Hebergabe der Staatsbahnen an eine Genossenschaft des Personals zum kooperativen Betriebe zu fordern.

Die Agitation der Interessenten ist, wie das Abstimmungsresultat in den Kammerkommissionen beweist, von vollem Erfolg begleitet gewesen. Giolitti hat den Kampf gar nicht einmal aufgenommen, sondern sofort vor der Steuerreaktion kapituliert. Seine Klacht erhebt den Verdacht, daß seine Reformvorschläge nur den Zweck hatten, ihm einen guten Abgang zu schaffen, zur Gewißheit.

beröffentlich eine Erklärung, in der nochmals die Gründe angeführt werden, die gegen das Vorgehen der Lords sprechen, und in der das Volk aufgerufen wird, seine so teuer erkauften Privilegien und Rechte zu verteidigen sowie gegen Schutz-zölle und Besteuerung der Nahrungsmittel Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die Zeit sei reif, so heißt es weiter, für eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Oberhaus und Unterhaus, und zwar in der Weise, daß die liberalen Grundzüge nachdrücklich zur Geltung gelangen. Ohne eine Einschränkung des Vetorechts der Lords werde kein liberales Ministerium sich wieder bereit finden lassen, die Regierung zu übernehmen.

## Die Haltung der Arbeiterpartei.

Energischer als die Stellungnahme der Liberalen, die sich mit einer Einschränkung der Befugnisse der Ersten Kammer zufrieden geben wollen, ist die Haltung der Arbeiterpartei. Die Leitung der Partei faßte einstimmig einen Beschluß, in dem es heißt, die Handlungsweise der Lords bedrohe die Freiheiten des Volkes und diese Freiheiten könnten nur durch vollständige Abschaffung des Oberhauses gewahrt werden.

Die Arbeiterpartei steht jetzt auch vor einem schwierigen wahl-taktischen Problem, vor der Entscheidung, wie sie sich bei den bevorstehenden Wahlen zur liberalen Partei zu verhalten hat. Bei der Bedeutung dieser Frage ist es interessant, darüber die Ansichten der sozialistischen Presse zu hören. Die „Justice“, das Organ der Sozialdemokratischen Partei, erklärt:

„... Wäre es den Liberalen wirklich ernst um einen Kampf mit dem Hause der Lords, so würde dies eine Gelegenheit sein, ein Arrangement mit den Liberalen zu treffen. Unsere Aufgabe ist, gegen beide Parteien zu kämpfen; und solange die eine oder die andere Partei zur Regierung gelangen muß, so ist und eine so lieb wie die andere. Wir haben keine Ursache, irgend eine der Parteien vorzuziehen. Unter diesen Umständen muß die Wahltaktik unserer Partei oder irgend einer anderen Partei, die auf die Vertretung der Arbeiterklasse Anspruch macht, von ganz anderen Maßstäben geleitet sein als von den Tugenden und Lasten der beiden Parteien. ... Wir würden in der Regel überall einen Kandidaten aufstellen und wir bedauern nur, daß uns die Geldmittel fehlen, in jedem Wahlkreise einen Kampf zu provozieren. Eine derartige Taktik würde die Liberalen zwingen, die Wahlreform zu beschleunigen. Aber es kann auch eine Frage von großer Bedeutung vorhanden sein, die eine Abweichung von dieser Regel rechtfertigen würde. Das war der Fall im Jahre 1900 (während des Burenkrieges), als wir beschloßen, alle Kandidaten, die gegen den Krieg waren, zu unterstützen. Ebenso könnte die gegenwärtige Krise ein Uebereinkommen mit den Liberalen rechtfertigen, wonach keines der liberalen Mandate gefährdet und ein festes Zusammenarbeiten gegen die Lords statfinden sollte, jedoch nur wenn es einen ehrlichen Kampf geben sollte. Allein wir wissen, wir können den Liberalen nicht trauen, daß sie ehrlich kämpfen werden.“

In der „Clarion“ schreibt Grayson unter dem Titel: „Der große Abfall! Juden Waffen!“ Die Anklage auf Abfall richtet sich gegen die Führer der Arbeiterpartei, die — nach Graysons Ansicht — bereit seien, mit den Liberalen ein Kompromiß abzuschließen. Er fordert deshalb die Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei auf, sich gegen das Kompromiß zu wenden. Denn — schreibt Grayson weiter — „es ist entmutigend, ja herabsetzend zu sehen, wie die sozialistischen Organisationen im ganzen Lande diesen Abfall mit saulen Stillschweigen betrachten. ... Aber ich kann nicht stillstehen, wenn ich sehe, wie die sozialistische Bewegung in das liberale Reichthum gebracht wird, um sie einst, mit Schimmel und Motten bedeckt, wieder herauszuholen, wenn die liberalen Hausierer ihrer nicht mehr bedürfen.“

Nun sagt man, es handle sich um die Abschaffung der Lords, um die Verteidigung der Konstitution. Aber was haben wir mit diesen Dingen zu tun? Wir wollen Beschäftigung für die Arbeitslosen, Nahrung für die hungernden Kinder, Schutz und Keuschheit für die hilflosen und degradierten Frauen. Die Kapitalisten, die unsere Städte zu Höllen machten, sind liberale Kapitalisten. Die Männer, die sich Ehren kaufen mit dem unreinen Golde, das sie von den Arbeitern geraubt haben, sind liberale Pierden. Die Männer, die unsere Töchter auf die Straße treiben, um ihre Körper zu verkaufen, sind liberale Ehrenmänner. ...

Der „Labour Leader“ rechnet bereits mit dem liberalen Whip ab, dessen reaktionäre Bestimmung ihn unfähig mache, Arbeiterpolitik zu verstehen. Dann wird im Artikel gesagt: „Wir setzen voraus, daß kein Mitglied der Partei, sei es sozialistisch oder gewerkschaftlich, den Dunst hegt, den Etat abgelehnt oder die Lords in dem kommenden Kampf siegreich zu sehen. Jedermann anerkennt die Größe und die weitreichende Bedeutung der Fragen, um die es sich gegenwärtig handelt. Die Lords werden vor keiner Form von Korruption zurückweichen; ihr Sieg würde einem Triumph aller Mächte der Finsternis gleichkommen. Wenn nun die Liberalen sich für den Augenblick in der Lage befinden, für das Recht zu kämpfen, so ist dies noch kein Grund für die Arbeiterpartei, den Kampf aufzugeben. Wir müssen aber die Gegenwart hinausblenden und zwar in jene nicht allzu ferne Zukunft, wo der liberale Whip und seine Freunde sich mit den Konservativen zum Kampfe gegen den Sozialismus vereinigt haben werden. Das ist bereits der Fall bei Gemeindevahlen; früher oder später werden wir dasselbe bei Parlamentswahlen treffen.“

Die Arbeiterpartei ist eine Zusammenfassung der verschiedensten Elemente der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung; alle Richtungen sind in ihr vertreten: die sehr gemäßigten sowohl wie die extremsten. Wird sie den gegenwärtigen Druck aushalten? Ohne Gaudern antworten wir: Ja! Vorausgesetzt, daß die Selbständigkeit nicht geschwächt wird. ...

Wir erklären hier im Namen aller, die die Partei wirklich vertreten und von ihrem Geiste durchdrungen sind, daß irgend ein Handel, ein Einverständnis, ein Uebereinkommen mit den Liberalen oder mit den Konservativen nicht abgeschlossen werden kann. Denn eine derartige Maßnahme würde wie Scheldewasser auf die Elemente der Partei wirken. ... Wir erklärten letzte Woche, die Arbeiterpartei ist sich der Tatsache bewußt, daß der gegenwärtige Moment nicht geeignet sei, eine große Zahl von Kandidaturen aufzustellen. Aber die Partei wird in jedem Wahlkreise, wo sie sich zur Aufstellung eines Kandidaten berechtigt fühlt, ohne Rücksicht auf andere Parteien kämpfen. Darüber kann gar kein Zweifel obwalten. ... Die Arbeiterpartei hat sich kämpfend Bahn gebrochen, und von dieser Taktik kann sie ohne Gefahr nicht abweichen. Ihre Führer wissen das, und sie werden auf Grund dieser Erkenntnis handeln.“

## Eine neue Erklärung Asquiths.

London, 2. Dezember. In der heutigen Sitzung des Unterhauses teilte Premierminister Asquith mit, daß er dem König geraten habe, das Parlament so bald als möglich aufzulösen und daß der König diesen Rat angenommen habe. Wenn die Liberalen am Abend überleben, würde ihre erste Handlung sein, alle in der Finanzbill enthaltenen Steuern mit Wirkung von dieser Woche weiter zu erheben und alle bisherigen Steuererhöhungen für rechtmäßig zu erklären.

London, 2. Dezember. Premierminister Asquith erklärte in seiner Rede im Unterhause: Das Haus sei in eine Lage gekommen, die in der Parlamentsgeschichte ohne Beispiel sei. Als das Budget das Haus der Gemeinen verließ, habe es in größerem Maße als irgend eine andere Vorlage das wohlwolligste Wert der Volksvertreter dargestellt. (Beifall bei den Liberalen.) Im Laufe einer Woche sei das ganze Werk in Grund und Boden getreten worden. Zum ersten Male in der englischen Geschichte seien die vom Unterhause der Krone für das Jahresbudget gemachten Bewilligungen zunächst gemacht worden durch eine Körperschaft, die anerkanntermaßen nicht die Macht habe, auch nur eine einzige vom Unterhause bewilligte Steuer abzuändern. Es würde den bisherigen Ueberlieferungen un-würdig sein, wenn das Haus auch nur einen Tag ver-gehen ließe, ohne darüber Klarheit zu schaffen, daß es nicht gesonnen sei, die schwerste Schmach und die unerhörtesten Uebergriffe, die ihm seit zwei Jahr-hundertern widerfahren seien, zu ertragen. (Lauter Beifall.) Asquith erklärte die Zumutung für lächerlich, daß die Regierung ein neues Budget einbringen solle, um es der Zustimmung oder der Ablehnung der Lords zu unterbreiten. Lord Lansdowne und Lord Cavendish hätten gnädig ihre Mitwirkung zugesagt. (Beifall und Rufe: „Wir brauchen sie nicht!“) Ein Minister, der einen derartigen Vorschlag machen würde, würde nicht fünf Minuten das Ver-trauen der Unterhausmitglieder behalten. (Beifall.) Ein solcher Vorschlag würde in Wirklichkeit die Anerkennung des Rechts der Peers bedeuten, nicht allein das jährliche Budget des Jahres abzulehnen, sondern es auch abzuändern. Nach der Ansicht der Regierung sei der alleinige Weg, den sie einschlagen könne, ohne das Gesetz oder die Verfassung zu verletzen, der, dem König anzuraten, das Parlament so rasch als möglich aufzulösen. (Beifall bei der Regierungspartei.) Der König habe diesen Vorschlag gnädig angenommen und er, Asquith, sei der festen Ueberzeugung, daß das neue Unterhaus noch zu einer Zeit werde zusammentreten können, in der man es ermöglichen könne sowohl nach rückwärts wie nach vorwärts für die Bedürfnisse des laufenden Finanzjahres Vororge zu treffen.

Wenn die Regierung so glücklich sein werde, das Vertrauen des Unterhauses zu genießen, würde ihre erste Handlung sein, alle in der Finanzbill enthaltenen Steuern und Abgaben mit Wirkung von dieser Woche ab wieder zu erheben und alle bisherigen Steuer-erhöhungen und Zahlungen für rechtmäßig zu erklären. Mittel-weile mögen alle, die ihre Steuern entrichten wollen, diese zu dem genehmigten Tage einzahlen. Nähere Mitteilungen würden un-verzüglich von den betreffenden Ressorts gemacht werden.

London, 2. Dezember. Die Erklärung des Premier-ministers Asquith wurde mit 349 gegen 134 Stimmen an-genommen.

London, 2. Dezember. Das Parlament wird morgen vertagt werden. Wie verlautet, werden die Neuwahlen zwischen dem 10. und 20. Januar stattfinden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember 1909.

### Eigenartiger Royalismus.

Und der König absolut. Wenn er unseren Willen tut!

Die Agrarkonservativen sind königstreue Leute, denen ein Königswort über alles gilt — wenn dieses Wort sich mit ihren Spezialinteressen verträgt und ihnen nützt. Im anderen Falle nehmen sie für sich in Anspruch, royalistischer als der Monarch zu sein und ein Königswort für eine höchst wertlose Gewäh-re zu halten, für eine Lebensart ohne jede ernste Bedeutung. Zu entscheiden aber, ob sein Wort ernst zu nehmen ist oder nicht, hat nicht etwa der Monarch selbst, sondern die Agrarkonservativen. Infolge ihrer tiefen politischen Einsicht und geistigen Ueberlegen-heit wissen sie natürlich viel besser, was monarchisch ist und dem Ansehen des Monarchen nützt, als dieser selbst. Dementsprechend haben denn auch allein die Agrarkonservativen in Preußen darüber zu befinden, ob der preussische König ein öffentlich gegebenes Ver-sprechen halten soll oder nicht. Der König hat sich einfach der Einsicht seiner „Getreuesten“, das heißt der Agrarkonservativen, untergeordnet.

Eine neue Bekundung dieser kuriosen alipreussisch-konservativen Theorie hat sich vor einigen Tagen die bekannte geistige Größe des Bundes der Landwirte, der Abgeordnete v. Oldenburg-Januschau, geleistet. Nach dem „Geselligen“ hat er vor einigen Tagen in einer Rede in Deutsch-Eylau mit Bezug auf die preussische Wahlreform erklärt:

„Die Konservativen vertreten dabei folgenden Standpunkt: Ist der Gedanke für meinen König und mein Vaterland gut, dann stimmen wir zu, sonst aber nicht.“

Weiter meinte er:

„Wir werden die Vorlage prüfen, und wenn wir finden, daß sie, wie in Sachsen, einen breiten sozialistischen Strom herein-schütten lassen und ein Lohndrohru schaffen würde, wenn wir finden, daß sie für unseren König und unser Vaterland nicht gut ist, so werden wir sie ablehnen. Die Konservativen werden sie prüfen mit der Royalität, aber auch mit der Selbständigkeit, mit der sie im Reichstago getan haben, was sie für gut hielten für Kaiser und Reich.“

Also nur soweit Herr von Oldenburg königliche Versprechungen für „seinen“ König zuträglich hält, stimmt er solchen Ver-sprechungen zu; sonst agitiert er gegen sie und hält es mit dem „Simplicissimus“:

Oh, Herrgott, oh Herrgott!  
Wir bitten Dich, Du starker Gott,  
Um ein gebroch'nes Fürstentum.

### Neue Kolonialbahnen.

In dem dem Reichstago vorgelegten Nachtragetat, der eine Ergänzung des Reichlichen Bahnweges in Ost- und Südwestafrika fordert, werden die ersten Malen gefordert für die Verlängerung der Umfaharabahn in Ostafrika, die jetzt nur bis zu 174 Kilo-metern festgesetzt ist, auf 347 Kilometer, sowie für Südwest-afrika der Bau einer Nord-Südbahn von Windhuk nach Keetmanshoop, ferner der Umbau der Linie Karibib-Windhuk.

Durch die Fortsetzung der Umfaharabahn hofft man das Kili-mandschergebiet für Kaffeebau, Sisal-Dammbau und Kautschuk-kultur sowie Viehzucht erschließen zu können. Die Kosten sollen einschließlich der 1/2 Millionen für den Ausbau des Hafens von Tanga 13 1/2 Millionen Mark betragen. — Anprüchlicher noch sind die Forderungen für Südwestafrika. Die Nord-Südbahn von Windhuk nach Keetmanshoop soll 528 Kilometer lang sein und 40 Millionen kosten! Dafür verspricht man, daß zwei weitere Kompagnien der Schutztruppe nach Deutschland zurück-gesandt werden sollen. Ferner soll der Umbau der Linie Karibib-Windhuk 11 Millionen Mark kosten, so daß allein die Bahnbauten für Südwestafrika 51 Millionen Mark erfordern werden.



Dabon sollten 34 Millionen aus den ordentlichen Einnahmen des Schutgebietes gedeckt werden; der Rest soll durch eine Schutzgebietenleihe beschafft werden. Die Verzinsung dieser restlichen 17 Millionen soll sicher gestellt werden durch die Ueberlässe, welche die Kolonie aus der gleichfalls geforderten Verstaatlichung der Otavi-Minen-Bahn erzielen soll!

Eine famose Rechnung! Die Ergiebigkeit der Otaviminen ist eine sehr fragwürdige! Die Kupferminen scheinen zum Teil bereits erschöpft zu sein. Es ist also höchst fragwürdig, ob sich auch nur die 25 Millionen, die die Regierung für diese Bahn zu zahlen beabsichtigt, überhaupt rentieren werden, geschweige denn ob auch nur der geringste Ueberfluß sich ergeben wird!

Denn böten die Otaviminen irgendwelche Garantie für eine längere Rentabilität der Bahn, so würde es der Gesellschaft gar nicht einfallen, ihre Bahn zu verkaufen! Die Verzinsung für die 17 Millionen ist also höchst unsicher. Aber auch die Deckung der 34 Millionen aus den ordentlichen Einnahmen des Schutgebietes ist noch keineswegs sicher. Und wenn man die Zurückziehung der Truppen als Gegenleistung anpreist, so wäre dem gegenüber zu verlangen, daß die Truppen in dem völlig pazifisierten Südwestafrika auch ohne jede Gegenleistung zurückgezogen werden müßten! Unsere südwestafrikanischen Farmer werden freilich von der Zurückziehung der Truppen wenig erbaut sein, denn gerade die Anwesenheit einer starken Schutztruppe machte ja den Farmbetrieb bisher noch einigermaßen rentabel. Giebt die Abgangsmöglichkeit an diese Truppen fort, so verwandelt sich das ja erst durch den großen Krieg wirtschaftlich belebte Südwestafrika mehr und mehr in eine große Einöde, aus der trotz aller Bahnbauten außer für gründende Ostralianer vertauselt wenig herauszuholen ist!

### Die geprellten Eingeborenen.

Im zweiten Nachtragsetat für die Schutzgebiete werden zur Entschädigung der im südwestafrikanischen Aufstand treugebliebenen Eingeborenen 100 000 M. verlangt. Diese Forderung wird wie folgt begründet:

Im Eingeborenenaufstand sind die Bergdamaras und einzelne Hererosfamilien trotz starker Drohungen und Verlockungen seitens der Aufständischen der deutschen Sache treu geblieben. Diesem haben die deutschen Truppen als Boten, Führer und Viehreiber wichtige Dienste geleistet. Durch Raub und Mord haben die Aufständischen sich an den Treugebliebenen gerächt. Bei Omaruru allein sind mehr als 300 Bergdamaras von den Aufständischen getötet worden. Der Verlust, den die Treugebliebenen an Eigentum, hauptsächlich an Vieh, erlitten haben, ist auf mindestens 600 000 M. zu beziffern. Dem ist den Betroffenen das Versprechen gegeben worden, daß sie für die Verluste wenigstens teilweise Entschädigung erhalten würden. Zu diesem Zweck ist durch den Etat für 1907 der Betrag von 10 000 M. und durch den Nachtrag zum Etat für 1908 der Betrag von 40 000 M. bewilligt und bezahlt worden. Ferner wurde zu diesem Zweck der sogenannte Weiteckfonds in Höhe von 17 610,19 M. verwendet. Die bisherige Entschädigung zu etwa ein Zehntel des festgestellten Verlustes erscheint nicht ausreichend. Es hat sich gezeigt, daß die Bergdamaras und treugebliebenen Hereros es nicht verziehen und es als ein schweres Unrecht empfinden, daß die besiegten Hottentotten Vieh bekommen haben, während sie, die Treugebliebenen, nur geringe Entschädigung erhalten haben. Aus dieser Empfindung heraus haben sie bereits, wie beobachtet worden ist, begonnen, Anschluß an die Hottentotten zu suchen, um wie wohl mit Sicherheit vermutet werden darf, im Gelegenheitsfälle gemeinsam gegen die deutsche Herrschaft aufzutreten. Es ist daher nicht nur ein Gebot der Billigkeit, sondern auch eine politische Notwendigkeit, den treugebliebenen Eingeborenen alsbald eine weitere billige Entschädigung zu etwa zwei Zehnteln ihrer Verluste zukommen zu lassen.

Dah sich die Eingeborenen damit zufrieden geben werden, daß ihnen zwei Zehntel des erlittenen Verlustes ersetzt werden, ist nicht anzunehmen. In der Tat grenzt es an Prellerei, den Leuten für ihre Treue wenigstens teilweise Schadloshaltung zu versprechen und dann die Erfüllung dieses Versprechens in dem Erfolge von zwei Zehnteln des erlittenen Schadens zu erblicken. Wegen die Pfänder, die die unerschütterlichen Summen als Entschädigung verlangten und teilweise auch erhielten, war man nicht so zugeknöpft.

### Im Zeichen der Sparsamkeit.

Vom Reichstag werden 102 202 M. verlangt zur Instandhaltung des Dienstgebäudes des Reichsjustizamtes. Diese Forderung steht im Zusammenhang mit dem Wechsel im Staatssekretariat und betrifft in der Hauptsache die Dienstwohnung des neuen Staatssekretärs. Wenn man die Begründung für diese Forderung durchliest, dann könnte man fast annehmen, daß der selbiger Staatssekretär Dr. Rieberding in Räumen gehaust haben muß, die zum Aufenthalt von Menschen völlig ungeeignet sind. Die Luftheizung wird als gesundheitschädlich bezeichnet, weshalb sie durch eine Warmwasserheizung ersetzt werden soll. Die Lichtleitungen müssen verlegt werden, weil der jetzige Zustand angeblich feuergefährlich ist. Klein Anschein nach handelt es sich um einen völligen Umbau der Wohnung, denn in der Begründung wird ausgeführt, daß der neue Staatssekretär Dr. Vico noch bis 1. April 1910 auf Kosten des Reiches in seiner selbigeren Privatwohnung wohnen bleiben muß. Der geforderte Betrag von 102 202 M. ist so enorm hoch, daß man in der Tat erst genau prüfen sollte, ob Arbeiten in diesem Umfang nötig sind. Als der jetzige Reichsminister v. Weismann Hollweg Nachfolger des Grafen Posadowsky wurde, ist auch seine Dienstwohnung mit hohem Kostenaufwand umgebaut worden. In der Budgetkommission kam es damals zu lebhaften Auseinandersetzungen, obwohl die Summe nicht so hoch war, und Herr v. Weismann Hollweg bedauerte damals, daß die Sache so teuer gekommen war. Bei dem angeforderten Betrag wird es natürlich nicht bleiben, denn man weiß aus Erfahrung, daß solche Anschläge in der Regel um 50 Proz. überschritten werden, so daß dem Reiche schon allein der Einzug des neuen Staatssekretärs weit über 100 000 M. kostet.

### Die blau-schwarzen Bundesbrüder.

Das Zentrum, das sich jetzt mit den Konservativen zur Rettung der „Christlichen Weltanschauung“ — wie es heißt — zusammengeschlossen hat, war auf seinen jetzigen Bundesbrüder nicht immer so gut zu sprechen. Auf einer Zentrumsversammlung in Kanton am 8. Februar 1898 ließ sich der Abg. Freygen über die Konservativen wie folgt aus:

In wirtschaftlichen Dingen haben die Konservativen allerdings mangelnde Berührungspunkte mit dem Zentrum, andererseits bestehen hier auch wieder unüberbrückbare Gegensätze. In kirchenpolitischer Beziehung stimmen wir mit den Konservativen nur in der Erhaltung der konfessionellen Volksschule überein, sonst bestehen die schärfsten Gegensätze. Es darf niemals vergessen werden, daß die Konservativen in ihrer übertriebenen Wehrhaftigkeit mit protestantischen Vorurteilen behaftet sind. Die traugrienen Gesetze gelegentlich der Verammlung des Evangel. Bundes in Krefeld haben stattgefunden in Gegenwart des Grafen v. Bismarck und des Herrn v. Platenberg; beide haben keinen Anstoß genommen, weder in der Versammlung selbst, noch in der Presse ein

Wort des Tadelis gegen die wästen Ausfälle laut werden zu lassen. . . Auf politischem Gebiete sind die Verdrängungspunkte noch geringer. Die Konservativen sind Vertreter des absolutistischen Systems, unter dem die hohen Beamtenstellungen ihr ausschließliches Monopol gebildet haben. Ihren tiefsten Neigungen würde es jedenfalls entsprechen, daß lieber heute als morgen der ganze „parlamentarische Plunder“ beseitigt würde. Sie sind weiterhin für jede Vermehrung des Heeres, ohne Rücksicht auf die Steuerkraft des Landes. Die notwendigen Steuern suchen sie mit Vorliebe auf indirektem Wege, wo sie von der breiten Masse getragen werden, zu beschaffen, während das Zentrum der Meinung ist, daß das indirekte Steuersystem schon über Gebühr ausgebaut ist.

Trotz der scharfen und zum Teil unüberbrückbaren Gegensätze haben sich die Konservativen und Ultramontanen gefunden. Das Zentrum hat dem blauen Bundesbrüder zuliebe sogar vergessen, daß das indirekte Steuersystem schon über Gebühr ausgebaut ist. Es sucht mit dem blauen Bundesbrüder die Steuern wieder „mit Vorliebe auf indirektem Wege, wo sie von der breiten Masse getragen werden“.

### Von der bayerischen Steuerreform.

München, 1. Dezember. In der Angelegenheit des Umlagegesetzes herrscht ein unbeschreiblicher Wirrwarr. Die neuerlichen Ausschüßberatungen sprengten den Kompromißblock des Zentrums, der Liberalen und des Bauernbundes. Alle Parteien hatten Änderungsanträge gestellt. Nach mühsamen Beratungen ergab sich als Endresultat die Aufrechterhaltung des früheren Kompromisses. Es stimmte aber jetzt ein Teil der Bauernbändler, ja sogar des Zentrums dagegen. Die Väter verlegten ihr eigenes Kind. Die Situation hat sich also wesentlich verschlechtert und das Zustandekommen der Steuerreform ist sehr ernstlich in Frage gestellt. Auf die Plenarverhandlungen kann man recht gespannt sein.

### München, 2. Dezember. Die Abgeordneten-Kammer

hielt heute zwei Sitzungen zur Beratung des Umlagegesetzes ab. Die dreistündige Vormittags-Sitzung wurde vollständig ausgefüllt durch ein Referat des sozialdemokratischen Berichterstatters Segig, der stundenlang über die Ausführenden referierte. Am Nachmittag hielt der Sozialdemokrat Freiherr v. Haller eine fast vierstündige Rede. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß das Umlagegesetz auch in dieser Woche noch nicht zur Verabschiedung gelangen wird.

### Kommunalwahlen.

#### Kommunalwählerfolge in Sachsen-Meiningen.

Die kurzezeit im Herzogtum stattfindenden Gemeinderatswahlen brachten unserer Partei eine Reihe schöner Erfolge. In Lichtenhain bei Jena wurden 5 Genossen gewählt, und zwar mit großer Majorität. Wir haben nun die Mehrheit im Gemeinderat. In Judenthal bei Sonneberg gingen unsere 4 vorgeschlagenen Kandidaten ebenfalls glatt durch, so daß sich der ganze Gemeinderat jetzt aus Parteigenossen zusammensetzt. In Themar zieht zum ersten Male ein Genosse in die Stadvertretung ein, während in Sitzungen Landtagsabgeordneter Genosse Eckardt in den Gemeinderat gewählt wurde. In einer Anzahl Gemeinden, wo wir infolge des Zehnstimmen-Geldwahlrechts einflußlos gemacht wurden, gelang es, den ersten Wahlgang durch Stimmhaltung zu vereiteln.

### Die Kommunalwahlen in Wandsbeck.

In den letzten beiden Montagen fanden eine Erprobung für einen verordneten Genossen und die allgemeinen Wahlen für die turnusmäßig auszuführenden Stadtratsmitglieder statt. Sie endeten mit einem „Sieg“ des „einigen“ Bürgerturns. Die Zusammenlegung des alten Stadtteils Wandsbeck mit dem 1878 eingemeindeten Allendebiel Mariental zu einem Bezirk war eine bedeutende Wahlrechtsveränderung. Sie hat den erhofften Erfolg gezeitigt, indem die mit dem roten Vapen toll gemachten Wandsbeker so ziemlich Mann für Mann zur Rettung des Kapitals erschienen. Außerdem war noch, um ja sicher zu gehen, den sogenannten „Hamburgern“ (Geschäftsleute, die in Hamburg ihr Einkommen verdienen und hamburgische Beamte, die mit Genehmigung ihrer Wehde in Wandsbeck wohnen) das Wahlrecht verliehen worden. Unter großen moralischen Opfern ist so ein „Sieg“ errungen worden, der aber schon den zukünftigen Sieg unserer Genossen, die über 200 Stimmen mehr erhalten haben als im Vorjahre, in sich birgt. Auf der anderen Seite ist man am Ende des Votums angelangt, eine weitere Wahlrechtsveränderung ist ausgeschlossen, es sei denn, daß man wie in Kiel dann aus dem einen Bezirk Bezirke macht, um in dem einen oder anderen über die Rollen zu legen. In Wandsbeck, dessen Bourgeoisie „liberal“ bis in die Knochen sein will, hat man von Hause aus den höchst zulässigen Wahlerfolg von 1500 M. festgesetzt, während er in den anderen großen Gemeinden Schleswig-Holsteins — Kiel, Altona, Hensburg, Neumünster — 1200 M. beträgt. Und trotzdem war es unseren Genossen in großer Agitationsarbeit gelungen, die „Liberalen“ in ihrem Bestehen zu schwächen, worauf der Magistrat den sauberen Streich ausstieß. Während des mit beispielloser Heftigkeit geführten Wahlkampfes wurde namentlich von „freimäuliger“ Seite mit den schärfsten Mitteln gekämpft, indem sie das Hochdeutsche Sadelwerk „Aus dem roten Sumpf“ verbreiteten und im Amtsblatt zum Wohlort sozialdemokratischer Geschäftsleute und Arbeiter (die öffentliche Stimmabgabe begünstigt) solch schändliches Treiben aufforderten. Unsere Kandidaten erhielten bis 600, die gegnerischen bis 1252 Stimmen.

### Gemahregelte Lehrer.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Rattowitz haben mehrere Lehrer ihre Stimme den polnischen Kandidaten gegeben. Diese Lehrer sind jetzt teilweise nach entlegenen Dörfern verlegt worden. Dort werden sie auch bleiben müssen, denn sie sind keine gegen königliche Versprechungen sich anlehrende Anstaltskinder. Nur Landräte und Regierungspräsidenten sollen die Treppe der Karriere hinauf.

### Wißhandeldude Vizelfeldwebel und ihre „Verstrafung“.

Zwei Vizelfeldwebel von der Halbvolibidenabteilung des zweiten Gardebataillons, Georg Horn und Georg Wälscher, hatten am 18. August dieses Jahres in der Nähe des Bahnhofs Jungfernhöhe den Schutzwachmeister Stoinli demwägen blutig geschlagen, daß er eine Sanitätswache aufsuchen mußte und vier Tage arbeitsunfähig war! Sie hatten sich nun am 2. Dezember wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Kriegsgericht der 2. Gardebataillon in der Prinz August von Württembergstraße zu verantworten. Der Angeklagte Wälscher, der den Schutzwachmeister mit dem Säbelstoch ins Gesicht gestoßen hatte, behauptet, dazu durch den Zufall: „Zur Stantebummer, die sich auf unsere Köpfe besaßen“ gereizt worden zu sein. Auch die Frau des Gastwirts Kortmeier vom „Belvedere“ am Tegeler Weg, die als Zeugin vernommen wurde, behauptete, diesen Zufall gehört zu haben. Der ebenfalls als Zeuge vernommene Stoinli erklärte jedoch, nichts dergleichen gesagt und die Angeklagten in keiner Weise gereizt zu haben. Er und sein Gefelle, ein älterer Mann, waren mit einem Handwagen die Straße entlang gefahren und

wollten nach der Laubenskolonie, wo der Reiter ein Stüchchen Land bewirtschaftet. Es war schon gegen Mitternacht, und sie hatten die Absicht, dort zu übernachten, als sie von Wälscher überfallen wurden!

Dieser Darstellung gegenüber behauptete Wälscher nunmehr, in „Nothwehr“ gehandelt zu haben! Wenn er die Nothwehr überschritten habe, so deswegen, weil in der Jungfernhöhe schon häufig durch Stroche Ueberfälle verübt worden sind! — Er habe geglaubt, er hätte es mit solchen zu tun und es könnten mehrere dazu kommen. . . Sein Mitangeklagter Horn, der hinzugekommen war, als Wälscher schon auf Stoinli einschlug, erklärte sehr naiv: er habe in dem Augenblick nicht untersuchen können, wer Schuld hatte, und darum habe er auch mit dringefschlagen! Ein Teil der Zeugen behauptete, die beiden Vizelfeldwebel seien arg betrunken gewesen, andere — wie Frau Kortmeier und zwei Schutzleute Walter und Hinz — bestritten das.

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen jeden der beiden Angeklagten — 20 M. Geld, oder entsprechende Gefängnisstrafe wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung. Er nahm an, daß sie zunächst in Nothwehr gehandelt, die Nothwehr dann jedoch hart überschritten hätten. Als Milderungsgrund müsse gelten, daß sie durch den Zufall „Staatsbummler“ in berechtigter Wut geraten seien. Das Gericht sah die Sache noch milder auf und verurteilte die Angeklagten zu je — 5 M. Geldstrafe oder einem Tag Gefängnis!

Zivilistenpaß läme bei gleicher Sachlage nicht so billig davon.

### Oesterreich.

#### Die Obstruktion eingestellt.

Wien, 2. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat sämtliche Dringlichkeitsanträge über die Minoritäts-schulen abgelehnt. Die Slawische Union hat beschlossen, von der Obstruktion zunächst abzusehen und die Verhandlung über das Budgetprovisorium nicht zu verhindern.

### Frankreich.

#### Lohnbewegung der Polizei.

Paris, 2. Dezember. 2000 Polizisten hielten gestern abend plötzlich eine Versammlung ab, in welcher sie verschiedene Forderungen professioneller Art berieten, welche sie demnächst ihren Vorgesetzten unterbreiten werden. Es handelt sich u. a. um eine Gehaltsaufbesserung, ferner um Einführung der Wochenruhe, sowie um eine bessere Arbeitsteilung. Es wurden schließlich für jeden Pariser Bezirk zwei Delegierte ernannt, welche den Auftrag erhielten, die verschiedenen Fragen zu prüfen und sie in einer öffentlichen Versammlung zu beraten. Zu dieser Versammlung sollen Pariser Gemeinderäte geladen werden.

### Die Beamtenorganisation.

Paris, 2. Dezember. Der jüngst gegründete Verband der Beamtenvereinigungen erklärt, daß die Verbandsmitglieder als treue Diener der Republik außerhalb der Parteikämpfe bleiben und die öffentliche Ordnung nicht stören wollen. Es sei einstimmig beschlossen, den Streik nicht als Mittel zur Verteidigung der beruflichen Interessen zu betrachten.

### Dänemark.

#### Die Ministeranklage.

Kopenhagen, 1. Dezember. Die zur Beratung über die Erhebung der Anklage gegen die früheren Minister Christensen und Sigurd Berg eingefasste Kommission hat heute Bericht erstattet. In diesem Bericht beantragt die Majorität, bestehend aus Mitgliedern der Rechten, aus Radikalen und Sozialdemokraten, die beiden genannten früheren Minister wegen der dienstlichen Beziehungen, die sie in den Jahren 1906—08 zu dem damaligen Justizminister Alberti hatten, vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Der Anklageantrag gegen Christensen wird u. a. damit begründet, daß er als Ministerpräsident und als Verteidigungsminister trotz vorhandener Verdachtsmomente nicht verhindert habe, daß Alberti sein Amt zu seinem eigenen Vorteil und zu dem seiner Verwandten in Gebrauch habe, ferner daß Christensen trotz der im Reichstage gegen Alberti erhobenen Beschuldigungen es unterlassen habe, eine Untersuchung einzuleiten, und daß trotz der vorliegenden ungenügenden Nachrichten über die Verhältnisse bei der Seeländischen Bauernparlasse, deren Präsident Alberti war, Christensen dieser Bank aus der Staatskasse ein Darlehen von einhalb Millionen Kronen gewährt habe. Der Anklageantrag gegen Berg wird damit begründet, daß er als Minister des Innern trotz verdächtiger Nachrichten über die Beziehungen Albertis zur Seeländischen Bauernparlasse es veräumt habe, die Lage der Sparkasse untersuchen zu lassen.

### Rußland.

#### Ein Mißtrauensvotum.

Petersburg, 1. Dezember. In der Reichsduma wurde mit allen gegen drei Stimmen der Rechten eine vom Zentrum vorgeschlagene Formel angenommen, worin die Handlungsweise des ehemaligen Handelsministers Timirjasev in Sachen der Verpachtung von Wärgellen nachschicklichen Bodens für ungesetzmäßig und die von ihm darüber abgegebenen Erklärungen für unbefriedigend erklärt werden.

### Finland.

#### Rücktritt von neuernannten Senatoren.

Drei von den am 1. Oktober d. J. ernannten russischen Offiziersensatoren, die Finnland verfassungswidrig regieren sollten, Sillman, Kraay und Hedlund, haben bereits ihre Entlassungsgesuche eingereicht.

#### Militärverwaltung der Eisenbahnen.

Die russische Militärverwaltung läßt die größeren Stationen an der Linie St. Petersburg-Pelsingfors militärisch bewachen. Auf jeder der Stationen sind circa 200 Mann berechnet. Die Stationen Koubola, Sachtis und Nibimäki haben bereits ihre Besatzung erhalten. Da auf den Stationen für das Militär keine Räume beschafft werden können, werden die Soldaten in Waggonen einquartiert. Die Besetzung soll erfolgen, um einem befürchteten Generalstreik vorzubeugen. Die Furcht vor dem Streik spielt überhaupt bei den eistrifflischen Regierungsbesloten eine große Rolle. In Finnland selbst ist dieser Gebanke ziemlich unpopulär.

### Amerika.

#### Die Vereinigten Staaten gegen Nicaragua.

Washington, 2. Dezember. Die Vereinigten Staaten haben dem Geschäftsträger von Nicaragua die Pässe ausstellen lassen. In dem Begleitschreiben führt Staatssekretär Knox aus, TeIaha habe seit dem Washingtoner Ueberkommen von Jahre 1807 fast beständig Zentralamerika in Unruhe versetzt und den nationalen und internationalen Frieden gefährdet. Er sei ein Thron, dessen Verwaltung den guten Namen einer Regierung bestude. Knox erkennt an, daß die Revolution der Ausdruck der Unzufriedenheit des Volkes von Nicaragua sei, erklärt aber im übrigen, daß beide Parteien verantwortlich seien für Handlungen, welche die Interessen Amerikas berühren.



# Gewerkschaftliches.

## Weitere Geschäftspraktiken der Unternehmer-Nachweise.

Bei der einfachen Achtung des Arbeiters durch den Zwangsnachweis bleiben unsere Unternehmer nicht stehen. Fast jede größere Firma führt noch ihre eigene schwarze Liste. So funktioniert denn der Mannheimer Nachweis nach den Angaben des „Vergknappens“ in der Weise: Die Firma S. Lang in Mannheim schreibt vor, daß von jedem einzelnen Arbeiter, der ihr vom Arbeitsnachweis zugewiesen wird, der Zuweisungsschein in Empfang genommen und vorerst daraufhin geprüft wird, ob der Inhaber in der schwarzen Liste der Firma vorgemerkt ist. Trifft das zu, so wird der Mann ohne Anhörung abgewiesen. Pflichtgemäß trägt der Arbeiter seinen Schein zu dem Arbeitsnachweis zurück. Vielleicht bemerkte er nicht einmal, daß mit dem Schein eine ganz harmlos erscheinende Veränderung vorgegangen ist. Ein einfacher runder Firmenstempel ist ihm aufgedrückt worden. Dieser harmlos erscheinende Aufdruck aber soll dem Arbeiter zum Verhängnis werden. Der Schalterbeamte, dem der Schein wieder vorzulegen ist, erkennt aus ihm sofort, daß der Arbeiter für die Firma Lang als gesperrt gilt, und ein entsprechender Vermerk in der Nachweisliste sorgt dafür, daß der Beschäftigte nicht noch einmal die für ihn auf immer verschlossenen Fabrikräume der Firma Lang betritt. Weist die schwarze Liste der Firma Lang den Namen des Arbeiters nicht auf, so wird der Schein mit einem langen Stempel versehen. So trägt der Arbeiter nichtssahnend sein eigenes Urteil davon!

Um die Deffenlichkeit zu täuschen, hat man, nach der Mannheimer „Volkstimme“, fortgesetzt die Statistik hinsichtlich der Herkunft und des Alters der vermittelten Arbeiter gefälscht und im „Generalanzeiger“ gefälschte Aufstellungen veröffentlicht. Die Firma Lang, die so viel in Arbeiterwohlfahrt macht, sieht in bezug auf die Führung der schwarzen Liste mit an erster Stelle. Von der Anilinfabrik in Ludwigshafen sind allein über 4000 Arbeiter gesperrt. Der Leiter des Nachweises, Dr. Moebius, bezieht für die Ausübung seines Sandwerks nicht weniger wie 14000 M. im Jahre.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Straßenreiniger Berlins

gaben in einer öffentlichen Versammlung, die am Mittwochabend im „Englischen Garten“ stattfand, ihrer Unzufriedenheit mit den jüngsten Verfügungen der Direktion lebhaften Ausdruck. Die Arbeiter fürchten, daß diese Verfügungen darauf abzielen, die Achtstundendarbeitszeit aufzuheben. Im November vorigen Jahres wurde der achtstündige Schichtwechsel in der ersten Abteilung provisorisch eingeführt. Der Versuch bewährte sich so gut, daß im Anfang dieses Herbstes zuerst in vier weiteren Abteilungen, dann, vom 15. November ab, in sämtlichen Abteilungen der achtstündige Schichtwechsel zur Einführung kam. Man schien mit der Neuerung durchaus und allgemein zufrieden zu sein. Der Arbeiterausschuß hörte keinerlei Beschwerden von der Direktion, daß sich Schwierigkeiten ergeben hätten. Der Ausschuß, der aus Praktikern im Betriebe besteht, hätte gern der Direktion geholfen, etwaige Hindernisse zu beseitigen und hätte gern nützlichen Rat gegeben. Er wurde überhaupt nicht gehört. Zur Ueberfischung der Arbeiter erschienen nach 14 Tagen schon zwei Verfügungen der Direktion, nach welchen die alte Arbeitszeit von 12 Stunden (einschließlich der Pausen) wiederhergestellt werden sollte. Auffällig war es den Arbeitern auch, daß diese Verfügungen sofort auf zwei Artikel im „Lokalanzeiger“, die gegen die Straßenreiniger gerichtet waren, erfolgten. Auch in der „Vorposten“ war ähnliches zu lesen. Man stellte es in diesen Artikeln so dar, als seien die Straßenreiniger daran schuld, daß der letzte große Schneefall allerlei Unordnungen im Gefolge hatte. Die Arbeiter wissen aber besser, woran es liegt, daß die Straßenreinigung bei außergewöhnlicher Wetter nicht flott von hanteln geht. Es fehlt an einer zweckmäßigen Einteilung; die Abfuhr ist schlecht geregelt; die Fuhrherren leisten einen gewissen passiven Widerstand, um größeren Nutzen zu erzielen. Die Arbeiter sind auch der Ansicht, daß die Parkreinigung bei großen Schneefällen zur Reinigung der Straße herangezogen werden sollte; auch müßten die Straßenpolizeibeamten, welche den Hausbesitzern bestimmte Verpflichtungen in bezug auf die Straßenreinigung auferlegen, viel strenger zur Durchführung kommen. — Diese Gründe will man nicht sehen, dagegen nimmt man die schlechten Folgen davon als Vorwand, um eine den Arbeitern günstige Neuerung wieder rückgängig zu machen. In der ersten Verfügung der Direktion war die Absicht noch etwas verhäkelt; es hieß darin, daß die zwölfstündige Schicht nur solange gelten sollte, als Hilfsarbeiter beschäftigt werden. In der zweiten Verfügung wurde erklärt, daß nicht im achtstündigen Schichtwechsel gearbeitet werden sollte, solange irgendwo in einer Abteilung auch nur eine geringe Anzahl Hilfsarbeiter beschäftigt würden. Damit wäre die Achtstundendarbeitszeit begraben, denn es hängt ganz von der Ansicht eines Oberaufsehers ab, ob Hilfsarbeiter einzustellen sind.

Die Versammlung war außerordentlich stark besucht und spendete den Ausführungen des Referenten Schulz vom Verband der Gemeindefreier reiches Beifall. In der Diskussion wurden die Verfügungen der Direktion scharf kritisiert. Auch die Mitglieder vom Hirsch-Dunderschen Oelverein traten energisch für den achtstündigen Schichtwechsel ein, obgleich, wie Schulz hervorhob, ihr Leiter Goldschmidt als Stadtverordneter diesen Wünschen nicht das mindeste Verständnis entgegenbringt und sie sogar noch bekämpft. — Die versammelten Arbeiter protestierten lebhaft gegen die Verfügungen der Direktion und beauftragten den Arbeiterausschuß, mit der Direktion Rücksprache zu nehmen, damit den Straßenreinigern Berlins der achtstündige Schichtwechsel erhalten bleibt.

### Deutsches Reich.

#### Ausperrung.

Der Arbeitgeberverband der Stettiner Herren- und Knabenkonfektionsfirmen hat 7000—8000 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Differenzen über den Abschluß eines neuen Lohntarifes ausgesperrt.

#### Arbeitsbedingungen im Lithographie- und Steindruckergewerbe.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker hat im Jahre 1908 statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe veranstaltet, die jetzt vom Vorstand des Verbandes im Druck veröffentlicht werden. Die Statistik umfaßt 85 Proz. aller im Gewerbe beschäftigten Gehilfen, sie hat schon dadurch größeren Anspruch auf Inwertigkeit und Darstellung des Tatsächlichen, als die vorangegangene Erhebung vom Jahre 1903. Die Angaben über die im Gewerbe herrschenden Arbeitsbedingungen sind nach Landesteilen gruppiert und in weiterer Umschreibung für Nord-, Mittel- und Süddeutschland zusammengestellt, um so gegenübergestellt zeigen zu können, wo die Arbeitsverhältnisse am meisten der Besserung bedürfen. Doch sind die Unterschiede sehr unwesentlich; Norddeutschland zeigt allgemein ein klein wenig bessere Arbeitsbedingungen gegenüber Mittel- und Süddeutschland.

Im Gesamtergebnis wird die durchschnittliche effektive wöchentliche Arbeitszeit für Lithographen auf 49 Stunden 6 Minuten, für Steindrucker auf 54 Stunden 6 Minuten angegeben. In Preußen haben die Lithographen die kürzeste Arbeitszeit mit 8 Stunden täglich, dann folgen die Landes-

teile Brandenburg, Hamburg, Lübeck und Bayern mit 8 Stunden 3 Minuten; die ungunstigste Arbeitszeit ist in Neuh. a. L. und Schwarzburg-Sondershausen mit 9½ Stunden anzutreffen. Seit dem Jahre 1903 haben in den einzelnen Landesteilen ganz bedeutende Arbeitszeitverkürzungen stattgefunden; die Rheinprovinz figuriert mit 1 Stunde und 5 Minuten wöchentlich Arbeitszeitverkürzung für Lithographen an niedrigster Stelle, Schlesien mit 3 Stunden und 56 Minuten an höchster Stelle, während für Steindrucker Bessereuren mit sogar 4 Stunden 5 Minuten die höchste Ziffer aufweist. Die günstigste Arbeitszeit ist für Steindrucker in Lippe-Dehmold und in Hamburg mit 8 Stunden 48 Minuten, die längste mit 10 und 9½ Stunden in Neuh. a. L. und Schwarzburg-Sondershausen. — Auch die Löhne haben seit der letzten statistischen Erhebung eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren. Die Durchschnittslöhne betragen wöchentlich bei den

Lithographen, Chromo	30,62 M.	(1903 27,80 M.)
Merfantil	29,70	(1903 27,23)
Steindruckern, Maschine	30,10	(1903 27,11)
Handpresse	27,27	(1903 25,74)

Im einzelnen Falle betragen die Lohnsteigerungen bis zu 8,36 Mark pro Woche. Eine prozentuale Zusammenstellung ergibt, daß rund 41 Proz. der Lithographen einen Wochenlohn von 27—33 M. haben und 23½ Proz. darüber. Von den Steindruckern haben 43 Proz. Wochenlöhne von 27—33 M. und 15½ Proz. darüber. Eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 48 Stunden hatten 78,73 Proz. der Lithographen (gegenüber 33,09 Proz. im Jahre 1903!) und bis zu 54 Stunden mußtten 88,25 Proz. der Steindrucker arbeiten (gegenüber 59,52 Proz. im Jahre 1903!).

Diese sehr beachtenswerten Erfolge errang der Verband in der Zeit einer niedergebenden Geschäftsjunktur; die im Jahre 1908 gemachten Angaben fielen in die Zeit der Hochkonjunktur, die für 1908 gemachten in die Zeit der schweren wirtschaftlichen Krise. Sollte es da noch Arbeiter geben, die ob solcher Erfolge der Gewerkschaftsverbände ihrer Organisation fernbleiben?

Die Tarifbewegung der Dresdener Buchbinder und Buchbindereihilfsarbeiter hat ihren Abschluß durch Annahme eines auf 3 Jahre geltenden Tarifes gefunden. Die Arbeitszeit wurde um 1 Stunde wöchentlich verkürzt. Der Minimallohn beträgt für Gehilfen vom 1. Januar 1910 ab 21 M., vom 1. Januar 1911 ab 22 M. Arbeiterinnen erhalten (ausschließlich Lehrzeit) 7,50, 8,50 und 9,50 M. Sämtliche Gehilfen, die bei Inkrafttreten des Tarifes den Minimallohn und darüber beziehen, erhalten eine wöchentliche Zulage von 1 M., die Arbeiterinnen eine solche von 50 Pf. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt; Affordarbeiter erhalten 10 Pf., Affordarbeiterinnen 5 Pf. Zuschlag pro Ueberstunde. Sonn- und Feiertage werden mit 30 Proz. resp. 12 und 6 Pf. Zuschlag bezahlt.

Eine Versammlung der Buchbinder und Buchbindereihilfsarbeiterinnen erklärte sich mit den gemachten Zugeständnissen, die am 1. Januar 1910 in allen Dresdener Betrieben in Kraft treten sollen, einstimmig einverstanden.

#### Die Gewerbegerichtswahl in Offen a. d. Rh.

bei der zum ersten Male die vom Kruppischen Werke unterstützten Gelben auf dem Platze traten, hatte folgendes Resultat: Die freien Gewerkschaften steigerten ihre Stimmengahl von 7050 auf 8077; sie erhalten 8, statt bisher nur 7 Sitze.

Die christlichen Stimmen sanken von 8752 auf 7517; sie bekommen 6 Sitze, statt bisher 8.

Die Hirsch-Dunderschen statt 1180 nur 489 Stimmen; sie verlieren ihren einzigen Sitz.

Die Gelben erreichten 2756 Stimmen und bekommen zwei Sitze.

Eine Polenliste erzielte 345 Stimmen. Der Anteil der abgegebenen Stimmen für die Christlichen betrug 1908: 48,9 Proz. und diesmal 37,4 Proz. — Angefichts der ungeheuerlichen Wahlmache für die Gelben durch Krupp ist der Erfolg der freien Gewerkschaften durchaus zufriedenstellend. Die „gelbe Jech“ wird von den Christlichen bezahlt!

Die Bewegung der Buchbinder in Nordbors ist beendet; sämtliche Streikende haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Einigung kam durch Verhandlungen zustande, die auf Grund einer seitens der Firma Alexander Schumann unterbreiteten Affordiotabelle gepflogen wurden. Dadurch sind nun die schlimmsten Mißstände beseitigt, und der Streik konnte nach 7½wöchiger Dauer mit gutem Erfolge für die Arbeiter beendet werden.

#### Der Terrorismus der Maschinenfabrik Augsburg.

Im September v. J. wurde der Diplomingenieur G. Scheib seitens der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg beurlaubt, weil er als Mitglied des Bundes technisch-industrieller Beamten die Interessen seiner Organisation vertrat. Zugleich war der Portier angewiesen worden, Scheib unter keinen Umständen mehr das Betreten der Fabrikräume zu gestatten. Der Gemäßigteste hatte nun gegen die Firma auf Forderung seines Gehalts, seiner noch in der Fabrik befindlichen Sachen, sowie auf Ausstellung eines Zeugnisses. Die belagerte Firma hatte hierauf dem Kläger eröffnet, daß er seinen Gehalt beim Portier in Empfang nehmen könne, was dieser jedoch ablehnte, nachdem ihm das Betreten der Fabrikräume verboten worden war. — Nach Verhandlung der Sache vor dem Landgericht Augsburg wurde folgendes Urteil erlassen: Die Belagte wird verurteilt, an den Kläger Scheib zu geschicken: 1. 1000 M. Gehalt nebst 4 Proz. Zinsen, 2. ein Zeugnis über die Dauer seiner Beschäftigung in der Maschinenfabrik Augsburg und Ausbezahlung desselben auf Leistung und Führung, 3. Herausgabe der in dem Kust in der Fabrik befindlichen, dem Kläger gehörigen Gegenstände.

Tariffändigung in der Schuhindustrie in München. Nunmehr haben auch die Münchener und Augsburger Schuhfabrikanten den Gehilfen den Tarif gekündigt mit der Angabe, daß sich die bisherigen Arbeitsbedingungen in einigen Punkten als unhaltbar erwiesen hätten. Sollte sich das Gerücht bewahrheiten, daß die Herren Fabrikanten eine Lohnregulierung nach unten vorzunehmen gedenken, so dürften sie die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht unvorbereitet antreffen.

### Ausland.

Auf dem Jahreskongreß der American Federation of Labor, über deren Verhandlungen wir bereits einmal berichteten, waren, wie bisher stets üblich, Vertreter der englischen Gewerkschaften als „Brüderchaftsdelegierte“ anwesend. Das sozialistische Parlamentsmitglied Kline, der eine der beiden Abgeordneten, hielt eine feurige Ansprache, in der er die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Aktion der Arbeiterklasse hervorhob. Er zeigte, wie die englischen Arbeiter sich von den bürgerlichen Parteien losgerissen haben, wie sie auch durch Gerichtsurteile (wie die Laff-Bale-Entscheidung) gezwungen wurden, eine eigene Partei zu bilden, um die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft in die eigene Hand zu nehmen. — Die Rede wurde oft von Beifall unterbrochen.

Auch ein Abgesandter des schwedischen Arbeiterverbandes, Thobin, hielt eine Ansprache, in der er den großen Kampf der schwedischen Arbeiter schilderte und die Arbeiter in Amerika aufforderte, ihren Brüdern in Schweden Beistand zu leisten. Samuel Gompers ergänzte Thobins Rede und erklärte, daß unter gleichen Umständen seine Gewerkschaftsleitung gegocci haben würde, den Generalstreik zu erklären, und er forderte die zum Arbeiterbunde gehörigen Organisationen auf, den schwedischen Arbeitern den gewünschtesten Beistand zu leisten.

Als Folge der gerichtlichen Verfolgung von Gompers, Mitchell und Morrison lag dem Kongreß ein Antrag vor, durch welchen die Leitung des Arbeiterbundes dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Empfehlungen bei der Ernennung von

Bundesrichtern einreichen soll, sobald Balancen entstehen. Der Antrag wurde angenommen. — Eine Resolution zugunsten der Einführung von Postsparkassen fand ebenfalls die allgemeine Zustimmung. — Der Kongreß verlangte ferner, daß im Bundesdepartement für Handel und Arbeit in Washington ein besonderes Departement, das sich mit den Zuständen in bezug auf die Frauenarbeit beschäftigen soll, eingerichtet werde. — Beschlossen wurde auch, in eine „Aufklärungskampagne“ zur Verhütung der Schwindsucht unter der Arbeiterschaft einzutreten. — Für die Gewährung des Stimmrechts an die Frauen erklärte sich der Kongreß mit allen gegen eine Stimme. Eine Frauenrechtlerin hielt eine Ansprache an den Kongreß, worin sie betonte, daß die Wahlrechtsbewegung der Frauen in Amerika während der letzten Jahre große Fortschritte gemacht habe, besonders auch in den Gewerkschaften.

Die Organisation der Landarbeiter war auch Gegenstand einer längeren Diskussion auf dem Kongreß. Dieser Organisation stehen noch besondere Schwierigkeiten im Wege dadurch, daß die Farmers-Union Anschluß an den Arbeiterbund sucht. Eine Organisation der Landarbeiter würde sich aber gegen die Farmer richten. Von der Leitung des Arbeiterbundes wurde empfohlen, eine „Förderung der zwischen der Farmers Union und den Gewerkschaften herrschenden Harmonie“ anzustreben. Die Resolution für die Organisation der Landarbeiter wurde schließlich angenommen.

Eine hitzige Debatte entspann sich auch über den Antrag eines Komitees, den Bundeskongreß der Vereinigten Staaten anzufragen, „den wahnsinnigen Ausgaben für kriegerische Zwecke, die nur Witwen und Waisen schaffen“, die Genehmigung zu verweigern. Die „Patrioten“ ständen auf und machten Lärm; sie erklärten, daß die Kriegsausgaben so notwendig seien wie die Ansammlung von Streikfonds; sie lehnten es durch, daß der Antrag an das Komitee zurückgewiesen wurde.

Daß ein großer Teil der amerikanischen Arbeiter noch auf Kirche und Geistlichkeit allerlei Hoffnungen setzen, zeigt die Annahme einer Resolution, die von den Buchdruckern vorgelegt wurde und die die Einführung eines Arbeitererzontages verlangte, weil es „im Interesse der Kirche wie der Arbeiter selbst liegt, einen besonderen Tag zu bestimmen, an dem die Aufmerksamkeit aller Kräfte auf die Fragen, welche die Arbeiter berühren, gelenkt werde“. Eingang dieser Resolution heißt es, „daß die Kirchen und die Geistlichkeit ein immer stärkeres Interesse an dem Studium der Arbeiterbewegung zeigen und manche Geistliche der verschiedenen Richtungen dieses Interesse durch öffentliche Erörterung der Probleme der Lohnarbeiter bekunden“. Als Arbeitererzontag wurde der Sonntag vor dem ersten Montag im September festgesetzt. (Der erste Montag im September ist nämlich der gesetzlich eingeführte Arbeitererzontag in Amerika.) Die Kirchengemeinschaften werden aufgefordert, „einen Teil dieses Tages der Arbeiterfrage zu widmen, und zugleich werden die lokalen und zentralen Gewerkschaftsinstanzen aufgefordert, in jeder erlaubten Weise mit den Geistlichen zusammenzuarbeiten, welche den Arbeitererzontag innehalten, um einen möglichst zahlreichen Kirchenbesuch von Arbeitern und anderen herbeizuführen“.

Der Kongreß erklärte sich für die Bildung weiterer Industriegruppen innerhalb des Gewerkschaftsbundes zum Zwecke des engeren Zusammenschlusses der vielen Gewerkschaften der gleichen Industrie; es bestehen bis jetzt vier solcher Industriegruppen.

Für die Organisation der Seelente soll mehr als bisher getan werden. Der Verband der Seelente führt seit 7 Monaten schon auf den „Großen Seen“ einen umfangreichen Streik.

Von den Staatsbetrieben verlangte der Kongreß, daß sie als Musterbetriebe im Sinne der Gewerkschaften geleitet werden.

Den Gewerkschaftsartikeln wurde empfohlen, der Frage der Errichtung von Gewerkschaftshäusern ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Samuel Gompers wurde einstimmig wieder zum Präsidenten des Arbeiterbundes gewählt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Landtagswahlen in Sachsen-Weimar.

Weimar, 2. Dezember. Unter starker Beteiligung fanden heute die Wahlen zum Weimarischen Landtag statt, und zwar zum ersten Male nach der neuen Wahlordnung, die an Stelle des indirekten das direkte Wahlrecht vorführt. Nach einem um vorliegenden Telegamm waren von den 28 Wahlkreisen erst neun Resultate bekannt. Danach wurden gewählt: vier Sozialdemokraten, zwei Liberale, ein Nationalliberaler, ein Konservativer, ein Zentrumsmittglied. Aus den ländlichen Wahlbezirken die Wahlresultate erst morgen zu erwarten.

Almenau, 2. Dezember. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Bei der heute stattgefundenen Landtagswahl wurde im Wahlkreis Almenau der Kandidat der Sozialdemokratie mit großer Majorität gewählt.

### Das wandernde Heine-Denkmal.

Stuttgart, 2. Dezember. (W. G.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß heute mit einer von sozialdemokratischer Seite ausgehenden Anregung, das früher auf Korsu, jetzt in Hamburg befindliche Heine-Denkmal für Stuttgart zu erwerben. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte mit überwiegender Mehrheit diesen Vorschlag ab.

### Der Präsident knickt.

Belgrad, 2. Dezember. (W. L. V.) In der Skupstina fragte heute der Sozialdemokrat Kozlerowitsch beim Präsidenten, ob die Regierung Schritte unternommen habe, um den durch die Hinrichtungen in Cetinje begangenen Mord, der eine Schmach für das ganze serbische Volk sei, zu verhindern. Der Präsident erwiderte, Kozlerowitsch möge seine Anfrage direkt an die Regierung richten. — Am Abend veranstalteten Unbeschäftigtenstudenten wegen des erwähnten Urteils eine Protestversammlung.

### Ein Balkanbund.

Sofia, 2. Dezember. (W. L. V.) Wie in politischen Kreisen verlautet, wird zwischen der bulgarischen Regierung und der Pforte die Frage der Möglichkeit einer gemeinsamen Verständigung zur Bildung eines Balkanbundes erörtert. Die Türkei beansprucht hierbei die führende Rolle, wogegen die bulgarische Regierung entschiedene Stellung genommen und erklärt hat, nur auf der Basis: par inter pares verhandeln zu wollen.

### 20 000 Streikende in Minnesota.

St. Paul, 2. Dezember. (W. L. V.) Der Streik der Weichenstesser zieht die gesamte Industrie des Nordwestens in Mitleidenschaft. Die Zahl der streikenden Arbeiter wird bereits auf 20 000 geschätzt. Ganze Wagenladungen leicht verderblicher Güter sind auf Nebengleise gestoben worden. Die Kupferminen und Gütten in Montana sind außerordentlich geschädigt, da die Erzförderung aufgehört hat. Die Eisenbahnen lassen Arbeiter aus Chicago und anderen Orten kommen.

### Erfolgreiche Verhandlungen.

Schnay (Australien), 2. Dezember. (W. L. V.) Die Konferenz des Premierministers Wade mit den Arbeiterführern und den Vertretern der Bergwerksbesitzer über den Bergarbeiterstreik ist ergebnislos gewesen. Die Regierung wird daher morgen vor dem Gewerbegericht die Errichtung eines Einigungsamts zur zwangsweisen Festsetzung der Löhne beantragen.



Eine sozialistische Schule.

Paris, 30. November. (Eig. Ber.)

Die gestern abend mit einem Vortrag Jaurès' eröffnete „Ecole Socialiste“ ist nicht der erste Versuch, ein den Fragen des Sozialismus und der Soziologie gewidmetes Vortragswesen mit sozialistischer Grundtendenz zu organisieren, aber die gesicherte Mitwirkung einer großen Zahl bekannter akademischer Lehrer und sozialistischer Schriftsteller wird ihr vielleicht ein länger dauerndes Interesse gewinnen, als es ihren Vorgängern beschieden war. Man würde indes fehlgehen, wenn man die von der rührigen Gruppe der kollektivistischen Studenten ins Leben gerufene Einrichtung etwa mit den Berliner Bildungsanstalten der deutschen Sozialdemokratie auf eine Stufe stellen wollte. Sie ist nicht nur kein von der sozialistischen Partei für die sozialistische Partei gegründetes, seine pädagogischen Ziele in die Erziehung arbeitseifriger und begabter Proletarier für die verschiedenartigen leitenden Betätigungen in der Bewegung legendes Institut, sondern sie will zunächst in abgeschlossenen Einzelvorträgen oder in auf wenige Vorträge beschränkten Uebersichten die auf die sozialen Probleme angewandte wissenschaftliche Betrachtungs- und Forschungsweise in ihren Resultaten vorführen, wobei ein sozialistischer Elitismus, der verschiedene „Richtungen“ zu Worte gelangen läßt, leitend bleiben soll. Damit ist freilich auch schon ausgesprochen, daß die „Ecole Socialiste“ ebensowenig wie als methodisch geleitete Lektionsanstalt als sozialistische Elementarschule wirken, ja daß sie, als solche benutzt, die vielbesagte Unklarheit der Masse der Parteigenossen eher noch vergrößern kann. Jaurès hat ihr denn auch in der Tat Aufgaben zugewiesen, die von solchen Bestrebungen abwärts liegen. Er sieht sie, über das ganze Land verzweigt, zu einer Studiengesellschaft erweitert, die das fortschreitende Leben der französischen Gesellschaft wissenschaftlich beobachten und beschreiben soll. Als wichtigste Gegenstände solcher Erfahrung nannte er die Rolle des Staats, die Frage der Kapitalkonzentration, die Agrarfrage und die Handelspolitik. Er machte auch kein Hehl daraus, daß er von ihren Feststellungen die Unterstützung der reformistischen Aufstellungen erwartet, so den Beweis, daß der Staat heute nicht mehr in demselben Maße wie ehemals ein Bourgeoisstaat sei. Die Notwendigkeit, von allgemeinen Formeln zu realistischen, mit der komplizierten Wirklichkeit rechnenden Aktionsmethoden zu kommen, wollte der Redner durch die kritische Analyse des kürzlich erschienenen Buches „Wie wir die Revolution machen werden“ der Anarchosyndikalisten Pataud und Bouget illustrieren. Es gelang ihm in der Tat ohne jede Mühe, die darin enthaltenen Absurditäten und Kindereien nachzuweisen, nicht ohne indes in manchem Zuhörer das Bedauern wachzurufen, daß so viel Scharfsinn und Verdachtskraft an eine unverantwortliche Subskription verschwendet wurde, mit der identifiziert zu werden sich auch die ersten Syndikalisten zu verwahren das Recht haben. Als dann gar Pataud und Jaurès zu belachen versuchte, daß die soziale Revolution mit Bomben und „Chemie“ zum Sieg gelangen werde, ergielte er einen schallenden Heiterkeitserfolg, trotz seiner pompösen Verkündung einer solchen glückselig vollbrachten „Sabotage“. Pataud hat nämlich die Direktoren der großen Oper durch die Veranstaltung einer Arbeitsverweigerung während der Galavorstellung zu Ehren des Königs von Portugal gezwungen, den Elektrikern schriftlich eine Lohnserhöhung zu bewilligen. Da die Umstände es ausgeschlossen erscheinen lassen, daß das bürgerliche Gericht ihre Ostentation anerkennt, handelt es sich um einen gewerkschaftlichen Wust Patauds, der um nichts höher steht als sein literarischer. Schließlich wird nicht einmal die bürgerliche Sensationspresse mehr Interesse daran haben, dieser bei allen ersten Sozialrevolutionären diskreditierten Handlungswelt des sozialen Dramas ihre Panfarenblätter zur Verfügung zu stellen.

Die „Ecole Socialiste“ wird sicher, auch wenn sie überschwängliche Hoffnungen nicht zu erfüllen vermögen wird, viel Nützliches leisten können. Aber sie macht den Mangel einer Arbeiterschule, statt ihn zu beseitigen, nur noch fühlbarer. Mit einer

Arbeiterschule haben natürlich noch weniger die seltenen Kurse zu tun, die die Sabotage-Propheten jetzt ankündigen. Es sollen nämlich fortlaufend Unterweisungen über die „Masse verschiedener Industrien in der sozialen Revolution gegeben“ werden. Den Reigen eröffnet Pataud selbst mit einem Vortrag über die Elektrizitätsindustrie, dann folgt die Gasindustrie usw. Die Veranstalter dieses Aufzugs haben vielleicht den Wahnwitzgrund, daß sie sich selbst nicht ernst nehmen, aber immerhin könnte es im weltstädtischen Lumpentum manchen einer solchen „Bildung“ Verlassen geben, der sich mit dem Gedanken trüge, mit der Abolvierung diese Kurse seine Reise zur Todspiegelkarriere zu erringen.

Der Lehrplan, der für die Monate Dezember bis Mai aufgestellt ist, weist in Einzelvorträgen und Zyklen von 2-4 Stunden unter anderem folgende Gegenstände auf: I. Geschichte der sozialistischen Lehre und Bewegung. Historischer Materialismus und wissenschaftlicher Sozialismus. — Der Marxismus als rechtswissenschaftliche Lehre. — Der ökonomische Determinismus (d. h. die Abhängigkeit des einzelnen von den Verhältnissen); einige Mindermeinungen. — Der deutsche Revisionismus. — Geschichte der Kommune. — Geschichte des französischen und des englischen Sozialismus. — II. Organisation der Arbeit: Arbeitsgesetzgebung. — Theorie und Praxis des Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Hilfskassenwesens und der Gemeindepolitik. — III. Arbeiter- und Arbeitgeberorganisation in der Metallindustrie, dem Baugewerbe, dem Bergbau, der Gärtnerei, dem Buch- und dem Nahrungsmittelgewerbe. — IV. Wirtschaftsgeschichte: Die wissenschaftliche Methode des Wirtschaftsstudiums. — Die Agrarfrage. — Die industrielle Konzentration. — Der Lohn. — Die städtischen Bodenrechte. — V. Allgemeine Soziologie: Die wilden Völker. — Die menschliche Auslese. — Sozialismus und Naturwissenschaft. — Die soziale Kunst.

Dazu kommen einige öffentliche Vorträge: Ueber das Buch der Syndikalisten Pataud und Bouget: „Wie wir die Revolution machen werden“ (Jaurès, am 1. Dezember gehalten); Der Antimilitarismus (Bafargue); Gesetzgebung durch das Volk (Snell); Organisation der öffentlichen Dienste (Weber). Von bekannten Namen unter den Lehrern finden wir: Sembat, Brade, Guésde, Lagardelle, Dubreuilh, Thomas, Kerschheim, Bonnet, Andler, Elie, Gaure.

Die Gemeinde- und die Behördenorganisation.

Die wichtigste Forderung, die die Demokratie in bezug auf die Stellung der Gemeinde erheben muß, ist, sie von der Landratsverwaltung unabhängig zu machen. Die Befugnisse der sogenannten Kreisinstanz müssen so beschnitten werden, daß die Selbstverwaltung der Gemeinde keinen Schaden mehr leidet. Dazu bedarf es aber einer Umgestaltung der Organisation der staatlichen Behörden, der Eliminierung der überflüssigen Instanzen und der Vereinfachung der übrigen.

Die Herren von der Immediatkommission zur „Reform“ der preussischen Verwaltung marschieren hier natürlich mit gebührender Wachsamkeit. Der Regierungsrat Kruse begrüßt es im „Preussischen Verwaltungsblatt“ freudig, daß wesentliche Änderungen an der gegenwärtigen Staffung der Behörden der allgemeinen Landesverwaltung nicht in Frage kommen, und insbesondere weder die Oberpräsidenten noch die Regierungen fortfallen können. Man fragt sich erstaunt, was denn die ganze Verwaltungsreform soll, wenn an der ganzen Behördenorganisation grundsätzlich nicht gerüttelt werden darf. Die Reaktion würde bei uns allerdings am liebsten die Regierungen aufheben und ihre Befugnisse auf Landräte und Oberpräsidenten verteilen, also auf die beiden politischen Beamten. Man mag das aber doch noch nicht. Innerhalb der höheren Bürokratie selbst ist vielfach eine starke Abneigung gegen die Landräte vorhanden. Die

Verteilung aller Regierungsbefugnisse auf die politischen Beamten wäre auch zu plump. Das Ziel ist immer in Preußen: Verbindung technischer Behörden mit politischen Beamten. Aber man kann dies Ziel nicht so direkt anstreben. Das erregt Aufsehen und Mißtrauen. Man will also die Regierungen und Oberpräsidenten bestehen lassen. Jede wirklich demokratische Verwaltungsreform würde allerdings die preussischen Oberpräsidenten sofort beseitigen. Sind diese Oberpräsidenten doch die stärkste Stütze des Junkerregiments. Nur ein Sechstel der preussischen Oberpräsidenten ist bürgerlich. Alle, auch die bürgerlichen, sind Vertrauensmänner des regierenden Landadels. Der Herrschende hat keine Ahnung davon, wie abhängig sich ein preussischer Oberpräsident von dem Landadel seiner Provinz fühlt. Es ist vorgekommen, daß ein Oberpräsident einer preussischen Provinz an einem patriotischen Festtag seine Dienstwohnung nicht zu beslaggen wagte, weil der frondierende Landadel der Provinz nicht flaggte und der Oberpräsident durch sein Flagen dem Adel unpopulär zu werden fürchtete! Der Oberpräsident hat die Weisung, dem Adel, wenn es sich nicht gerade um den polnischen handelt, in jeder Weise entgegenzukommen. Er muß zunächst den sogenannten alten Familien gesellschaftlich den Hof machen, sie in jeder Weise ehren. Er vermittelt zwischen ihnen und den Spitzen der Behörden, nimmt ihre Wünsche in bezug auf Besetzung der Landratsposten entgegen, versorgt nicht anders unterzubringende Söhne alter Familien mit angesehenen anderen Verwaltungsstellen, trägt den Interessen des Grundbesitzes in der von ihm beaufsichtigten Provinzialverwaltung möglichst Rechnung. Kurz, das Oberpräsidium ist der Fels der Junkerberrschaft, in der Verwaltungsmaschine der Apparat, der die alten Privilegien rettet. Dazu geht der Oberpräsident mit den Landräten meist Hand in Hand, weil diese dieselben Aufgaben haben. Jeder Provinziallandtag ist durch Landräte „verunreinigt“, wie der Reichstagsabgeordnete Rickert zu sagen pflegte. Die stärkste Stütze der Reaktion in der Provinzialverwaltung ist also der Oberpräsident.

Was die technische Bearbeitung der Verwaltungsangelegenheiten angeht, so gestehen die Regierungsorgane, wie z. B. der Regierungspräsident Kruse im „Preussischen Verwaltungsblatt“ vom 31. Juli, selbst ein, daß es dem Oberpräsidenten an technischen Beratern völlig fehlt und daß die Provinzen heutzutage keinen geschlossenen wirtschaftlichen Charakter mehr tragen und keine Gebilde von räumlich abgegrenzter Eigenart sind. Selbst wenn also unsere höheren Verwaltungsbehörden außer der Bodenmelioration eine Art Kulturpolitik verfolgen möchten — sie tun das natürlich nicht — selbst dann wäre eine Provinzialzentralinstanz völlig überflüssig. Die Dänen und die Norweger, die ihr Land sehr viel besser verwalten wie die Preußen, haben überhaupt zwischen Ministerium und Gemeindevorsteher nur den Amtmann. Bei diesen hochentwickelten Völkern haben die Beamten allerdings auch keine politische Tätigkeit auszuüben.

Ist es aber nicht völlig überflüssig und schädlich, daß wir mit Tausenden von Talern Beamte besolden, die bei Wahlen die Parole im Sinne der Konservern ausgeben, große Fonds zur Subventionierung von Regierungszeitungen verwalten, jede demokratische Regierung dadurch aus der Verwaltung ausmerzen, daß sie die Spitzen aller Behörden mit dem Landadel und mit dem Militär in gesellschaftliche Fühlung bringen, kurz, Beamte, nur dazu zu bezahlen, daß sie mehr oder weniger freiwillig fortgesetzt als staatliche Kommissare für den regierenden Landadel tätig sind?

Was an positiver juristischer und verwaltungsmäßiger Arbeit auf den Oberpräsidien geleistet wird, könnte ebensogut oder stellenweise besser auf den Regierungen geschehen. Als

Kleines Feuilleton.

Eine Steuer auf Bibliothekbenutzung plant Preußen einzuführen. Niemand wird diesem Unternehmen die Nützlichkeit und das dringende Bedürfnis ableiten. Das dringende Bedürfnis, das Antikulturbücherei und die Bildungseinkünfte durch eine weithin leuchtende Spitze zu bekriegen. Als Versuchsmittel sollen die königlichen Bibliotheken dienen. Zwischen dem Kultusministerium und den Direktoren der Bibliotheken haben Verhandlungen stattgefunden, deren Resultate zwar geheim gehalten werden sollten, aber nun doch durchgedrungen sind. Das ungeheure Verlangen auf die Bildung bezweckt danach, von jedem aus der Bibliothek verliehenen Buch eine Gebühr zu erheben. Wahrscheinlich, die nur im Kleinen benutzt werden, sollen davon befreit sein. Die Kulturfeindlichkeit und Ungerechtigkeit dieser Gebühr, die allen modernen Steuerprinzipien im Gesicht schlägt, den Kernstein und den Reichstein mit gleichem Maße mißt, und in der ganzen Welt einzig dastehen würde, springt demnach in die Augen, daß man wirklich in Preußen leben muß, um den Gedanken an ihre Möglichkeit zuzulassen. Der Ertrag der Steuer soll dazu verwendet werden, den Bibliotheksfonds zu vermehren.

Zusammen mit diesem sauberen Plan wird ein zweiter erörtert, die Berliner königliche Bibliothek in eine Reichsanstalt zu verwandeln und als Reichsbibliothek anzugehen. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Veränderung braucht heute noch nicht besprochen zu werden. Aber wo immer die neue Steuer unser verdientes Steuerhelfer der Bedrückung vervollständigen sollte — im preussischen Landtage oder im hauseigenen Reichstage — sie wird und nicht nur lächerlich machen, sondern vor allem auch der gesetzlich verbotenen Ausbreitung der Bevölkerung aufs wirksamste nachsetzen. Da alles besteuert ist, warum sollte das Wort der Wissenschaft und der Kultur, das Buch davon ausgenommen sein. Die Entbehrer der neuen Steuerart können sich rühmen, endlich den wahren Zweck der kgl. preussischen Bibliotheken herausgefunden zu haben: eine Steuerquelle zu sein.

Venedig in Gefahr des Einsturzes! Der Zusammenbruch des Campanile von San Marco am 14. Juli 1902 war eine furchtbare Warnung für die Lagunenstadt, durch die die Aufmerksamkeit auf die Fundamente Venedigs überhaupt mit erhöhtem Eifer gelenkt wurde. Befürchtungen für das Schicksal der alten Königin an der Adria wurden laut und man suchte nach Mitteln zur Rettung und Abhilfe. Weitläufige Betrachtungen über die Gründe des Turmeinsturzes und der sonst aufgetretenen Wuschaßen hat nun der badiische Oberbaupraktiker Demberger angestellt, über die in „Neber Land und Meer“ berichtet wird. Der Campanile und die wunderbaren Architekturdenkmäler in seiner Umgebung wurden bedroht durch die vor etwa 30 Jahren begonnene Ausbaggerung des San Marco-Kanals, die durch den heutigen Tiefgang der Handels- und Kriegsmarine erforderlich wurde. Sie erstreckt sich westlich auch auf den Giudeccakanal. Während früher die Sohle

dieses Kanals nur wenig tiefer lag als die des etwa 3 Meter tiefen, die Ost- und Weststadt trennenden Canal Grande, ist jetzt diese Stömung nach Senkung von des letzteren Sohle durch Ausbaggerung verhängnisvoll, da sie bei dem wechselnden Aufstau und Abfluten der Lagunen vermutlich eine Frostschädigung bewirkt. Die Schädigung der Gebäudefundamente äußert sich in schreienden Rissen sowie in Verbrüchungen der die Wogen stützenden Pfeiler der alten Bibliothek, ferner im Dogenpalast, sie zeigt sich besonders deutlich in den Rissen, die in neuester Zeit am Fondaco bei Tedschi, am östlichen Ende des Marktplatzes und an der Ecke des Dogenpalastes bei der Seufzerbrücke sich beobachten ließen. Alle diese Orte liegen an einem Nebenkanal, dem Demberger die Schädigung der Gebäudefundamente und auch den Einsturz des Campanile zuschreibt. Während die Republik einst für die Uferbefestigung der Insel Murano 20 Millionen Lire aufwandte, sind mit den Vaggerungen keine schützenden Maßnahmen verbunden worden. Es wäre dringend an der Zeit, diese Nachlässigkeit möglichst wieder gutzumachen, da der Dogenstadt eine ungeheure Gefahr droht.

Die größte Eisbarriere Europas wird nach dem „Prometheus“ die im Bau begriffene Eberalsperre bei Bringshausen in Waldeck werden, die das Wasser aus einem Niederschlagsgebiet von 1430 Quadratkilometer in einem 202 000 000 Kubikmeter fassenden Staubecken sammeln soll. Dieses wird, wenn es ganz gefüllt ist, einen See von 1100 Hektar Fläche bilden. Die Sperremauer wird 48,6 Meter hoch und 400 Meter lang werden; 300 000 Kubikmeter Bruchsteinmauerwerk sind für diese Mauer erforderlich, und etwa 190 000 Kubikmeter Erd- und Felsmassen sind auszuheben und fortzuschaffen. Dem Bau, den man bis zum Jahre 1914 zu beendigen hofft, müssen mit zusammen 140 Gehöften und 900 Einwohnern die drei Orte Bringshausen, Berich und Aßel weichen, die vollständig verschwinden werden.

Der Durchschlag des Andentunnels. Die gewaltige Arbeit, die Argentinien und Chile trennende Vergeltete der Anden mit einem Tunnel zu durchbrechen, ist am Sonnabend glücklich vollendet worden. In den Tiefen der Berge stießen die beiden Kanäle des Tunnels aufeinander, und der Durchbruch wurde ohne Zwischenfall feierlich durchgeführt. Es hat der neue Scheiteltunnel, der etwa 11 000 Fuß über dem Meeresspiegel liegt, eine Gesamtlänge von fast 3000 Metern. Vier Jahre lang hat eine Armee von 1500 Arbeitern unausgesetzt mit ständigen Achtundsechzigstunden an dem großen Werke gearbeitet; selbst an Sonn- und Feiertagen ruhten nicht Hade und Meißel. Der Tunnel durchquert das Gletschermassiv unter dem Cumbrepaß; er beginnt bei Las Cuevas in Argentinien und endet bei Caracoles in Chile. Der Bau der Bahn soll jetzt mit größter Energie und Beschleunigung ohne Zögern aufgenommen werden; bereits im kommenden März wird voraussichtlich der erste Zug verkehren können. Der Tunnelbau lag in den Händen eines großen englischen Unternehmens und wurde von englischen Ingenieuren durchgeführt; auch der Bahnbau wird von britischen Unternehmern ausgeführt.

Die ganze Länge der Bahn von der argentinischen bis zur chilenischen Küste wird 1430 Kilometer betragen; die Fahrzeit für

die ganze Strecke soll 29 Stunden dauern, während der Schiffsverkehr durch die Magelhaensstraße zehn Tage erfordert. Auf den bereits fertiggestellten Bahnstrecken, an denen mit Unterbrechungen seit 30 Jahren gebaut wird, kann man heute schon in 28 Stunden von Buenos Aires nach Valparaiso fahren. Die Verbindung zwischen den beiden jetzt durch den Tunnel verbundenen Bahnen stellt einstmals die Post her, die über den 8342 Meter hohen Cumbrepaß fährt.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Ihr letzter Brief“, Lustspiel von Viktorien Carou. Die Carou'schen Komödien aus den letzten Jahren verdanken ihren Ruf nicht dem Gehalt an humoristisch-ironischer Charakteristik, sondern ausschließlich der verblüffend erfindarischen Lebendigkeit, mit der der Autor puppenähnliche Figuren an den Bühnen irgend welcher däm gewebten Intrigen durcheinander tanzen läßt. Ein spielerischer und zugleich subtiler Scharfsinn, dem es indessen auf eine Handvoll immerer Unmöglichkeiten in den Voraussetzungen nicht ankommt, schärft und löst mit immer neuen Tricks die Knoten. So wenig diese Rechenkunststücke mit Kunst zu tun haben, erscheinen sie neben dem, was heutzutage für den laufenden Lustspielbedarf geliefert wird, noch immer als Produkte eines respektablen Künstdes, das es hier und da zu eigenartig amüsanten Effekten bringt. In dem von der Direktion des neuen Schauspielhauses gewählten Drama dreht sich die Intrige darum, den letzten kompromittierenden Liebesbrief, den eine Frau vor ihrer Heirat schrieb, seinem Besitzer abzuliefern. Es dauert etwas sehr lange, bis die Geschichte, in der die kluge Freundin der Kompromittierten den Spürsinn eines Sherlock Holmes entwickelt, recht in Gang kommt, dafür fällt dann aber der weibliche Feldzug und namentlich am Schluss die allgemeine Heßjagd nach dem schon halb verbrannten Korpus desikti um so vergnüglicher aus. Die flotte Aufführung, bei der die Herren Kaiser, Ely und Stomberg und Fel. Waldegg dankbare Rollen zu repräsentieren hatten, gewann an Farbe durch die häßlichen altmodischen Zeitkostüme.

Notizen.

- Musikchronik. Einen Bach-Gändel-Abend veranstaltet die Neue freie Volksbühne am Sonntag abend in der Hochschule für Musik.
- Der Bronzelöwe von Gaul, der bisher im zweiten Geschoß des Nationalmuseums stand, ist jetzt in den das Museum umgebenden Anlagen aufgestellt worden. Er hat durch diese Errichtung ebenso an Wirkung gewonnen, wie die Bronzewerke, die bereits früher ins Freie gebracht wurden.
- Michelangelo's Vorarbeiten zu den Figuren der vier Tageszeiten auf den Mediceer Gräbern in Florenz will der deutsche Kunsthistoriker Bombe in den Größigkeiten entdeckt haben, die in der Glyptothek von Perugia aufbewahrt werden. Sie sollen größer und individueller durchgeführt sein als die angeblich nach ihnen gearbeiteten Marmorausführungen.



Beschwerde- und höhere Aufsichtsinstanz der Regierung gegenüber ist das Oberpräsidium zurzeit überflüssig, was schon daraus hervorgeht, daß die Entscheidungen der Regierung und des Oberpräsidiums sich ja ziemlich regelmäßig decken.

## Aus der Partei.

### Die zweite Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Nordbayerns

lagte dieser Tage in Nürnberg und besprach in zweitägigen Verhandlungen einige wichtige Fragen. Die in ganz Nordbayern auftretenden, auf die Agitation des Bundes der Landwirte zurückzuführenden Bestrebungen, die Milchpreise erheblich zu verteuern, gab der Konferenz Anlaß, die Frage der gemeindlichen Lebensmittelversorgung eingehend zu behandeln. Genosse Merkel-Nürnberg hielt darüber ein umfangreiches Referat, in dem er hauptsächlich die Versorgung der Bevölkerung der Gemeinden mit Brot, Fleisch und Milch behandelte. Er kam in seinem Referat dahin, daß überall dahin zu wirken sei, daß die Gemeinden nicht nur den Handel mit diesen wichtigen Lebensmitteln, sondern schließlich auch die Produktion selbst in die Hand nehmen müssen. Das werde sich natürlich nicht alles auf einmal erreichen lassen, aber durch unablässiges Bohren und Drängen werde man nach und nach Erfolge erzielen und so allmählich zur Verwirklichung der in unserem Gemeindeprogramm ausgesprochenen Forderungen kommen. Vor allen Dingen müßten die Gemeinden einmal dazu gedrängt werden, die Versorgung ihrer eigenen Anstalten mit Nahrungsmitteln in Regie auszuführen. Schon das werde auf die Preisbildung einwirken. Bezüglich der Milchversorgung müßte zu allererst die Beschaffung der Säuglingsmilch von der Gemeinde übernommen werden. In der Diskussion wurde die Frage der gemeindlichen Brotfabriken, Schlächtereien usw. eingehend erörtert; dabei kamen wohl einige abweichende Meinungen zum Ausdruck, die diesen Punkt für sehr gefährlich hielten, im allgemeinen aber befandete die Konferenz die Ansicht, daß bei jeder Gelegenheit auf das Ziel, die Lebensmittelversorgung durch die Gemeinde herbeizuführen, hingearbeitet werden müsse. Bezüglich Milchverteilung haben die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden jeden dahingehenden Versuch auf das entschiedenste zu bekämpfen.

In einem Zusammenhang mit dieser Angelegenheit stand der zweite Punkt: „Der § 18 des Militäraris und die gemeindlichen Ersparnisse.“ Hierbei referierte an Stelle des verhinderten Genossen Segler der Genosse Simon. Durch den Wegfall der häuslichen Aufsicht auf Fleisch und Recht ab 1. April 1910 entgehen den Städten große Einnahmen, für die durch die eben im Landtage behandelte Steuerreform kein ausreichender Ersatz geschaffen wird. Den Gemeinden werden lediglich einige Nebensteuern, wie die volle Hundesteuer, die Wertzuwachssteuer zugewiesen, außerdem hat das Ministerium ihnen angedeutet, die Lustbarkeitssteuer teilsig auszugestalten und insbesondere eine Sillettsteuer einzuführen. Diese Gemeinden gehen jetzt dazu über, den § 18 des Militäraris zu umgehen, indem sie die Schlachthofgebühren um den Betrag der weggefallenen Aufschläge erhöhen. In der Konferenz wurde allgemein betont, daß die sozialdemokratischen Vertreter sich gegen jeden Versuch, neue indirekte Steuern einzuführen, zu wenden haben, sie sollen lieber eine Umlagerhöhung verlangen. Die Lustbarkeitssteuer wurde von den meisten Rednern überhaupt verworfen. Eine Resolution empfiehlt, überall den Wegfall der Aufschläge zum Anlaß zu nehmen, eine Preisobergrenze bei Fleisch und Viehprodukten zu erörtern und zugleich die Frage der gemeindlichen Lebensmittelversorgung in Erwägung zu ziehen. Auf jeden Fall sollen die Genossen in den Gemeindevertretungen einen geplanten Ersatz der entgehenden Aufschläge durch erhöhte Gebühren mit aller Energie bekämpfen.

Über die Arbeitslosen-Hilfe in der Gemeinde referierte ebenfalls Simon-Nürnberg. Er behandelte die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen sowie die verschiedenen Methoden der Arbeitslosen-Hilfe. Von den Unterstützungsmethoden gefällt ihm am besten das reine Genter System, wo das aber nicht zu erreichen ist, empfiehlt er, für ein gemischtes System einzutreten, das eine gemeindliche Arbeitslosenunterstützung mit harten Zuschüssen an die Mitglieder solcher Vereine, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, verbindet. Das reine System der bloßen Arbeitslosenversicherungskassen sei unbedingt zu verwerfen. Die Konferenz schloß sich diesen Ausführungen an.

### Sozialistische Tageszeitungen in Frankreich.

Ein neues Tageblatt haben unsere französischen Genossen in Marseille, der Großstadt, die sich zuerst dem Sozialismus zugewandt hat, unter dem Titel „La Vérité“ („Die Wahrheit“) ins Leben gerufen. Es ist die fünfte tägliche Zeitung. Die anderen sind: „Le Droit du Peuple“ („Das Recht des Volkes“) in Grenoble, „Le Populaire du Centre“ („Der Volksfreund aus Mittelfrankreich“) in Limoges, „Le Midi Socialiste“ („Der sozialistische Süden“) in Toulouse und „L'Humanité“ („Die Menschheit“) in Paris. Dazu kommt eine große Reihe Wochenblätter. „Die Humanité“ bemerkt dazu: „Das will noch nicht viel heißen gegenüber den 75 Tagesblättern unserer deutschen Genossen, aber es ist doch ein ganz hübscher Anfang. Mögen diejenigen, die manchmal Worte des Zweifels aussprechen, daran denken, wo wir noch vor ein paar Jahren standen.“

### Parteiliteratur.

Im Verlag von Rikensbuch u. Co., Eibersfeld (Verlag der „Freien Presse“), gibt das Niederrheinische Agitationskomitee heraus:

Die Waffen nieder. Eine Adreßrechnung mit dem Militarismus von J. Höplund. Aus dem Schwedischen übersetzt von einem deutschen jugendlichen Arbeiter. 10 Seiten. 15 Pf.

Die kleine Schrift des Redakteurs unseres Stockholmer Parteiblatts „Socialdemokraten“ ist in der deutschen Uebersetzung mit Erlaubnis des Verfassers den deutschen Verhältnissen angepaßt worden. So ist das Kapitel „Der Militarismus in Schweden“ ganz fortgelassen und dafür vom Uebersetzer ein neues Kapitel „Der Militarismus in Deutschland“ eingefügt.

### Politzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Das Ansehen der Polizeibeamten.

Zu 100 Mark Geldstrafe wurde Genosse Verten von der „Volkzeitung“ in Düsseldorf verurteilt. Der Polizeifeldwebel Biemer entpuppte einen Arbeiter vor der Haustür einer Wirtschaft eine mit Wein gefüllte Flasche aus der inneren Rocktasche. In zwei Notizen der „Volkzeitung“ wurde das Vorgehen des Beamten kritisiert. Biemer hätte sich durch die Notizen beleidigt und die Staatsanwaltschaft erhob Klage. — Trotzdem von drei Arbeitern bestätigt wurde, daß der Beamte das ihm zur Last gelegte Vergehen beging, beantragte der Staatsanwalt für jede Notiz 75 Mark Geldstrafe; das Gericht erkannte auf die oben angegebene Strafe.

### Jugendbewegung.

#### Propaganda- und Organisationsliteratur.

Die Zentralkasse für die arbeitende Jugend Deutschlands in Berlin hat drei Flugblätter herausgegeben: „Väter und Mütter!“, „An die Arbeiter-Eitern!“ und „An die Eitern der Arbeiterjugend!“ — Die Blätter

wollen das Verständnis für die Jugendbewegung fördern. Die Arbeiterleiter sollen auf die Bedeutung der Veranstaltungen der Jugendauschüsse hingewiesen und veranlaßt werden, ihre Söhne und Töchter zum Lesen der „Arbeiter-Jugend“ anzuregen.

Gleichzeitig hat die Zentralkasse einen kleinen Leitfaden für die Leiter der Jugendauschüsse erscheinen lassen, betitelt:

#### Künstlerisch-gesellige Veranstaltungen für die arbeitende Jugend.

Das Heftchen enthält neben allgemeinen Ratschlägen und Quellennachweisen einige Musterprogramme für Dichter- und Komponisten-Abende, Schulentlassungs- und Weihnachtseiern u. a. m.

Im Verlag der Leipziger Buchdruckerei K.-G. (Verlag der „Leipziger Volkszeitung“) erschien soeben:

Spielbuch für die arbeitende Jugend von Paul Böttcher. Zweite stark vermehrte Auflage. 112 Seiten. Preis 1 Mark.

Das Buch führt neben Regeln für Spielleiter auch eine Einführung für Spiele im Freien und im Zimmer auf. Die ersteren gliedern sich in Kinderspiele, Spiele ohne Geräte, Spiele mit Geräten, Volksbelustigungen; die letzteren in Pfänderspiele, Spruchspiele und Scherzspiele. Das Buch ist, wie der Verfasser in der Einführung auseinandersetzt, aus der Praxis der Leipziger Jugendvereine hervorgegangen.

## Grube Luise und Marianne.

In der gestrigen Sitzung wurde nach Beendigung der Vernehmung der Angeklagten mit der Beweisaufnahme begonnen. Von der Verteidigung wurde beantragt, den durch den Umfang seines Grundstückes und durch seinen Reichtum bekannten Bekanntheitsrat A. Schrott als Zeugen zu laden. Er soll bekunden, daß der Angeklagte Schiermeyer bis zu seiner Verhaftung, mit der naturgemäß kein Kredit schwand, in den Geschäftskreisen, zu denen auch Gen. R. A. Schrott gehörte, den Ruf eines tüchtigen und sehr verehrten Geschäftsmannes genöß, dem man persönlich und hinsichtlich seiner Unternehmungen volles Vertrauen entgegenbrachte. Dem Antrag wird stattgegeben.

Bei der Vernehmung stellt der Vorsitzende aus dem Akten fest, daß der über 70 Jahre alte Schwiegervater des Schiermeyer, der Kaufmann Martin Friedmann, der ebenfalls Mitinhaber der Firma Grunzfeld u. Co. gewesen war, sich aber nie um die Geschäfte bekümmert hat, bereits zweimal den Offenbarungseid geleistet hat. Zu der Zeit — Ende Februar 1908 — als dieser noch „Mittlergutsbesitzer“ war, hat er das erstmalig den Offenbarungseid geleistet. In dem zur Verlesung gebrachten Vermögensverzeichnis hat Friedmann außer einigen Kleinigkeiten einen Kleiderschrank, einen Tisch, zwei Stühle und 25,30 M. bares Geld als sein Vermögen angegeben. In dem zweiten Falle handelte es sich um eine unerhebliche Forderung der Gerichtskasse. Auch in diesem Falle leistete F. am 4. März 1907 den Offenbarungseid.

Die Vorgänge bei der Uebernahme der Grube Luise und Bildung der Gewerkschaft stellt der Angeklagte Schiermeyer wie folgt dar: Als die Frist zur Indebition des Bergwerks bis zum Oktober bewilligt war, habe er mit Grunzfeld den Finanzierungsplan ausgearbeitet. Die Sache sei sehr aussichtsreich gewesen. Er sei durchaus berechtigt gewesen, Obligationen in Höhe von 100 000 M. auszugeben. Betrügerische Absichten hätten dabei nicht abgewartet, vielmehr habe er bei dem Finanzplan mögliche Vorkehrungen walten lassen wollen. Der Vorsitzende hält ihm bei diesen Erörterungen immer wieder Einzelheiten vor, die große Bedenken erregen müssen. Dazu gehört auch die Begründung der „Treuhand-Gesellschaft“, die als G. m. b. H. gegründet wurde und an deren Spitze dieselben Herren Grunzfeld und Martin Friedmann standen, die auch die nominellen Inhaber des Bergwerks Grunzfeld u. Co. waren. — Der Angekl. Schiermeyer behauptet, es seien die verschiedensten Dinge unternommen worden, um die Grube auf Grund der Obligationen in Betrieb zu setzen. Ein Bergwerk, welches Jahre lang tot gelegen, könne in der kurzen Frist, die gestellt war, unmöglich vollständig in Betrieb gesetzt werden. Die Mitteilung des Herrn Landrats Hellwig, daß die Beschäftigung von zwei Arbeitern nicht als Indebition angesehen werden könne, sei wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Landrat Hellwig sei vielleicht durch andere Leute, die auf die Ausgabe der Obligationen hinwiesen, zu der Meinung gebracht worden, daß hier Schwindel vorliege, was ihm ja auch nicht zu verneinen sei. Die Meinung sei aber falsch gewesen. Die Treuhand-Gesellschaft habe mit Recht eine Forderung in Höhe von 10 000 M. im Interesse der Gläubiger geltend machen und mit Recht auf Grund dieser Forderung die Zwangsversteigerung beantragen können. Das Zwangsversteigerungsverfahren wurde auch eingeleitet, da aber vom Gericht 200 M. Vorschuß verlangt wurden und diese Summe nicht beigetragen werden konnte, so ist die ganze Zwangsversteigerung ins Wasser gefallen, das Bergwerk ist ein Nichts und die Obligationen sind seinen Pfifferling wert. Die Inhaber der ausgegebenen etwa 200 000 M. Obligationen haben das Nachsehen.

Der Angeklagte Käufer ist seit vier Jahren in Berlin Automobilhändler. Mit dem Angeklagten Schiermeyer ist er schon von Anfang her bekannt. Im Jahre 1905 traf er dann zufällig unter den Linden mit Schiermeyer zusammen, der ihm dann bald darauf mitteilte, daß er wieder ein Automobil kaufen wolle. Der Kauf sei auch perfekt geworden und G. habe ihm für ein Automobil für 15 000 M. Obligationen der Grube Marianne zum Kurse von 95 Prozent in Zahlung gegeben. Er habe den G. damals für einen Geldmann à la Frau Friedländer oder Mendelssohn gehalten. Bei einem zweiten Automobilgeschäft habe ihm Schiermeyer Obligationen der Grube Luise als „prima prima“ angeboten. Schiermeyer kaufte einen großen Dürkopff-Wagen, den er mit 18 500 M. in Obligationen der Grube Luise bezahlte. Der Angeklagte Käufer hat dann noch ein Automobilgeschäft mit einem Herrn Weder gemacht, der ihm mit 25 000 M. Obligationen Luise bezahlte. Als Leute, denen er Obligationen der Luise als Zahlung gegeben hatte, reklamierten, habe er sich an Schiermeyer gewandt. Dieser aber habe geantwortet: „Lieber Käufer, das verstehen Sie nicht! Ein Baum, welcher Früchte trägt, ist doch wohl nicht wertlos und ein Papier, welches keine Zinsen trägt, hat doch seinen Wert!“ Dabei habe er sich beruhigt. Auf Verlangen des Vorsitzenden gibt der Angeklagte zu, daß er mehrfach in dem Geschäftsbüro von Grunzfeld und Co. und auch im Lokal der „Treuhand-Gesellschaft“ gewesen sei. Auf die Frage, ob ihm denn nicht aufgefallen sei, daß das „große Pantheon“ doch sehr dürftig eingerichtet war, erwidert Käufer: „Ich habe schon besser eingerichtete Bankgeschäfte gesehen, aber auch solche, die recht abgewetzte Tische hatten. Reiziere haben oft das meiste Geld!“

Aus der Vernehmung der anderen Angeklagten und der Beweisaufnahme war etwas Besonderes nicht zu entnehmen. Ueber den Ausgang des Prozesses, der 14 Tage lang dauern dürfte, werden wir berichten.

## Gerichts-Zeitung.

### Hinter den Kulissen einer „Sparbank“.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 6. März 1908 über eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht einen Bericht, der folgenden Inhalt enthält: Ein Kandidat der Theologie, W., der sich die Mittel zum Studium der Medizin erwerben wollte und deshalb eine Stellung suchte, wandte sich auf Grund eines Zeitungsanlasses an die „Deutsche Sparbank für Lebensversicherung“ G. m. b. H., die einen Geschäftsführer mit einigen tausend Mark zur selbständigen Leitung einer Filiale suchte. W. verhandelte mit einem Herrn Prinz, der sich als Produktist der G. m. b. H. ausgab und ihm die Stellung eines Geschäfts-

führers der Filiale Breslau übertrug. Sein ganzes Vermögen, 3000 M., gab W. als Kautions und belam als angebliche Sicherheit drei Anteilsgenossen der Gesellschaft a 1000 Mark, die auf den Namen des Geschäftsführers der Gesellschaft, Leutnant der Landwehr Brandt, lauteten. W. sollte laut dem mit Prinz abgehandeltem Verträge auf fünf Jahre die Filiale Breslau leiten und ein Monatsgehalt von 250 M. bekommen. Er ist auch nach Breslau gereist, konnte dort aber keine Tätigkeit entwickeln, da die „Direktion“ der Gesellschaft seine Anfragen nicht beantwortete. W. erhielt auch kein Gehalt, ja er mußte sogar den Geschäftsräumen, den er für die Gesellschaft gemietet hatte, aus seiner Tasche bezahlen. In unserem Bericht wurde ferner gesagt: in der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht schob der Geschäftsführer Brandt alle Schuld auf Prinz und Henrion, der als „Direktor“ der Gesellschaft fungierte. Da Henrion und Prinz flüchtig seien, so sei dem Kläger W. der Eid auferlegt, daß er von Prinz engagiert worden sei, in welchem Falle er 1105 M. Gehalt zu beanspruchen habe.

Durch diesen Bericht fühlte sich Leutnant der Landwehr Brandt und der Buchhalter Henrion beleidigt. Der erstere meint, der Bericht lasse ihn als einen Menschen erscheinen, der sich an einem Kautionschwandl betheiligt und die Schuld auf einen anderen zu schieben versucht habe. Henrion sah es als eine Beleidigung an, daß der Bericht ihn als „flüchtig“ bezeichnete, während er vom Kaufmannsgericht nur als „unauffindbar“ bezeichnet worden sei. Brandt und Henrion haben die Beleidigungs-Klage erhoben gegen unseren Genossen Davidsohn als damals verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ sowie gegen die verantwortlichen Redakteure einiger bürgerlicher Zeitungen, die denselben Bericht brachten. Auch auf den Herausgeber einer Kaufmannsgerichts-Korrespondenz, Schriftsteller Jger-Leipziger, der den Bericht verfaßt hat, haben die Kläger die Klage ausgedehnt!

In der Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand, verglichen sich die Beklagten Dr. Stanzel („Berliner Volks-Zeitung“) und Bulle („Deutsches Blatt“) mit den Klägern, indem sie erklärten, sie nähmen die Äußerungen, soweit sie für die Kläger beleidigend seien, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Es blieben noch Davidsohn und Jger-Leipziger übrig, die auf keinen Vergleich eingingen. Jger-Leipziger streift, seinen Bericht in der von den Zeitungen veröffentlichten Form abgefaßt zu haben. Der Redakteur des „Deutschen Blattes“, Herr Wulle, erklärte aber als Zeuge, daß außer Streichungen keine Änderungen an dem Bericht vorgenommen worden seien!

Davidsohn lehnte einen Vergleich deshalb ab, weil alles, was in dem Bericht gesagt wird, der Wahrheit entspricht und Äußerungen, durch welche sich die Kläger mit Recht beleidigt fühlen könnten, nicht in dem Bericht enthalten sind.

Die Beweisaufnahme ergab denn auch, daß sich die Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht genau so abgepielt hat, wie im „Vorwärts“ angegeben war. Es erntete sogar noch mehr zuegunsten der „Deutschen Sparbank für Lebensversicherung“. Das Kaufmannsgericht hatte dem als „Fiskalleiter“ engagiert gewesenen W. das von ihm eingeklagte Gehalt zugesprochen. Aber bekommen hat er bis heute noch keinen Pfennig, weil die Zwangsversteigerung fruchtlos ausgefallen ist. Auch von den 3000 M., die W. als Kautions stellte, hat er nichts wiedergegesehen. Er führt deswegen einen Zivilprozeß, der vielleicht seinen Rechtsanspruch feststellen, aber ihm sein Geld nicht verschaffen kann, weil von denen, die zur Zahlung in Anspruch genommen werden könnten, nichts zu holen ist. Ob die „Deutsche Sparbank für Lebensversicherung“ überhaupt noch existiert, kam nicht zur Sprache. Leutnant Brandt ist schon lange nicht mehr ihr Geschäftsführer, Prinz, der den W. seinerzeit engagierte, ist ins Ausland geflohen und nicht erreichbar. Henrion, der in unserem Bericht als Direktor bezeichnet wurde, soll nur Buchhalter gewesen sein. Auch er ist längst nicht mehr in Stellung bei der genannten Gesellschaft. Henrion war allerdings nicht flüchtig, sondern nur für das Kaufmannsgericht unauffindbar. Es ist aber in der Kaufmannsgerichtsverhandlung gesagt worden, auch Henrion sei flüchtig.

Der Anwalt der Kläger beantragte eine empfindliche Strafe und außerdem für Henrion noch eine Buße von 3000 Mark!

Die Beklagten sowie Gen. Davidsohn Verteidiger, Rechtsanwalt Siegfried Loewy, beantragten die Freisprechung, weil in dem Artikel keine Beleidigung der Kläger gefunden werden könne. Die „Deutsche Sparbank für Lebensversicherung“ sei schon im Juni 1907 durch ein hervorragendes Fachorgan, die „Deutsche Versicherungszeitung“ als ein Schwindelunternehmen gekennzeichnet worden, vor dem das Publikum gewarnt werden müsse. Die Leitung der Gesellschaft habe nicht gegen die „Deutsche Versicherungszeitung“ geklagt. Wer in die Leitung eines Schwindelunternehmens einträte, der müsse, selbst wenn ihm der schwindelartige Charakter nicht bekannt wäre, doch die Konsequenzen seiner Betheiligung an einem solchen Unternehmen tragen. Wer ein solches Schwindelunternehmen in der Öffentlichkeit kenne, der erwerbe sich ein Verdienst und gehöre nicht auf die Anklagebank. Daß der Kläger Henrion nicht flüchtig war, könne gern zugegeben und als entschuldigbarer Irrtum bezeichnet, aber nicht als Beleidigung bestraft werden. Der Antrag auf Buße sei ebenso unbegründet wie die willkürlich bemessene Höhe derselben.

Das Gericht sprach beide Beklagte frei und legte den Klägern die Kosten des Verfahrens auf. — In der Urteilsbegründung wurde erklärt: Das Gericht hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Darstellung, welche der Zeitungsbericht gibt, den Verhandlungen, wie sie sich vor dem Kaufmannsgericht abgepielt haben, entspricht. Es mag dahingestellt bleiben, ob bürgerliche Manipulationen gegen W. verübt worden sind, aber ein Vorwurf gegen die Sparbank habe aus der Verhandlung des Kaufmannsgerichts entnommen werden können. Der Bericht enthält keine Beleidigungen des Klägers Brandt. Daß W., wie es in dem Bericht heißt, um sein Vermögen erleichtert wurde, ist Tatsache. Daß Henrion flüchtig war, ist zwar vor dem Kaufmannsgericht nicht festgestellt, aber es ist doch davon die Rede gewesen, also liegt auch keine Beleidigung des Klägers Henrion vor.

### Zwang der Dissidenten.

Einem Zufall ist eine dieser Tage vom Kammergericht erfolgte Freisprechung von dem Vergehen zu verdanken, dem Gewissenszwang sich nicht beugen zu haben.

Im Gebiet des ehemaligen Herzogtums Nassau (im heutigen Regierungsbezirk Wiesbaden) hatten die Dissidenten Böcher und Schmidt, die Mitglieder der freireligiösen Gemeinde sind, ihre Kinder nicht am Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen lassen. Sie wurden deshalb auf Grund des § 52 der alten nassauischen Schulordnung von 1817 zu Schulverhummisstrafen verurteilt. Das Kammergericht kam als Revisionsinstanz auf einem ganz eigenartigen Umwege zur Freisprechung der Angeklagten. Zunächst erklärte es in Uebereinstimmung mit dem Landgericht Wiesbaden, daß die Angeklagten an sich nach dem nassauischen Schulrecht ihre Kinder nicht ohne Dispens vom Religionsunterricht in der Schule hätten fernhalten dürfen. Dann führte es aus: Daß



Landgericht habe jedoch das Verhängen bezüglich der Einzelfälle nicht ausreichend festgestellt. Deshalb müßte das Urteil aufgehoben werden und es würde eine neue Verhandlung vor dem Landgericht notwendig, wenn sich das hier nicht aus einem ganz besonderen Grunde eräbrierte. Nämlich im Hinblick auf § 52 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs, wonach bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburteilung das mildeste Gesetz anzuwenden ist. Hier liegt nun die Sache so: Der Strafparagraf 52 der preussischen Schulordnung sei durch Gesetz vom 1. August 1909 mit der Wirkung aufgehoben worden, daß er am 30. August außer Kraft trat. Dies Gesetz habe ferner der Bezirksregierung zu Wiesbaden die Befugnis beigelegt, wegen der Schulverhältnisse schulpflichtiger Kinder gegen diejenigen, denen die Sorge für die Personen der Kinder obliegt, im Wege der Verordnung Strafbestimmungen zu erlassen. Eine entsprechende Verordnung der Regierung in Wiesbaden sei aber erst am 1. September erlassen und am 2. September im Amtsblatt publiziert worden. Zwischen der Aufhebung des § 52 der Schulordnung von 1817 und dem Erlaß der Verordnung der Regierung in Wiesbaden liege aber mindestens der 31. August als ein Tag, an dem es im fraglichen Gebiete keine Strafvorschrift für Schulverhältnisse gab. Also habe an diesem Tage das mildeste Gesetz bestanden, denn ein Gesetz, das es gar nicht gibt, sei das mildeste. Dies Gesetz müßte hier gemäß § 2 des Strafgesetzbuchs zur Anwendung kommen, denn es habe in der Zeit zwischen der Handlung und der Aburteilung bestanden, da als Tag der Aburteilung ja erst der der notwendig gewordenen neuen Verhandlung vor dem Landgericht anzuhängen sein würde. Diese neue, zunächst für notwendig erachtete Landgerichtsverhandlung eräbrierte sich nun aber, weil im Fehlen einer Strafvorschrift am 31. August ja das mildeste Gesetz bestand und somit in Anwendung dieses in Wirklichkeit nicht vorhanden gewesenem Gesetzes gleich auf Freisprechung zu erkennen sei.

Und wer den Papi zum Better hat, kann Kardinal noch werden. Von der Strafkammer zu Düsseldorf war der Großindustrielle Ferdinand van der Hyphen in Köln zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er einen sechsjährigen Knaben mit seinem in rasender Fahrt daherausenden Automobil totgefahren hatte. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt unter Hinweis darauf, daß der Köhler Millionär schon zweimal wegen zu schnellen Fahrens bestraft worden war, und daß Jengen erklärt hatten, daß sie ein so schnelles Fahren eines Automobils noch niemals beobachtet hätten. Der Verurteilte legte gegen das Urteil Revision ein, die aber vom Reichsgericht verworfen wurde. Jetzt erfährt man, daß es dem Herrn gelungen ist, auf dem Wege der Begnadigung die ohne die wüßige Strafe in Festungshaft umgewandelt zu bekommen.

Durch Polizeiaufsicht ins Verbrechen getrieben. Vor der Chemnitzer Strafkammer hatte sich der Kaufmann Georg Reimer dieser Tage wegen Betrugsereignis zu verantworten, die weniger ihm als der Institution der Polizeiaufsicht zur Last fallen. Der Vater und die Verwandte des Angeklagten haben einflussreiche, gut dotierte Stellen. Als junger Mann kam er in die Reichsbank. Mit 20 Jahren wurde er infolge von Unterschlagung und Urkundenfälschung zum ersten Male mit dem Zuchthaus bekannt. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde er im Elternhause wieder aufgenommen. Dem Einfluß seines Vaters gelang seine Unterbringung bei einer großen Gesellschaft. Die Stellung war eine gutbezahlte und er hatte sich fest vorgenommen, ehrlich zu bleiben. Mit Rücksicht auf den guten Namen des Vaters hatte man Abstand genommen, nach der Vergangenheit ihn zu fragen. Als dieser aber in Rixdorf bei Berlin, dem Domizil der Firma, Wohnung genommen hatte, griff die Polizei mit rauher Hand in das Schicksal des ein; er wurde aus Rixdorf wegen seiner verdächtigten Zuchthausstrafe ausgewiesen! Diese kam nun auch zur Kenntnis der Firma, die ihn nun ohne weiteres entließ. Hinabgestoßen ins Elend wurde er nun ein arger Trunkenbold, schlug sich durch Handel mit Ansichtskarten und als Kassenarbeiter auf Jahrmärkten und Schützenfesten durch, beging weiter Betrugsereignis und Urkundenfälschungen und wanderte zwischen Gefängnissen und Zuchthäusern hin und her. Einmal kam er in eine Trinkerheilanstalt und dann versuchte er eine nochmalige Annäherung an seine Verwandten. Vom Vater und von der Schwester wurde

er durch die Dienerschaft abgewiesen und mit einem kleinen Geldgeschenk abgepeist. Nun begann wieder das mit Alkohol reichlich durchtränkte Leben. In Darlehenswindel machte er öfter und wurde zuletzt in Zwickau zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. In Dresden und Chemnitz verschaffte er sich ebenfalls je 50 M. unter Vorpiegelung falscher Tatsachen und mit Hilfe gefälschter Papiere; in einem Falle blieb es beim Versuch. Das Landgericht Chemnitz billigte dem reinigen Angeklagten mildernde Umstände zu und erkannte unter Einschuß der Zwickauer Strafe auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

## Kommunales.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Frage, ob in der Schönhauser Allee eine Hochbahn oder eine Untergrundbahn gebaut werden soll, ist längst entschieden. Aber der Streit, der darum geführt worden ist, will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Gestern wurde noch einmal in langem und hitzigem Redekampf das Für und Wider des einen wie des anderen Planes erwoogen. Zu denen, die der Schönhauser Vorstadt statt der beschlossenen Hochbahn eine Untergrundbahn wünschen, gehört auch die sozialdemokratische Fraktion. Genosse Vörgmann hob hervor, daß es sich nicht nur um die Schönhauser Vorstadt handelt. Der prinzipielle Streit, ob in Berlin Hochbahnen oder Untergrundbahnen zu bauen seien, stehe hier aufs neue zur Debatte. Oberbürgermeister Kirchner antwortete ablehnend. Vörgmann richtete dann heftige Angriffe gegen den Magistrat, der die berechtigten Wünsche der Bevölkerung dem Vorteil einer Unternehmungsgesellschaft unterzuordnen bereit sei. Beschlossen wurde, daß es bei dem bereits durch Vertrag festgelegten Plan sein Bewenden haben und die Schönhauser Vorstadt sich mit einer Hochbahn begnügen lassen soll.

Was die freimüthige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung unter einem „außkömmlichen“ Lohn versteht, das erlah man aus ihrem Beschluß über eine Vorlage betreffend die Aktienwagen, die die Stadtverwaltung sich von einem privaten Unternehmer stellen läßt. Genosse Pfannkuch empfahl hier den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, den Unternehmer zu verpflichten, daß er den Kutschern einen Mindestlohn von 24 Mark zahlte. Das ist wahrhaftig nicht so viel, daß einer davon ein Schlemmerleben führen könnte, aber die Freimüthigen lehnten es ab. Auch von der „sozial-fortschrittlich“ sich nennenden Gruppe des Freisiums stimmte keiner für den Antrag.

Und dann kam die Affäre Mielczyn! Eine große Debatte, wie wir sie im September erlebten, war nicht mehr zu erwarten. Sie war überflüssig geworden, nachdem der Magistrat sich endlich entschlossen hatte, zu tun, was im September der bekannte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion gefordert hatte — aus der Mielczyner Prügelanstalt alle Berliner Höglinge herauszunehmen. Was jetzt zu tun noch übrig ist, das setzt unser Genosse Singer in ruhigen Darlegungen dem Magistrat und der Waisenverwaltung aufeinander. Es gilt darauf hinzuwirken, daß aus den Greueln von Mielczyn unserer Stadt Berlin eine Reform ihres Fürsorgeerziehungswesens erwächst. Die Wiederkehr solcher Greuel muß verhütet werden, am besten dadurch, daß Berlin die eigenen Erziehungsanstalten vermehrt. Oberbürgermeister Kirchner versprach, daß im Hinblick auf die Mielczyner Vorgänge die Waisenverwaltung die ihr gestellte Aufgabe fortan mit ganz besonderer Sorgfalt zu lösen suchen werde. Die Redner des Freisiums brachten in ziemlich kleinlautem Ton ein paar zustimmende Worte vor und dann wurde der Antrag für erledigt erklärt. Zur Lehre wird diese Affäre Mielczyn hoffentlich nicht nur unserer Stadtverwaltung, sondern auch weitesten Kreisen der Bevölkerung gereichen. Wir wollen hier noch einmal

feststellen, daß die Aufdeckung der Greuel von Mielczyn durch den „Vorwärts“ herbeigeführt worden ist, daß die sofort unterrichtete Waisenverwaltung zunächst ihre Mitwirkung verweigert hat, daß nach der Veröffentlichung des ersten „Vorwärts“-Artikels die öffentliche Meinung vom Rathaus aus in skandalösester Weise irreführt worden ist, daß die bürgerliche Presse sich zu den schamlosesten Vertuschungsversuchen hergegeben hat — mit einem Wort: daß es eines harten Kampfes gegen unseren Stadtfreiesinn und die ihm dienende Presse bedurft hat, ehe es gelang, die Stadt Berlin von ihren Beziehungen zu dem Prügelstift Mielczyn zu befreien.

## Verfammlungen.

Erklärung. Unter Bezugnahme auf die seinerzeit im „Vorwärts“ enthaltene Annonce des Zentralverbandes der Zivilmüller Deutschlands (Ortsgruppe Berlin), sowie auf den in derselben Nummer veröffentlichten Versammlungsbericht obiger Ortsgruppe erklären wir die dort aufgestellten Behauptungen für unrichtig und nicht den Tatsachen entsprechend. Der Allgemeine Deutsche Musikerverband, dem der Verein Berliner Musiker (G. V.) als Lokalverein angehört, ist keineswegs, wie dies seitens des Zentralverbandes behauptet wird, ein Feind der modernen Arbeiterbewegung, sondern steht in politischer Hinsicht auf vollständig neutralem Boden und erkennt insbesondere die deutsche Arbeiterbewegung, sowie jede Berufsorganisation, deren Ziel die Erringung besserer Lebensverhältnisse für seine Berufsangehörigen ist, als nicht nur berechtigt, sondern durchaus notwendig an, um so mehr, als er selbst ja auf gleicher Grundlage aufgebaut ist. — Betreffs des Liegnitzer Musikervereins ist nach unseren Informationen erwiesen, daß der dortige Lokalverein des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes sich in diesem Kampfe vollständig neutral verhalten hat, wie dies auch seitens unserer Verbandsleitung angeregt worden ist. Dringend notwendig und wünschenswert wäre es, daß die so schwer unter den bestehenden unhaltbaren Verhältnissen leidenden deutschen Zivilmüller die gurecht ganz unerschütterlichen und unangebrachten Forderungen im eigenen Lager im Interesse des Kampfes gegen die gemeinsamen Feinde ruhen ließen, und alle ihre Kräfte nur auf das eine Ziel: Die Niederrückung der uns vernichtenden Militär- und Beamtenmusikerkonzertkonzentrationen.

Der Verein Berliner Musiker (G. V.)  
J. A. A. Priebe, Vorsitzender.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 10. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eine Vogelgeschichte. — Zur Methode der politischen Ökonomie. Von Gustav Eckstein. — Ein neues Werk über die Kulturgeschichte. Von Heinrich Cunow. — Versicherung oder sozialpolitische Fiktion? Von Friedrich Meißel. — Die Unterwelt der Bekleidungs- und Textilindustrie. Von Philipp Baumgarten, Gabriel und die Veranschaulichung für die Wirtschaft. Von Hermann Wenzel. Martin Hartmann. Der Islam. Dr. Paul Hochhaus. Im Sagdab und Babylon. Von Karl Hubel. — Notizen: Gräberproletariat. Von Alwin Rühlke. — Reichsreformgesetz.  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.  
Verlagsnummern stehen jederzeit zur Verfügung.  
Alkohol und Alkohol. Vortrag von Dr. E. Remann. — Alkohol und Rosenhygiene. Von Dr. Hof. — Die Gefahren des Biergenusses von Dr. E. Hoppe. — Wirtshausreform und Frauenarbeit von Frau S. Dreßl. — Wasu führt und die Verdrängung der Alkoholfrage? Vortrag von Dr. A. Meyer. Einzelheft 10 Pf. — Schriftstelle des Alkoholgegnerbundes, Basel (Schweiz).  
Rövelen der italienischen Renaissance. 1. Band. 175 Seiten. Hölzer u. Hölzer, München.  
Vompeji vor der Zerstörung von C. Weinhardt. 2 M. C. Hoffmann, Berlin.  
Kittwischer Bilderbuch. 72 Ansichten nach allen Stichen. Eingeleitet von Dr. Christine Louison. 64 Seiten. M. Hoffmann, Wien I.  
Iwan Gontcharovs gesammelte Werke. 2. Band. 261 Seiten. Roman. 769 Seiten. S. Cassirer, Berlin W. 35.  
„Der Naturfreund“ von Dr. R. Gumbert. Gef. 3 M., 4 M. in Leinwand. F. C. Hoffmann in Freiburg i. Br.  
Scotus Blator über Kroatien. Eine Entgegnung von Dr. Antonjak. C. Fromme, Wien und Leipzig.  
Die Frührenaissance der italienischen Malerei. 450, gebunden 5,50 M. E. Dietrich, Jena.

**Reell! Reell!**  
**Gelegenheitskäufe!**

Gegen bare Kasse kaufen wir äußerst vorteilhaft große Lagerbestände bestehend aus Reismustern und einzelnen Placen.

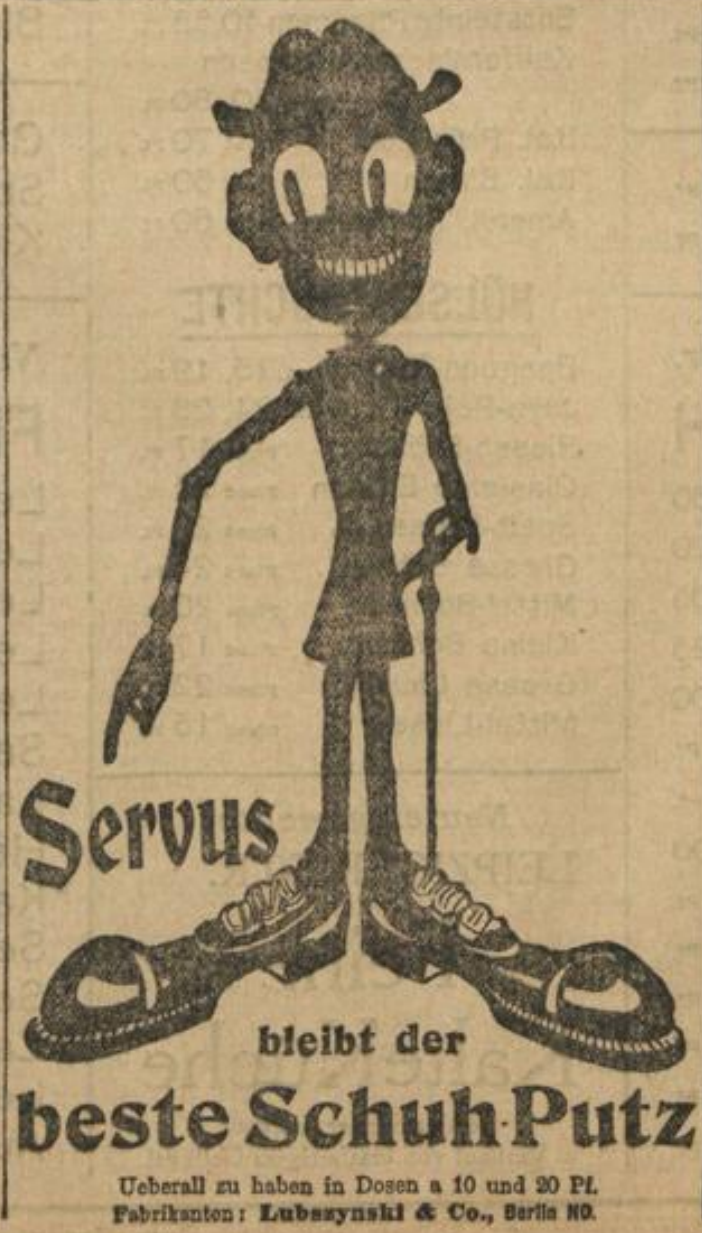
**1000** 28143\*

**Anzüge und Winter-Paletots,**  
die zu enorm billigen Preisen zum Verkauf gelangen.

Serie I	II	III	IV
14 Mk.	18 Mk.	25 Mk.	32 Mk.

Jeder Gegenstand ist offen ausgezeichnet, und verstehen sich die Preise rein netto ohne jeden Abzug.

**Julius Lindenbaum Nachf.**  
Inhaber: W. Hampel  
Schaufenster Gr. Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstr.  
Parterre, 1. Etage und Souterrain.  
Im Osten größtes Geschäft dieser Branche.  
Christliches Geschäft. Gegründet 1879.  
Versand auch nach auswärts.



**Servus**

bleibt der  
**beste Schuh-Putz**

Überall zu haben in Dosen a 10 und 30 Pf.  
Fabrikanten: Lubskynski & Co., Berlin NO.

**35** Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brinmenstr. 35**  
kein Laden  
Tel. A. III, 5157

**35** Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Für das  
**Weihnachtsfest**  
empfohlen wir  
als Prämie für die Leser des „Vorwärts“

**Shakespeares**  
sämtliche dramatische Werke.  
In drei eleganten Leinenbänden geb.  
(ca. 2500 Seiten umfassend)  
Übersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck  
Mit einer biographischen Einleitung von Rudolph Götz

**Preis nur 3,50 M.**  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68 147/17\*

**Lindenstr. 69, Laden**

Für Mitteilung, wer bauen will, verbindere Zahlung von 300 bis 500 M. Näheres auf J. F. 7811 beider Rudolf Mosse, Berlin SW. 197/1

**Hygienische Bedarfsart.**  
Drogerie Zaramba  
Weidenbergstr. 1. dir. a. Rosenhale  
Tel. Weihensee 218.  
Versuch zur dauerhaften Hygiene!

**Papke's Gesellschaftshaus,** Weißensee, Röhkestraße 20, Tel. Weihensee 218.  
empfehl als Parteilose, seinen Saal und Garten. Jeden Sonntag: Tanz-Reunion. 1893  
Hermann Papke.



# A. WERTHEIM G.M. B.H.



## LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

# LEBENSMITTEL

### Freitag u. Sonnabend:

Junge Schoten extrafein . . . 1/2 Dose	90 Pf.
Junge Schoten II . . . . . 1/2 Dose	52 Pf.
Junge Schoten IV . . . . . 1/2 Dose	36 Pf.
Riesen-Stangenspargel . 1/2 Dose	1.80
Stangenspargel II . . . . . 1/2 Dose	1.30
Stangenspargel III . . . . . 1/2 Dose	1.10
Riesen-Bruchspargel . . . 1/2 Dose	1.35
Bruchspargel I . . . . . 1/2 Dose	1 Mk.
Bruchspargel ohne Köpfe . . . 1/2 Dose	70 Pf.
Saure Kirschen ohne Steine 1/2 Dose	85 Pf.
Reineclauden . . . . . 1/2 Dose	68 Pf.
Mirabellen . . . . . 1/2 Dose	60 Pf.
Pfirsiche halbe Frucht . . . . . 1/2 Dose	60 Pf.
Pflaumen halbe Frucht . . . . . 1/2 Dose	50 Pf.
Melange Früchte . . . . . 1/2 Dose	48 Pf.

Gänse . . . . . Pfund	60, 67 Pf.
Enten 2.65, 3 Mk. Puten Pfd.	78 b. 85 Pf.
Brathühner . . . . .	1.20, 1.50, 1.75
Suppenhühner . . . . .	1.65, 1.95, 2.10
Brüsseler Poularden . . . . . Pfd.	1.20
Hasen gestreift . . . 3.45, gespickt . . .	4.00
<b>Rot- u. Damwild, Wildschweine</b>	
Rücken oder Keule . Pfd.	85 Pf., Blätter Pfd. 45 Pf., Ragout Pfd. 25 Pf.
Krammetsvögel . . . . . Stück	32 Pf.

Tilsiter Käse . . . . . Pfd.	58 Pf.
Schweizer u. Holländ. Käse Pfd.	78 Pf.

### Nur Leipziger u. Rosenthaler Str.

## FRISCHES FLEISCH

Rinder-Filet Pfund 95 Pf., ausgeschält	1.60
Roastbeef Pfund 95 Pf., ohne Knochen	1.20
Frische Rinderzunge . . . . . Pfund	1.05
Pökelzunge . . . . . Pfund	1.25
Kalbskeule u. -Rücken Pfd. 90 Pf. geteilt	1.00
Kalbsbrust . . . . . Pfund 80 bis 90 Pf.	
Schinken . . . . . Pfund 73, geteilt	80 Pf.
Kotelettes . . . . . Pfund 90 Pf. bis	1.00
Kamm und Schuft . Pfund 80 <sup>50</sup> teil	85 Pf.
Pökelkamm . . . . . Pfund	80 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfd. 75 bis	85 Pf.
Hammel-Keule u. -Rücken 75 bis	85 Pf.
Dicke Rippe . . . . . Pfund	70 Pf.
Hammel-Ragout . . . . . Pfund	60 Pf.

### KONSERVEN

Stangenspargel extra stark 1/2 Dose	1.70, 1/2 Dose 90 Pf.
Bruchspargel extra stark 1/2 Dose	1.30, 1/2 Dose 70 Pf.
Bruchspargel II 1/2 Dose	85, 1/2 Dose 48 Pf.
Schoten und Karotten 1/2 Dose	60 Pf.
Karotten 1/2 Dose	48 Pf.
Karotten in Streifen 1/2 Dose	28 Pf.
Kohlrabi 1/2 Dose	28 Pf.
Gemischtes Gemüse II 1/2 Dose	68 Pf.
Dunstfrüchte Stachelbeeren, Pflaumen, Kirichen mit Steinen, Johannisbeeren, Heidelbeeren und Birnen Glas	55 Pf.
Dunstfrüchte in Zucker Erdbeeren, Aprikosen, Pfirsiche 1/2 Glas	1.40
Himbeeren 1/2 Glas	90 Pf.
Melange 1/2 Glas	1.10
Saure Kirschen ohne Steine 1/2 Glas	85 Pf.
Mirabellen, Nüsse, Stachelbeeren 1/2 Glas	50 Pf.

### GETROCKNETE FRÜCHTE

Gemischtes Backobst Pfund 33, 48, 65 Pf.	
Kalifornische Pflaumen Pfund 24, 28, 38, 45, 55, 65 Pf.	
Entsteinte Pflaumen	40, 55 Pf.
Kalifornische Aprikosen Pfund 70, 80 Pf.	
Ital. Prünellen Pfund	70 Pf.
Ital. Birnen Pfund	60 Pf.
Amerik. Ringäpfel Pfund	60 Pf.

### HÜLSENFRÜCHTE

Rangoon-Reis Pfund	15, 19 Pf.
Java-Reis Pfund	24, 28 Pf.
Riesen-Erbisen Pfund	17 Pf.
Glasierte Erbsen Pfund	24 Pf.
Spalt-Erbisen gelb Pfund	20 Pf.
Grosse Bohnen Pfund	24 Pf.
Mittel-Bohnen Pfund	20 Pf.
Kleine Bohnen Pfund	17 Pf.
Grosse Linsen Pfund	22 Pf.
Mittel-Linsen Pfund	15 Pf.

Neu eingerichtet  
LEIPZIGER STR.

## Feine Kalte Küche

Portionsweiser Verkauf  
u. Verkauf von bratfertigem Geflügel.

### Freitag u. Sonnabend:

Gänsebrust . . . . . Pfund	1.50
Zervelatwurst . . . . . Pfund	1.20
Salamiwurst . . . . . Pfund	1.20
Plockwurst . . . . . Pfund	1.20
Zervelatwurst in Fettdarm . . . . . Pfund	1.30
Teewurst . . . . . Pfund	1.15
Feine Kalbsleberwurst . Pfund	1.20
Landleberwurst . . . . . Pfund	90 Pf.
Rotwurst . . . . . Pfund	50, 70 Pf.
Fleischwurst . . . . . Pfund	95 Pf.
Rollschinken ca. 5-8 Pfd. schwer . Pfund	1.30
Zungen in Dosen, Netto-Gewicht . . . . . Pfund	2.30
Delikatess-Würstchen 12 Paar Inhalt, Dose	1.50, 6 Paar Inhalt, Dose 75 Pf.

Apfelsinen Dtz.	48 Pf. Ananas Pfd.	75 Pf.
Calville-Aepfel . . . . . Pfund	22 Pf.	
Tiroler Tafeläpfel Edelrot . . . . . Pfund	38 Pf.	
Rote ital. Tafeläpfel . . . . . Pfund	15 Pf.	
Weisse ital. Tafeläpfel . . . . . Pfund	13 Pf.	
Tafelbirnen Amoretten Pfund 15, Italiener Pfund	20 Pf.	
Oporto-Zwiebeln gross, zum Füllen, Pfund	10 Pf.	
Blumenkohl . . . . . Stück	15 Pf.	

Geräucherte Aale starke . . . . . Pfund	1.35
Sprottbücklinge . . . . . Pfund	20 Pf.
Kieler Bücklinge . . . . . 4 Stück	10 Pf.

### Nur Leipziger u. Rosenthaler Str.

## FLUSS- u. SEEFISCHE

Lebende Karpfen . . . . . Pfund	85, 95 Pf.
Lebende Hechte . . . . . Pfund	1.00
Lebende Schleie . . . . . Pfund	1.25
Lebende Aale . . . . . Pfund	1.30
Lebende Forellen . Pfund 2.75 u. 3.00	
Seezungen Pfd. 1.50, Steinbutten Pfd. 1.25	
Lachs Pfund 85 Pf., im Anschnitt Pfund	1.00
Heilbutten Pfund 45 Pf., im Anschnitt	70 Pf.
Kabeljau Pfd. 30, Schellfische Pfd. 25 Pf.	
Seelachs Pfund 20 Pf., im Anschnitt	25 Pf.
Schollen . . . . . Pfund 25, grosse	40 Pf.
Zander Pfund 75 Pf. Maränen Pfund	45 Pf.
Lebende Hummern . . . . . Pfund	2.80
Austern . . . . . Pfund	Holländ. Dtz. 2.00



Stadtverordneten-Versammlung.

88. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Wideler eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ist das Mandat des Stadts. Dr. Mugdan (A. L.) für ungültig erklärt. In den Ausschuss für die Wertzuwachssteuerfrage hat die sozialdemokratische Fraktion die Stadts. Dr. Arons, Heimann, Singer entsandt.

Am vorigen Donnerstag ist in geheimer Sitzung die erste Lesung einer Vorlage wegen Ankaufs von Grundstücken im Ostbezirk Tegel für Wasserwerkzwecke erfolgt und die Vorlage einem Ausschuss überwiesen worden. Die Wahl des letzteren hat ebenfalls heute stattgefunden; ihm gehören auch die sozialdemokratischen Stadts. Vasner, Manasse, G. Schulz, Dr. Weyl an.

Mit dem Antrag Gronewaldt auf erneute Verhandlung mit der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft behufs Ausbaues der geplanten Hochbahnstrecke auf der Schönhauser Allee von Frankfurterstraße bis Stolpische Straße als Untergrundbahn hat sich ein 13gliedriger Ausschuss am 28. Juni und 10. November beschäftigt. Trotz des Widerstandes des Magistrats und des Hinweis auf die eventuell 6 Millionen Mark betragenden Mehrkosten hat die Beratung mit der Annahme des Antrages mit 7 gegen 5 Stimmen geschlossen.

Inzwischen hat sich die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft bereit erklärt, die Strecke Alexanderplatz-Schönhauser Allee schon bis zum Jahre 1912 fertigzustellen. Für das Hochbahnstück sind bereits die Eisenkonstruktionen in Auftrag gegeben, und es ist beabsichtigt, während unter Tage an der Strecke bis zur Treppenstraße gearbeitet wird, die Hochbahn zu erbauen, so daß der Betrieb zu gleicher Zeit auf der ganzen Strecke eröffnet werden kann. Ausschussreferent ist der Antragsteller Stadts. Gronewaldt (A. L.). Er kämpft lebhaft gegen die Behauptung der technischen Undurchführbarkeit der unterirdischen Bahnanlage auf der Strecke und empfiehlt der Versammlung aufs eindringlichste, den Ausschuh Antrag zum Beschluß zu erheben. Nach diesem Antrage sollen in der verlangten Magistratsvorlage auch die erforderlichen Mittel beantragt werden.

Stadts. Jacobi (A. L.): Im Ausschusse ist nichts zutages getreten, was nicht schon vor drei Jahren erörtert wurde. Um so wichtiger ist, was uns die Gesellschaft mitteilt: daß nämlich Berlin die Wohlthat der ganzen Bahn vom Spittelmarkt bis zum Bahnhof Schönhauser Allee schon 1912 genießen wird. Die Freunde des Antrages Gronewaldt übersehen, daß die Rentabilitätsfrage noch keineswegs entschieden ist. Die Stellungnahme von Panlow braucht und nicht zu särfen. Der Magistrat würde mit dem Antrage absolut nichts anzufangen wissen. Lehnen Sie den Ausschuh Antrag ab! (Beifall.)

Stadts. Lenz (A. L.) macht als Techniker den Versuch, die von der Gesellschaft aufgestellte Berechnung zu entkräften. Den Hinweis auf die bereits längst abgeschlossenen und in Ausführung begriffenen Verträge will er nicht gelten lassen; bestehende Verträge würden sehr oft geändert, wie das Beispiel Charlottenburg-Wilmersdorf beweise.

Stadts. Borgmann (Soz.): Es ist eine unangenehme Aufgabe, für eine verlorene Sache zu plädieren, denn es ist ja sicher, daß der Ausschuh Antrag abgelehnt werden wird, da der Magistrat sich kategorisch dagegen erklärt hat und auch die beteiligten Grundbesitzer die Sache in einer Art vertheidigt haben, die jedes ideale Interesse vermissen läßt. Offen gesagt ist, daß die Manier der Gesellschaft, ihre Gegenforderungen aufzustellen und zu begründen, an Dreistigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Vertrag mit der Gemeinde Panlow ist noch nicht zustande gekommen. Panlow hat erklärt, es denke gar nicht daran, eine Hochbahn ausführen zu lassen, und trotzdem werden uns hier schon jetzt zahlreiche hunderttausende Mark mit Rücksicht auf die eventuelle Fortführung nach Panlow in Rechnung gestellt! Der Magistrat würde sicherlich die Berechnungen, welche die Gesellschaft angelegt hat, mit größter Schärfe belächeln, wenn er selbst ein Interesse an der Sache hätte. Er steht dieser Sache jedoch leider gleichgültig gegenüber, für unsere Versammlung aber ist es geradezu beleidigend, wenn ihre die Gesellschaft mit solchen Zahlenaufstellungen kommt. (Große Unruhe.) Schlimmstenfalls würde bei anderweitiger Anlage des Bahnhofs der Höchstbetrag der Mehrkosten zwei Millionen sein. Für die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft ist diese Entscheidung die Entscheidung über die Zulassung von Hochbahnen überhaupt. Wird die Hochbahn hier abgelehnt, so ist sie auch überall anderswo in Berlin in Zukunft unmöglich. Es ist ja auch ein Uebing, wenn die Bahn nach Panlow hinein wieder als Untergrundbahn geführt wird und wir dann ein lebendiges Stück Krähwinkel in der Schönhauser Allee zu sehen bekommen. Sollte es dem Magistrat und dem Oberbürgermeister ernstlich darum zu tun sein, sich hier ein solches Denkmal zu schaffen, an welchem später die beteiligten Grundbesitzer ein entsprechendes Relief vielleicht anbringen lassen werden? (Erneute große Unruhe und Lachen bei der Mehrheit, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadts. Labowitz (A. L.): Vom Standpunkte der Fahrgäste erlaube ich, daß ich mit der Hochbahn lieber fahre als mit der Untergrundbahn. Was das Technische anbetrifft, so schenke ich unserem Bauart Krause doch mehr Vertrauen, als den Kollegen Gronewaldt und Lenz, die den Befähigungsnachweis für solche Berechnungen keineswegs erbracht haben. Der Broschüre, welche von interessierter grundeigentlicher Seite gegen uns und unsere angelegte Parteilichkeit bei unserer Stellungnahme verbreitet worden ist, können wir nur mit Verachtung begegnen; ihr letztes Motiv ist der Verdruß darüber, daß die durch die Bahn veranlaßte Grundstückssteigerung nicht hoch genug sein möchte. (Große Unruhe.) Darum wollen die Grundbesitzer den Stadtsäckel um 6 1/2 Millionen erleichtern!

Stadts. Krause: Ich habe, ohne dazu verpflichtet zu sein, den Anschlag der Hochbahngesellschaft nachgeprüft, bin also dem Ausschuh entgegengekommen. Jetzt soll alles, was ich gemacht habe, nichts taugen! Da werde ich mir in Zukunft doch überlegen müssen, ob ich nochmals so viel Entgegenkommen beweisen soll. (Unruhe.) Privatim hören wir, daß die Gesellschaft mit dem ausgerechneten Betrage sich noch nicht einmal zufrieden geben will! (Hört, hört!) Ursprünglich war ich selbst für eine Untergrundbahn. Aber angesichts der Kosten und der technischen Fragen habe ich schließlich auch erkannt, daß hier an dieser Stelle eine Hochbahn möglich ist. Auf dem Relief möchte ich neben dem Oberbürgermeister auch ein Plätzchen haben, denn ich würde teil haben an dem Verdienst, den Vorboten mit einer Schnellbahn zu versehen. Sonst wäre aus der Sache gar nichts geworden! (Heiterkeit und Beifall.)

Oberbürgermeister Richter: Ausschuh und Plenum der Versammlung haben sich 1906 um die Frage die allergrößte Mühe gegeben. Damals war der Zeitpunkt, wo die Bürgerschaft eventuell ihren anderweitigen Willen durchsetzen wollte. (Zustimmung.) Heute hat die Gesellschaft erworbene Rechte aus dem Vertrage und kann fordern, was sie will. Ob es 6 1/2 Millionen oder weniger sind, darauf kommt es nicht an, das ändert kaum etwas an der Situation. Der Magistrat kann in keiner Weise dem Beitritt zu dem Antrage in Aussicht stellen. Aber bringen Sie ihn, mit Rücksicht auf die Autorität Ihrer Beschlüsse, gar nicht erst in diese Lage! (Lebhafter Beifall.) Die Erfahrungen mit der Hülfsstraße lehnen, daß die Anwohner der Schönhauser Allee nicht so viel verlieren werden, wie sie glauben.

Stadts. Dyhrenfurth erklärt, daß die Mehrheit der Freien Fraktion gegen den Ausschuh Antrag stimmen wird, um Vertragsfreiheit zu bleiben, und auch der hohen Kosten wegen.

Stadts. Dove (A. L.): Der Kollege Jacobi hat namens der Mehrheit unserer Fraktion gesprochen. Mauern Sie die erwähnte Broschüre auch noch in den Grundstein der Hochbahn, das wird für uns ein Ehrendenkmol sein! (Heiterkeit.)

Stadts. Dr. Friedemann (soz.-fortsch.): Wir werden auch den Ausschuh Antrag ablehnen, aber leider er nicht mit dem leichten Herzen, wie die anderen Herren. Wir müssen sehr bedauern, daß wir durch Verträge mit Privaten derart gebunden sind. (Zustimmung.)

Stadts. Borgmann: Kollege Dove erinnert sich offenbar nicht, daß schon 1906 derselbe heftige Widerstand aufgetreten ist. Diejenigen, die damals den Ausschuh gegeben haben, sind sich der Tragweite ihres Votums gar nicht bewußt geworden. Der Hochbahn muß doch sehr daran liegen, gute Beziehungen zur Stadt zu behalten. Ausführungen, wie sie der Bauart gemacht hat, dienen aber nur dazu, die Stellung der Gesellschaft und gegenüber zu verfestigen. Die Erfahrungen mit dem neuen Projekt der A. G. G., die jetzt auch für die Brunnenstraße eine Untergrundbahn projektiert, zeigen, daß es doch auch anders geht. Ich vertraue, daß der Magistrat bei neuen Verhandlungen sich nicht ohne weiteres herbeilassen wird, 6 1/2 Millionen zuzugestehen. Die große, 250 000 Einwohner zählende Schönhauser Vorstadt hat keine andere Stätte für die Erholung der Bevölkerung, und die einzige, die Alle, soll ihr jetzt ohne jedes Äquivalent genommen werden!

Der Oberbürgermeister konstatiert noch, daß die Magistratsmitglieder wohl zur Auskunftsstellung, nicht aber zur Nachprüfung solcher Anschläge verpflichtet sind, und bleibt dabei, daß die Hochbahn den Stadtteil ästhetisch nicht irgendwie erheblich schädigen werde.

Damit schließt die Beratung. Der Ausschuh Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Magistrat schlägt vor, dem Fuhrwerksbesitzer Niehoff, Greißwalderstr. 200, die Beilegung der Altkewagen auch für die 3 Jahre: 1. April 1910/1913 zu übertragen. Der geltende Vertrag ist am 30. September 1909 abgelaufen. Bis 1. April 1910 will der Gesteller noch mit dem jetzigen Preise von 2250 M. pro Jahr und Wagen sich begnügen, von da ab soll die Zahl der Wagen von 19 auf 21 und der Preis von 2250 auf 2400 M. erhöht werden.

Stadts. Pfannkuch (Soz.): Der Vertrag und die Erhöhung des Betrages findet unsere Zustimmung, da zugegeben werden muß, daß die Steigerung der Futtermaterialienpreise usw. mit 150 M. pro Jahr zutreffend in Anschlag gebracht worden ist. Auch ist zweifellos, daß die Fortführung des Vertrages mit einem bereits bewährten Unternehmer zweckmäßiger ist als mit einem neuen. Aber nicht einverstanden sind wir damit, daß es neben dieser berechtigten Erhöhung bei dem Tagelohn von 8 M. für die Kutsher bleiben soll. Ein Wochenlohn von 18 M. gibt einen jährlichen Arbeitsverdienst von 936 M. Die Kutsher haben um 8 Uhr, die mit dem Transport der Sparassien usw. beauftragten schon um 7 Uhr auf dem Plage zu sein. Um 5 Uhr morgens haben sie schon auf dem Hof angetreten, um die Vorbereitungen zu erledigen. Die Fahrten erfordern den ganzen Vormittag; nur 1 1/2 Stunden sind Mittagspause, um 2 1/2 Uhr haben sie sich wieder an den Abfahrtsstellen einzufinden. Wenn die Fahrten nachmittags zu Ende sind, ist mir nicht bekannt, aber bis abends 8 Uhr dauert ihr Dienst ununterbrochen. Ist es da möglich, daß mit 936 M. ein Familienvater in Berlin ein Jahr lang durchkommen kann? Wenn der Magistrat für die Materialienpreise jene Erhöhung dem Unternehmer zubilligte, so hätte er doch auch der Kutsher gedenken sollen; auf Kosten der Ausnutzung der Kutsher darf doch der neue Vertrag nicht zustande kommen. Wir fordern daher, daß die Kutsher 24 M. Wochenlohn erhalten sollen, und erlauben den Magistrat, deshalb mit dem Unternehmer in erneute Verhandlungen einzutreten. Die Versammlung wolle also der Vorlage mit diesem Vorbehalt zustimmen. Wir erheben die Forderung der Vorsehung der Kutsher auch deswegen, weil in den neuen Submissionsbedingungen vorgeschrieben ist, daß nur mit solchen Unternehmern kontrahiert werden soll, welche die in den betreffenden Verträgen bestehenden Tarifverträge anerkennen. Nun bestehen ja freilich keine „allgemein“ gültigen Tarifverträge für das ganze Transportgewerbe, aber es bestehen für zahlreiche Kategorien von Kutshern in Berlin, etwa für 5000, solche Verträge. Darum bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Beifall.)

Stadts. Selberg: Der betreffende Posten in dem Vertrage trifft nicht mehr ganz zu; es ist vielmehr schon eine Zulage von 1,50 M. zum Wochenlohn gewährt worden. Ich bitte, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Stadts. Pfannkuch: Es ist ja sehr erfreulich, daß diese Zulage schon erfolgt ist. Ich habe auch gehört, daß die Sparassienstellen fahrenden Kutsher 3 M. mehr erhalten. Aber auch 19,50 M. ist als Wochenlohn für Berlin zu wenig; damit kann ein Arbeiter mit seiner Familie nicht leben. Der Unternehmer hat u. a. auch das Recht, Ordnungsgelassen zu verhängen; da muß man auch die Möglichkeit geben, daß die eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden können. Nehmen Sie also unseren Antrag an. Der Antrag wird abgelehnt, die Vorlage unverändert genehmigt.

Stadts. Rosenow (A. L.) berichtet über die Ausschuh Verhandlungen anlässlich des Antrages Dr. Arons u. Gen. (Soz.) auf sofortige Zurückziehung der städtischen Fürsorgezöglinge aus der Anstalt Mielzgn. Bekanntlich hat sich der Magistrat nach langem Zögern und langwierigen Verhandlungen zu diesem Schritt entschlossen, womit die Ausschuhberatung und der Antrag Arons gegenstandslos geworden ist.

Das bezügliche Schreiben des Magistrats wird verlesen. Der Referent führt an, daß u. a. die Behauptung zutrefte, daß die Anstalt die für die Behandlung der Fürsorgezöglinge bestehende Justizinstanz nicht erhalten habe, daß die Schuld hierfür aber nicht die Berliner Verwaltung treffe. Die Verhandlungen mit der Leitung der Anstalt hätten sich sehr lange hingezogen und schließlich auch den Magistrat überzeugt, daß die Erfüllung des Vertrages seitens des Mielzgn. Stiffts unmöglich sei, da die Anstalt wesentliche Garantien, welche die Stadt verlangen mußte, zu geben außerstande war.

Stadts. Singer (Soz.): Die Mielzgn. Affäre wird ja für uns jetzt erledigt sein, und es bleibt der Stadt in bezug darauf nur noch die Konstatierung übrig, daß sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hatte, die Fürsorgezöglinge von dort zu entfernen. Bei der Ausführung der Leitung der Anstalt im Original im Ausschusse kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat, wird zugeben, daß schließlich auch dem Magistrat die Lust vergehen mußte, mit dieser Gesellschaft weiter zu verhandeln. Die schließlichen Verhandlungen, die dort geschehen sind und die die Entrüstung der ganzen gestitzten Welt erregt haben, sind als Tatsachen festzustellen; es ist keineswegs ungerichtet Verdächtigung der Gesellschaft im Spiele.

Die Gesplogtheit der Gesellschaft, sich über Aufierungen, die hier über sie gefallen sind, zu beschweren, übergehe ich. Der Beschluß des Magistrats ist gerechtfertigt; man könnte nur bedauern, daß es so lange gedauert hat, bis er gefaßt wurde — indessen haben ja die meisten Fürsorgezöglinge zur Selbsthilfe gegriffen und ihrerseits dafür gesorgt, daß sie dieser Behandlung entzogen würden. (Heiterkeit.) Unsere Aufgabe an sich ist damit aber nicht erfüllt; es ist die Frage: Wie können in Zukunft solche Vorkommnisse verhütet werden? Der Kommission für die Reform des Fürsorgezöglingens muss der dringende Wunsch ausgesprochen werden, diese Frage nicht auf die lange Bank zu schieben. Wie die Erziehung an sich in den anderen Anstalten ist, ob da nicht auch Mängel vorliegen, das läßt sich doch nicht im

bedingte verneinen. Eins ist sicher: das neue Fürsorgegesetz hat bisher keine guten Früchte getragen und es ist notwendig, daß auch Berlin Schritte zu einer gründlichen Reform tut. Die Kommission wird hoffentlich so schnell wie möglich Remedur zu schaffen bestrbt sein. Schon als der Beschluß, unsere Zöglinge zum Teil nach Mielzgn zu überweisen, gefaßt wurde, haben wir unferreits betont, daß die jungen Leute, deren Sitten unter einer verwahtlosen Erziehung gelitten haben, in Anstalten untergebracht werden müssen, wo der Sinn für das Gute wiedergewekt werden kann. Wir durften mit Recht annehmen, daß das in Privat-anstalten nicht genügend geschieht; wir hielten städtische Anstalten für das Bessere. Diese Meinung hat sich heute erfreulich weiter verbreitet. So lange man aber noch gezwungen ist, die jungen Leute in anderen Anstalten zu lassen, muß die Aufsicht verstärkt werden; wie das zu geschehen hat, das zu bestimmen muß ebenfalls eine Aufgabe der Kommission sein. Die Revisionen hätten auch bisher schon gründlicher erfolgen müssen. Die Waisenverwaltung wird auch sehr gut tun, ihre Berichte über Fürsorgeerziehung zu erweitern. Eigene städtische Anstalten empfehlen sich schon deshalb, weil viele der privaten Anstalten unter geistlicher Aufsicht stehen und in einem Besse geleitet werden, welcher nach meiner Ansicht nicht wohlthätig für die körperliche und geistige Fürsorge der Kinder wirkt. Wir müssen über das ganze System der Erziehung und Behandlung der Zöglinge in den einzelnen Anstalten einen Ueberblick gewinnen können, über das Maß dessen, was ihnen zugemutet wird, und was sie zu leisten haben. Der Evangelische Verein zur Hebung der deutschen Kultur in den Ostmarken ist ein durchaus politischer Verein, der weder in seinem Statut noch sonstwo festlegt, daß es sich um die Erziehung von solchen jungen Leuten handelt und der dafür gänzlich ungeeignet ist. Wir müssen in erster Linie verlangen, daß Pädagogen die Erziehung leiten. Diese Forderung wird auch von Leuten erhoben, welche auf einem ganz anderen wirtschaftlichen und politischen Standpunkte stehen als wir. Ich verweise auf Ausführungen des Geh. Oberjustizrats Pfahle aus dem Justizministerium, wonach die Hoffnungen, die man auf das Gesetz gesetzt hatte, erg. enttäuscht worden seien, die Resultate geradezu erschreckende seien, selbst unter den Erziehern die Meinung vorherrschend, daß die Zöglinge in den Anstalten es schlechter haben als in den Gefängnissen. (Hört, hört.) Dieser freimütige Ausdruck bestätigt ja nur, was man in der Bevölkerung weiß, daß die Behandlung dort so schlecht ist, daß die Zöglinge das Gefängnis vorziehen. Bisher hat zu meinem Bedauern in unserem Fürsorgeerziehungswesen auch sehr die Empfindung dafür gefehlt, daß diese verwahtlosen Menschen in Verhältnisse gebracht werden müssen, wo auch ihr Menschentum wieder geachtet wird. (Beifall.)

Stadts. Dr. Nathan (soz.-fortsch.) bemängelt die Dürftigkeit des schriftlichen Berichtes, der weder das Schreiben des Oberpräsidenten, noch dasjenige der Stadtleitung mitteilt, das dem Hof dem Boden ausgeklagen habe. (Zuruf: Sind Sie aber weniger! Heiterkeit.) Die „Woll. Zig.“ habe das letztere Schreiben als eine ungläubliche Herausforderung bezeichnet. Die Langmut des Magistrats in diesem Falle sei außerordentlich gewesen. Erfreulich sei die Forderung des Magistrats, Reformen auf diesem Gebiete schleunigst durchzuführen.

Der Oberbürgermeister hält dafür, daß das vorgelegte Material völlig für die Entscheidung genügt. Die Aufgabe, welche das Gesetz der Stadt Berlin gestellt habe, sei eine ganz besonders schwierige; der Vorgang in Mielzgn habe natürlich den Magistrat anspornen müssen, auf Reformen hinzuwirken; eine eigene Kommission der Waisenverwaltung sei damit befaßt. Man werde die Aufgabe nicht lösen können, ohne unter dem Material an Fürsorgezöglingen zu differenzieren.

Stadts. Dr. Ritter (fr. fr.) spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, zu erspriechlichen Reformen zu kommen.

Stadts. Cassel (A. L.) hält es für überflüssig, noch auf die Sache material zurückzukommen.

Die Versammlung beschließt nach dem Ausschuh Antrage, von der Magistratsklärung Kenntnis zu nehmen und den Antrag Arons damit für erledigt zu erklären. Die Magistratsbeschlüsse hinsichtlich der Erhöhung der Diätensätze für Diplomingenieure, Architekten, Ingenieure, Techniker I. und II. Klasse, Vermessungs-techniker und Hilfsdiener haben nicht durchweg den Anzeigungen entsprochen, die die Versammlung gelegentlich der Beamten-Besoldungsverbesserungsvorlagen gegeben hat. Die Ausschuhberatung der zur Kenntnisnahme vorgelegten Beschlüsse hat demgemäß zu dem Antrage geführt, den Magistrat zu eruchen, den erhöhten Diäten für sämtliche obigen Kategorien mit Ausnahme der Hilfsdiener noch eine obere Stufe aufzusetzen.

Verdichtkatter ist Stadts. Barth (A. L.). Ohne Diskussion tritt die Versammlung einstimmig dem Ausschuh Antrage bei, wonach die nach den Wünschen des Ausschusses gestalteten Diätensätze mit dem 1. Oktober 1909 in Kraft treten sollen.

Dem Magistratsvorsitzende, im Entnennungsverfahren eventuell das gesamte Iniektspeichergrundstück freiwillig zu übernehmen, hat der eingeseht Ausschuh die Zustimmung gegeben. Referent ist Stadts. Jacobi (A. L.).

Die Versammlung beschließt ohne Debatte dem Ausschuh Antrag entsprechend.

Der 1899 zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanalprojekts (Mittellandkanal) begründete Ausschuh hat bis 1899 auch die Stadt Berlin zu seinen körperlichen Mitgliedern gezählt. Der Vorstand des Ausschusses, welcher bezweckt, den Bau des Rhein-Elbe-Kanals und dessen Fortsetzung bis Magdeburg nach Kräften zu fördern, will die Agitation dafür wiederbeleben und die früheren Beiträge (500 M. jährlich für körperliche Mitglieder) wieder in Hebung setzen. Der Magistrat hält für nützlich, dem betr. Ersuchen nachzukommen, und schlägt vor, dem Ausschuh für 1908 und 1909 nachträglich 1000 M. zu zahlen, die Mitgliedschaft wieder zu erklären und den Betrag von 500 M. künftig in den Etat einzustellen.

Die Versammlung stimmt zu.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/10 Uhr.

Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg im Jahre 1908.

Die Versicherungsanstalt Brandenburg hat ihren Bericht für das Jahr 1908 herausgegeben. Dem ziemlich umfangreichen Bericht entnehmen wir folgendes: Im Berichtsjahre sind 42 592 364 Wochenmarken verkauft, so daß, wenn wir auf jeden Berichteten 45 Wochenmarken rechnen, die Anstalt Brandenburg rund 950 000 Versicherte zählt.

Die Rentenbewilligungen gestalten sich wie folgt: Altersrenten-entträge wurden im Jahre 1908 insgesamt 1009, darunter 86 aus dem Vorjahre übernommene, gestellt; davon wurden 787 bewilligt. Invalidenrenten wurden neu beantragt 9386, dazu kommen aus dem Vorjahre 1122 unerledigt gebliebene, zusammen 10 508. Daraus wurden in 921 Fällen die Krankenrente (§ 16 A.-G.), in 6306 Fällen die Invalidenrente bewilligt. 1514 Rentenentträge wurden abgelehnt; unerledigt geblieben waren am Jahresschluß 1132 und 635 wurden auf andere Weise erledigt. Die von der Landesversicherungsanstalt erteilten Ablehnungsbescheide wurden im Verlaufe bezw. Revisionsverfahren bei den Altersrenten in 1, bei den Invalidenrenten in 169, bei den Krankenrenten in 29 Fällen aufgehoben und die Renten zuerkannt. Demnach sind im Jahre 1908 zugelassen Altersrenten 788, Invalidenrenten 6006, Krankenrenten 947, zusammen 7741.



Im Berichtsjahre 1908 sind von den bewilligten Altersrenten 1410, von den bewilligten Invalidenrenten 4572; von den bewilligten Krankenrenten 840 durch Tod oder aus sonstigen Gründen in Wegfall gekommen. Am 1. Januar 1909 zählte die Landesversicherungsanstalt Brandenburg 9650 Alters-, 51355 Invaliden- und 1060 Krankenrentenempfänger. Insgesamt 61065 Personen, die Renten bezogen. Die Rentenbeträge variierten zwischen 110,40 bis 230,40 Mark bei der Altersrente und 116,40 bis 253,20 M. jährlich bei der Invaliden- und Krankenrente.

Die Zahl der Altersrentner ist seit dem Jahre 1906 (wenn auch nur gering) gewachsen, die der Krankenrentner, die im Jahre 1907 gegenüber den Vorjahren zurückgegangen war, ist im Berichtsjahre (1908) wieder gestiegen und hat den bisher höchsten Stand erreicht. Die Aufwärtsbewegung fällt indessen nur auf die männlichen Rentenempfänger. Es kommen (1908) auf 100 Krankenrentner 57,3 männliche und 42,7 weibliche. Bei den Invalidenrentenbewilligungen scheint eine geringe Besserung eingetreten zu haben. Während die Neubewilligungen der Invalidenrenten im Jahre 1903 mit 10 006 den bisher höchsten Stand einnehmen, sind sie dann auf Grund der „Vereinfachung“ des Bezirks der Versicherungsanstalt durch Kommisars des Reichsversicherungsamts in den Jahren 1904 auf 6005, 1905 auf 6265 und 1906 auf 5948 zurückgegangen. Im Berichtsjahre 1908 wurden 6996 Invalidenrenten bewilligt gleich eine Zunahme von 29 Prozen. gegen 1907. Die Zahl der weiblichen Invalidenrentenempfänger ist auffallenderweise im Berichtsjahre gegen 1907 zurückgegangen. Auf 100 Invalidenrentner kommen 40,9 weibliche und 59,1 männliche.

Von den 1514 ergangenen Ablehnungsbescheiden der Invalidenrenten wurden allein 65,8 Prozen wegen noch nicht „vorhandener“ Invalidität erlassen. Das heißt, eine gewisse Artzbescheinigung bringt es fertig, die Invalidität noch nicht auszusprechen, obwohl die Invalidität „hart“ an der Grenze steht. Häufig wird angenommen, daß der Versicherte noch insinuiert ist durch „Nachwächterdienste“, „Portier“ usw.  $\frac{1}{2}$  des geringen Lohnes verdienen zu können, den gleichartige Arbeiter mit der gleichen Ausbildung zu verdienen pflegen, wenn er die Nachwächter- oder Portierstelle hätte.

Ein recht trauriges Kapitel offenbart der Bericht den Sozialpolitiker über die Ursachen der Invalidität. An erster Stelle steht die Gruppe der durch Entkräftung, Blutarmut und Altersschwäche erwerbsunfähig gewordenen Rentenempfänger mit 1385 Personen = 19,80 Prozen aller Rentenempfänger. Hier sind es besonders die Personen der Altersklassen der 60 Jahre und höher (116,8), die überwiegend. Die zweite Stelle nimmt die Gruppe der durch Lungentuberkulose Erwerbsunfähigen mit 926 Personen = 13,24 Prozen aller Rentenempfänger ein. Hier sind es die jüngeren Jahrgänge, die von dieser grauenvollen Proletarierkrankheit befallen werden. Sie betragen nämlich für die 20er Jahrgänge 57,30 Prozen, für die 30er Jahrgänge 38,93 Prozen, und für die 40er Jahrgänge noch 23,02 Prozen, aller Fälle in den betreffenden je zehn Jahrgängen. Die dritte Stelle nimmt die Gruppe der durch Erkrankung des Herzens und der großen Blutgefäße erwerbsunfähig Gewordenen mit 740 Personen = 10,58 aller Rentenempfänger ein. Ihr folgt die Gruppe der durch Osteoarthritis und Nierenerkrankung Erwerbsunfähig Gewordenen mit 549 Personen = 7,85 Prozen, und endlich als größere fünfte Gruppe die durch Lungenerkrankungen — ausschließlich Lungentuberkulose — erwerbsunfähig Gewordenen mit 540 Personen = 7,76 Prozen aller Rentenempfänger.

Nach Prozentziffern sind die Ursachen der Invalidität im Berichtsjahre auf 100 Rentenempfänger: durch Tuberkulose 13,24; durch andere Lungenerkrankungen 9,12; durch Lungenerkrankungen einschließlich Tuberkulose 22,36. Vergleicht man die Prozentziffer mit 1901 — dem ersten Vergleichsjahr — dann ergibt sich die betrübende Tatsache, daß in den Jahren 1901 bis 1904 die Zahl der Tuberkulösen 10—11 Prozen, dagegen in den Jahren 1905 bis 1908 rund geredmet 13 Prozen, aller Rentenempfänger umfalte.

Die Zunahme der Lungentuberkulose glaubt der Berichterstatter in der genaueren Präzisierung der Diagnose der neuen Formulare für die Ärzte erblicken zu können. Ein sehr fadenförmiger Trost. Die ständige Zunahme der Tuberkulose ist vielmehr eine Folge der fortgesetzten schlechten Ernährung und damit verbundenen Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung. Und diese findet in den schier unerschwinglichen Preisen der notwendigen Nahrungsmittel ihre Ursache.

Heilverfahren: Für das Heilverfahren (ausschließlich der Lungentuberkulose und des Zahnerkrankes) wendete die Versicherungsanstalt Brandenburg (einschließlich der Reisefloßen und der Angehörigenunterstützung) im Jahre 1908 insgesamt 76 795,67 M. auf. Hieron wurden indes 3634,06 M. von dritter Seite erstattet.

Für Zahnerkrankungen bzw. Zuschüsse betragen die Kosten 59 594,00 Mark. Hieron haben die Krankenkassen indessen 19 942,55 M. und die Versicherer selbst 15 108,13 M. aufzubringen müssen. Die Anstalt selbst hat demnach nur 25 043,32 M. aufgewendet. Die reiche Anstalt hat also kaum 1000 M. mehr aufgewendet als die armen Versicherten. Immerhin ist das ein Fortschritt gegen früher. Indessen auch heute ist der Standpunkt der Anstalt Brandenburg in bezug auf den Zahnerkrank noch ein ziemlich reaktionärer. Die Ausschussmitglieder (Arbeitnehmer) der Versicherten haben hier ein vorzügliches Arbeitsfeld, den reaktionären und empfindlichen Standpunkt der Herren von Mantuffel u. Gen. in der sozialen Fürsorge zu brechen.

Die Gesamtkosten der Tuberkulosebehandlung einschließlich der Reisefloßen und Angehörigenunterstützung usw. betragen im Berichtsjahre 823 391,67 M. Hieron wurden der Anstalt indessen von dritter Seite 207 079,87 M. erstattet. Die Behandlung dieser Armen geschieht auf Kosten der Anstalt in den verschiedensten Heilanstalten, so auch in dem „Pflegeheim“ Burg Daber. In diesem Pflegeheim scheinen recht eigenartige Ansichten über die Behandlung derjenigen Kranken, soweit es Versicherte — also Arbeiter — sind, zu herrschen. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg sollte es aber vermeiden, hier ihre Kranken Mitglieder überhaupt einzuweisen. Die Beschwerden der mit einem Male entlassenen 9 Versicherten hat doch in allen Teilen zugegeben werden müssen.

Herborzulegen ist, daß von den in der Lungenerkrankung erkrankten wegen Tuberkulose behandelten weiblichen Personen die höchste Ziffer (72) die in Ludfabriken beschäftigten Arbeiterinnen einnehmen. Dann folgen die Dienstmädchen mit 52. In 70 Fällen war denn auch die Einatmung von Tuchstaub die Ursache der Lungentuberkulose.

Erfreulich ist, daß die Anstalt als „außerordentliche Leistungen“ (§ 18 V.-V.-G.) wenigstens etwas höhere Angehörigenunterstützung gewährt hat. Hierfür wurden 29 433,27 M. aufgewendet.

Eine merkwürdige Auffassung über: „Die soziale Fürsorge“ der Anstalt Brandenburg bietet das Kapitel 12: „Ausübung der Kontrolle.“ Im Berichtsjahre sind in 54 885 Betrieben, Haushaltungen usw. die Karten von 270 057 Versicherten kontrolliert und dabei 76 992 Karten beanstandet und in 10 687 Fällen Strafangelegenheiten erstattet worden. Die Kontrolle gilt, und das wird besonders betont, zwecks Beeinträchtigung der schmalen Rentenbezüge. Es heißt in dem Bericht ausdrücklich: „Die sachgemäße Revision der Invalidenrentenempfänger hat mehrfache zur Rentenentziehung geführt und ist jedenfalls ein geeignetes Mittel, dem unbedingten Weiterbezug der Invalidenrente entgegenzuwirken.“

Die finanzielle Seite dieser „geeigneten“ Revision ist: daß dadurch 114 365,80 M. eingenommen wurden; demgegenüber kostete die Ausübung der Kontrolle 94 936,86 M. Die vereinnahmten Strafgebühren betragen 28 193,30 M.

Die Finanzlage. Die Anstalt Brandenburg hatte im Berichtsjahre eine Einnahme von 13 010 451,83 M. Hierzu ein Vorbestand von 1907 mit 2 116 531,10 M., insgesamt 15 126 982,93 M. Darunter für verkaufte Marken 10 206 714,18 M., für Vorkonten der in landwirtschaftlichen Betrieben indessen nicht versicherungspflichtigen Varten 78 012,19 M. Die Ausgaben betragen 13 337 327,90 M., darunter an Renten 5 575 306,12 M. und 5 224 435,17 M. für Erwerbung von Kapitalanlagen. Das Gesamtvermögen der Anstalt beträgt 70 469 593,51 M.

Demnach hat die Versicherungsanstalt Brandenburg im Berichtsjahre rund 10 Millionen für Markenbeiträge eingenommen,

dabon 3½ Millionen, also etwas mehr als die Hälfte als Renten für die Versicherten ausgegeben.

Resumieren wir, dann muß von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg gesagt werden: Die Anstalt sieht ihre vornehmste Aufgabe der „sozialen Fürsorge“ darin, eine Menge von „Anwärtern“ anzuhäufen und diese auf die Ueberwindung der Rentenempfänger abzurufen. Damit ein armer Teufel ja nicht „unberechtigter“ Weise eine Rente „weiter bezieht“, wird ein Heer von Beamten angestellt, die rund 95 000 M. lohen und der Anstalt rund 19 000 M. einbringen. Eine nette Fürsorge! Die Gelder werden von den Versicherten aufgebracht. Sie sollen in erster Linie dazu dienen, die nicht mehr Erwerbsfähigen, die durch die Arbeit im Leben aufgebrauchten Personen vor der bittersten Not zu schützen, aber nicht einem Heer von Militärärzten auf Kosten der Versicherten Unterfunktion zu verschaffen. Nicht in der Aufspeicherung von Millionen an Vermögen, sondern in dem weitesten Ausbau der Rentengewährung und der Verhütung der Ursachen der Invalidität sollte sich die soziale Fürsorge der Anstalt widerspiegeln. Die Anstalt Brandenburg indessen scheint es sich zur Aufgabe zu machen, die Rente erst dann zu gewähren, noch dazu durch Verurteilung durch das Schiedsgericht, wenn der Versicherte bereits auf dem Totenbett liegt. Wie oft wird gar den an Entkräftung Verstorbenen der Bescheid zugefertigt, sie seien noch erwerbsfähig!

Das ist die Praxis, wie sie von der Anstalt „Brandenburg“ in der Invalidenversicherung, die den Versicherten — nach Ansicht gewisser Kreise — eine „gesicherte Existenz“ bis in das hohe Alter hinein gewährt und einen „ruhigen Lebensabend“ beschaffen soll, gehandhabt wird. Dabei handelt es sich nicht um eine privatrechtliche, sondern um eine öffentlichrechtliche Fürsorge. Das nennt man jaft „soziale Fürsorge“!

## Dienstbotenelend.

Vor dem Schöffengericht in Köln stand dieser Tage die Frau des Direktors Karl Max Lehmann aus Köln-Eubenthal unter der Anklage, ihr sechzehnjähriges Dienstmädchen mittels eines Rohrstockes und einer Hundepfote auf den nur mit einem zerrissenen Hemde bekleideten Körper mißhandelt zu haben. Das Mädchen mußte sich im Hofe frühmorgens waschen. Zum Bodenaufräumen durfte es sich nur mit einem kurzen Röschchen und einem Jäckchen bekleiden und dabei stets auf den Knien rutschen. Währenddessen und bei anderen Gelegenheiten trat es die Knechtel mit Füßen, rief es an den Haaren, schlug es mit harten Gegenständen und mit der Faust auf die nackten Körperteile, goß ihm grobe Gesäße mit Wasser über den Leib (in einem Falle fünfmal hintereinander), schüttete ihm schmutziges Wasser ins Gesicht. Ein Zeuge sah, wie das Kind sich unter den Mißhandlungen krümmte und zu einem Häufchen zusammenfiel. Es war so dürrig bekleidet, daß ein hinter der Mauer stehender Polizeibeamter, der von Arbeitern herbeigerufen wurde, die Schamteile des Kindes beim Wäden sah. Mit den nassen Kleidern mußte es auf den Knien liegend weinend weiter arbeiten. In einem Falle wurde das Mädchen 21 mal hintereinander mit einer Fliegenklatsche geschlagen.

Das jetzt 17-jährige Mädchen, das eine Grobriichte der Angeklagten ist, befindet sich heute noch in deren Haus. Die Folge dieses Umstandes, den die Behörden zu verhindern verpflichtet gewesen wären, trat in der Verhandlung klar zutage. Das durch die rohe, sittenlose und unmensliche Behandlung terrorisierte, noch jetzt dank des Mangels jeglicher geistlicher Schutzmahregeln unter der Vormundschaft der Frau Direktor stehende, willenlos gemachte Kind schwor in der Verhandlung alle Mißhandlungen ab! Es konnte aber der Sachverhalt, wie wir ihn eingangs schilderten, durch mehrere Bauarbeiter und zwei von diesen herbeigeholte Schulkinder bekundet werden, die an vier verschiedenen Tagen alle die Grausamkeiten, hinter einer Mauer stehend, genau beobachtet hatten.

Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis, das Gericht ließ eine geradezu empörende Milde walten. Es erkannte auf eine Geldstrafe von 200 M.

Gefundenes Rechtsgesetz fordert, wenn die Frau Direktor zu rechnungsfähig ist, eine längere Gefängnisstrafe. Und überdies liegt der Sachverhalt doch so, daß dringender Verdacht der Verleitung des durch Angst willenlos und unzurechnungsfähig gemachten Mädchens zum Meineid vorlag und deshalb die Frau Direktorin in Untersuchungshaft hätte genommen werden müssen.

Weshalb die Eltern oder der Vormund und das Vormundschaftsgericht gegen die Spezialitäten nicht eingeschritten sind und das Mädchen in Fürsorge genommen haben, ergab die Verhandlung nicht.

Aber nicht allein diese Personen und Behörden trifft die Schuld an der Möglichkeit einer so gemeingefährlichen Entmenslichung eines armen Kindes. Die Hauptschuld trifft das Gesetz: die gegen das Befinden bestehenden Ausnahmegesetze, die vorinstanzlichen Vorschriften der Befindeordnung und der Mangel jeglicher Arbeiterkchutzvorschriften für das Befinde und die landlichen Arbeiter sind die Hauptursache für die Möglichkeit solcher zum Himmel schreienden Zustände. Wenn solche in einer Großstadt wie Köln vorkommen können — wie sieht es da erst in Kleinstädten und auf dem Lande aus! In der letzten Reichstagsession hat der Reichstag einen sozialdemokratischen, auf Beseitigung der eines Kulturstaats unwürdigen Vorschriften gegen Befinde und Landarbeiter gerichteten Antrag einer Kommission überwiesen. Von dieser ist die Regierung aufgefordert, das vorliegende gesetzgeberische Material zusammenzustellen. Bis heute hat die Regierung dieser Aufforderung nicht entsprochen. Der sozialdemokratische Antrag ist von neuem eingebracht. Werden nun endlich der Reichstagsler und der Staatssekretär des Innern Gelegenheit nehmen, von Reich wegen auf diesem Gebiete Hilfe zu schaffen? Oder erlauben es ihnen die Herren Junker nicht? Sind sie durch diese und das Zentrum so eingeschüchert, wie das arme mißhandelte Mädchen.

## Aus Industrie und Handel.

### Vom Arbeitsmarkt.

Nach dem Berichte des Zentralvereins für Arbeitsnachweis hat sich im Oktober die Lage verschlechtert, wenn auch im Vergleich mit dem Vorjahr immer noch eine Besserung zu verzeichnen ist. Ungünstiger noch als die Arbeitslosigkeit scheint sich das Entlohnungsverhältnis entwickelt zu haben. Die Lohnliste enthält für September 4045, für Oktober 4005 Personen, für welche folgende Wochenlöhne ausgewiesen werden: Von 100 Arbeitern erhielten folgenden Lohn:

	September	Oktober
8—11 M. . . . .	2	5
12—14 „ . . . . .	10	13
15—17 „ . . . . .	15	15
18—19 „ . . . . .	8	7
20—21 „ . . . . .	13	11
22 und mehr . . . . .	47	45
Monatslohn und freie Station	5	5

Demnach ist der Anteil mit den niedrigsten Löhnen verhältnismäßig stark gestiegen, der mit den höheren Einkommen zurückgegangen.

Konkurs in der Textilindustrie. Die große Tuchfabrikfirma J. Langstein Söhne in Reichenberg und Proschwitz hat gestern Konkurs angemeldet. Die Passiven betragen anderthalb Millionen, die Aktiven sind gering.

## Vom Kampf im Kalihyndikat.

In wenigen Wochen läuft das notdürftig zustande gekommene Syndikatsprovisorium ab. Wieder ist eine Einigung zwischen der Schmidtmanngruppe und dem Syndikatsvorstand noch nicht erzielt worden. Schmidtmann hat in den letzten Tagen sogar mit Verhandlungen nach Amerika begonnen, die angeblich den Syndikatsvertrag verletzten. Wenigstens ist das Landgericht in Nordhausen solcher Ansicht. Es hat einen Antrag des Syndikats auf einstweilige Verfügung entsprochen, weitere Verschiffung untersagt unter Androhung einer Haftstrafe von drei Monaten gegen Schmidtmann.

Das Reichsgejetz betreffend die Kaliindustrie soll dem Bundesrat am 10. Dezember zugehen. Wie verlautet, wird es in der Hauptsache eine Kontingenterung und Spannungszölle enthalten. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß die amerikanischen Kontrakte Schmidtmanns derartige Zollmaßnahmen zu Lasten der Käufer schon vorgezogen haben.

Für Erfinder. Geldpreise im Betrage von 30 000 M. hat der „Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen“ für Erfindungen und Verbesserungen ausgesetzt. Das Preisauschreiben, welches zur allgemeinen Bewerbung öffentlich auffordert, unterscheidet Erfindungen usw. betreffend die baulichen Einrichtungen der Bahn und Betriebsmittel, die Signal- und Sicherheitsvorrichtungen, Betrieb und Verwaltung usw., sowie heruorragende schriftstellerische Arbeiten aus dem Gebiete des Eisenbahnwesens, wobei als „erwünscht“ unter anderem folgende Aufgaben bezeichnet werden: Lokomotivsteuerung mit mechanischer Weichung, Verbesserung der Weichung der Personenzüge, der Luftdruckbremsen, Vorrichtung zur Verknüpfung zwischen Lokomotiv- und Zugpersonal, handliche Waage, um jederzeit das Ladegewicht eines Güterwagens feststellen zu können, Motor-Drähtse bis zu 40 Kilometer-Stundengeschwindigkeit usw. Zu den Wettbewerben werden nur solche Erfindungen, die ihrer Ausführung nach und nur solche schriftstellerischen Werke, die ihrem Erscheinen nach in die Zeit vom 10. Juli 1908 bis 15. Juli 1911 fallen, zugelassen; die Erfindungen müssen auf einer Vereinsbahn praktisch erprobt und von der Verwaltung derselben empfohlen sein. Die Preise, die zwischen 7500 und 1500 M. schwanken, werden nur dem Erfinder selbst bzw. dem Verfasser (nicht Herausgeber) zuerkannt. Die Bewerbungen sind in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1911 an die Vereinsverwaltung (W 9, Kärntner Str. 28/29) einzureichen. Die Entscheidung des Preisausschusses erfolgt im Laufe des Jahres 1912.

Ein schwerer Winter steht den Tabakarbeitern bevor. Schon im Herbst hat die Arbeitslosigkeit einen Umfang erreicht, wie er in keinem anderen Gewerbegebiet zu bemerken ist. Im ganzen Reich ergibt sich im Durchschnitt ein Andrang von rund 370 arbeitssuchenden Tabakarbeitern auf je 100 offene Stellen. In Rheinland-Westfalen ist besonders der Ueberfluß an männlichen Tabakarbeitern groß; im Durchschnitt kamen auf je 100 offene Stellen nicht weniger als 1180 Arbeitssuchende. Exorbitant hoch ist auch der Andrang im Königreich, wo er durchschnittlich 1023 betrug. In Polen meldeten sich auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 1100 Arbeitssuchende. In Berlin bezifferte sich der Andrang Arbeitssuchender im Tabakgewerbe durchschnittlich auf 259, in Hamburg auf 335. In der Provinz Sachsen stellte sich der Andrang im Durchschnitt auf 248.

Die Preisangebote auf die Befestigung von Fleisch- und Würstwaren für die Garnison Berlin ergaben, wie die „Ägem. Reichs-Zeitung“ berichtet, ganz erhebliche Preisdifferenzen: Bei Los I, das 300 000 Kilogramm Rind-, Kalb- und Hammelfleisch umfaßt, beträgt die Differenz zwischen dem Höchstangebot des Meisters Otto Künzel (309 433 M.) und dem niedrigsten Angebot des Meisters Otto Voigt (344 681 M.) 64 822 M. Bei Los II, das 259 000 Kilogramm Schweinefleisch, Speck und Wurst umfaßt, hat die Differenz zwischen dem Höchstangebot des Meisters Alfred Kuh (443 078 M.) und dem niedrigsten Angebot des Meisters A. Wähler (302 411 M.) 41 267 M. betragen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Katholische Arbeiterinnenvereine.

Schon vor mehr als vierzig Jahren wurde der erste katholische Arbeiterinnenverein gegründet, dem aber erst in den achtziger Jahren eine merklie Zahl weiterer Gründungen folgte. Im Jahre 1898 bestanden in Deutschland erst 40 Vereine mit etwa 6000 Mitglieder. In den letzten Jahren aber hat man sich der „Organisation“ der katholischen Arbeiterinnen mit einem auffälligen Eifer gewidmet, so daß heute zu verzeichnen sind: 1. der Verband katholischer erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands (Zentrale Berlin) mit 22 000 Mitgliedern in 150 Vereinen; 2. der Verband süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine (Zentrale München) mit 10 314 Mitgliedern in 68 Vereinen; 3. der Verband der katholischen Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese Köln (Zentrale M.-Gladbach) mit 12 000 Mitgliedern in 80 Vereinen. Dazu kommen noch katholische Arbeiterinnenvereine in den westfälischen Diözesen Münster und Paderborn.

Jeder der drei genannten Verbände hat seine besondere Zeitung. Der Berliner Verband die „Frauenarbeit“, der Münchener Verband „Die Arbeiterin“, der M.-Gladbacher Verband das „Blatt Aufwärts“, welcher etwas absonderliche Titel aber nicht in sozialen, sondern in religiösem Sinne zu verstehen ist.

Die Gründung ist stets von katholischen Geistlichen ausgegangen, die auch das Präsidium in den örtlichen Vereinen haben. Kein Wunder, denn bei der Ausübung des Zweckes der katholischen Arbeiterinnenvereine die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder erst in dritter Linie kommen. Die Zwecke werden in der eigenen Literatur wie folgt aufgeführt: Weckung und Stärkung des religiös-sittlichen Sinnes, Vertiefung der religiösen Kenntnisse und geistige Bildung, Förderung der wirtschaftlichen Interessen und Ausbildung für den zukünftigen Hausfrauen- und Mutterberuf. Der größte der drei Arbeiterinnenverbände, der Berliner, lehnt sogar die gewerkschaftliche Betätigung a u s d r ü c k l i c h ab.

Bei dem mächtigen Einfluß der katholischen Geistlichkeit gerade auf das weibliche Element ist die Zahl von etwa 45 000 „organisierten“ katholischen Arbeiterinnen, unter denen sich übrigens auch noch Dienstmädchen und andere Kategorien befinden, nicht gerade achtunggebietend. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß der Aufschwung ziemlich schnell gekommen ist und daß die Arbeiterinnen eben jetzt im Begriffe sind, sich mit besonderer Energie auf den Arbeiterinnenkampf zu werfen, nicht den Proletarierinnen zuliebe, sondern um sie der Auslieferung durch die sozialistische Frauen- und die freie Gewerkschaftsbewegung zu entziehen.

Ober-Schneeweide. Eine den großen Saal im Schlosspark „Wilhelminenhof“ völlig füllende, fast nur von Frauen besuchte Versammlung hörte am Mittwochnabend einen Vortrag der Genossin Fiey über: „Die Belastung der Frauen durch die neuen Steuern.“ Nach dem Vortrage wurden 107 neue Mitglieder für die politische Organisation gewonnen.

Für die Frauen. Der „Volksworte“, unser Parteiblatt in Steffin, berichtet, daß er durch eine neue Beilage den Frauen die Zeitung wertvoller machen werde. Die Beilage soll jede Woche einmal und zwar am Freitag erscheinen.

### Beseßende.

Reinickendorf-Bef. Freitag, den 3. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, besonderer Umstände halber nicht im Lokal von Wohlfaht, sondern bei Wienhold, Eichbornstraße 87. Vortrag Genossin Kurt Feinig.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Friedrichshagen. Montag, den 6. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, öffentliche Frauenversammlung im Restaurant Witwe Verhe, Friedrichstr. 112. Vortrag der Genossin Verta Lungwig: „Die neuen Steuern und die Stellung der Frauen.“ Panzettelverbreitung zu dieser Versammlung Sonntag vormittag 8 Uhr von den bekannten Bezirkslokale.



**Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.**  
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 20. November verstarb unser Mitglied, Kollege **Wilhelm Noack.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Doppelallee 15/17, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Am 29. November verstarb an Herzschwäche unser Mitglied, der Kollege  
**Paul Wendt**  
(Bezirk Rixdorf)  
im Alter von 55 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstr. 130-137, aus statt.  
190/18 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**August Neumann**  
am 30. November gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Schönhauser Gemeinde-Friedhofes in der Buchholzer Straße aus statt.  
09/18 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands**  
Filiale Berlin III der Wäsche- und Krawattenbranche.  
Allen Kolleginnen, Kollegen und Genossinnen die traurige Nachricht, daß unser langjähriges, stets eifrig und aufopferungsvoll für die Organisation der Arbeiterinnen tätiges Vorstandsmitglied, die Kollegin **Hilberth**  
**fran Emilie Gericke**  
am 2. Dezember nach kurzem Krankenlager im 61. Lebensjahre an den Folgen einer Operation im Bismarck-Krankenhaus verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde in der Doppelallee aus statt.  
(Die Zeit der Beerdigung wird noch bekanntgegeben.)  
Die Ortsverwaltung III.

**Dankagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung (sowie auch für die reichlichen und schönen Kranzgebenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Joseph Radda** sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma D. u. H. Schulz sowie den Sängern und Herrn Schulte für seine tröstlichen Worte meinen herzlichsten Dank.  
38382  
Hilma Mathilde Radda.

**Tischler-Verein E.M. 59.**  
Sonntag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:  
**Versammlung.**  
Vortrag: Erledigung eines Unter-Rückzahlungs-Gesuches. Zahlen der Beiträge. (190/15) Der Vorstand.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

**Touren**  
zum Sonntag, den 5. Dezember, 1-10 Uhr: 12 1/2 Uhr: Stolpe. Sammelort 2 Uhr, Glütende (Schule). Start an den bekannten Stellen.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Bei Husten, Heiserkeit, Berstlichkeit ist Bohms Eibthweigerich-Beuteke das beste und wirksamste Heilmittel, in Paketen a 0.50 M. Eibthweigerich für Kinder a 0.60 u. 1 M. echt nur bei **Franz Behm, Drogerie Rixdorf, Hermannstr. 40.**

# Sonneberger Spielwaren

angefertigt von den organisierten thüringischen Parteigenossen.

## Ausstellung im Gewerkschaftshause

Engelauer 15, Hof parterre geradezu, Saal II, vom

**Sonntag, den 5. Dezember ab täglich von nachmittags 3 Uhr an.**

Der Verkauf dauert von Montag, den 6. bis Sonntag, den 19. d. Mts., ohne Zwischenhandel, die Preise sind von den thüringischen Genossen selbst festgesetzt.  
Die Berliner Parteigenossinnen haben den Vertrieb übernommen und laden zur Besichtigung und Kauf ein.

**Besonders empfehlenswerte Einkaufsquelle für Vereine zu Festbescherungen und Verlosungen.**

# KUNEROL

Nur unter diesem Namen

der auf allen Packeten, Dosen, Flaschern angebracht ist, kaufe man

**KUNEROL** das feinste Cocospeisefett zum Braten Backen Kochen



Generalvertreter für Groß-Berlin: **Erich Strokkorb**, Berlin SW., Kronenbergstr. 30. Tel. A. 8. 3718

Wenn sich eine Cigarette in verhältnismässig kurzer Zeit in so ausserordentlichem Masse die Gänge aller Raucher erwidert, wie unsere

# JOSETTI VERA

CIGARETTE,

dann muss sie unbedingt sehr erhebliche Vorzüge besitzen, die sie anderen Marken überlegen sein lässt. Dass dies wirklich der Fall wird nach gewissenhafter Prüfung Überzeugung eines jeden Rauchers, der sich ein auf Sachkenntnis beruhendes Urteil über Qualität und Güte von Cigaretten bilden kann.

Josetti Vera m. a. o. M. 10 St. 30 Pf.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1250. Charitstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

## Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr, findet die

### Wahl eines Beamten

in folgenden Lokalen statt:

- Sockbrauerei, Chaussee 64.**
- Brannen-Theater, Badstr. 58.**
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.**
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.**
- Karsowskis Restaurant, Bernauer Str. 82.**
- Schulz' Restaurant, Maxstr. 13b.**
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.**
- Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.**
- Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.**
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.**
- Schmidts Festsäle, Lindenstr. 3, 2. Hof.**
- Wiemers Restaurant, Balowstr. 58.**
- Liflins Festsäle, Memeler Str. 67.** 126/14
- Bökers Festsäle, Weberstr. 17.**
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Boxhagen 56.** Alt-
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.**
- do. **Zibells Restaurant, Elbestr. 8.**
- do. **Rückheims Restaurant, Lahnstr. 1.**
- Tempelhof, Müllers Restaurant, Berliner Str. 40/41.**
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.**
- Köpenick, Ritters Restaurant, Hahnstr. 44.**
- Steglitz, Clements Restaurant, Döppelstr. 7.**
- Ober-Schöneweide, Vernisches Restaurant, Wilhelmshof-Strasse 18.**
- Weissensee, Roskops Festsäle, König-Chaussee 38.**
- Pankow, Rozyekis Restaurant, Kreuzstr. 2/4.**
- Spandau, Huhs Restaurant, Linden-Ufer 17.**
- Tegel, Halfes Restaurant, Brunowstr. 23.**

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.  
Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke**, Charitstr. 3.

Sonntag, den 4. Dezember 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75:

## Bezirks-Versammlung der Südenbezirke 8, 9 und 10.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die nächste soziale Zukunft der Frau.“ Referent: **Eduard Bernstein.**
- Um zahlreichen Besuch bitten Die Ortsverwaltung.
- Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
- Eintritt mit Lang 25 Pf.

Sonntag, den 5. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung

aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshause (Saal I), Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **O. Siller** über: „Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter.“
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanangelegenheiten.
4. In Anbetracht des aktuellen und lehrreichen Themas werden alle in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter, Hobler, Bohrer, Feiler, Stoher, bediehligen Schmittarbeiter, an Zugpressen und Stohrwerken Beschäftigte, ferner die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen zu dieser Versammlung eingeladen.
- Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Sonntag, 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Zwischenmänner-Gesellschaftshaus“, Zwischenmänner-Strasse 42.

Montag, 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Königsbau“, Große Frankfurter Strasse 117:

### 2 öffentliche Sängerversammlungen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Eichhorn** über: Was will der Arbeiter-Sängerbund? Diskussion.

Um zahlreichen Erscheinen, auch der nicht dem Arbeiter-Sängerbund angehörenden Gesangsbrüder ersucht

17/16  
S. K.: **Paul Kupfer**, Petersburger Str. 56.

Ohne jede Anzahlung

# Pianos

erstklassiges Fabrikat (Doppel prämiiertes Staatsmedaille) in allen Holz- und Stahlsorten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Berlin, **Ansbacher Str. 1**  
**Conrad Krause Nachf.**, Ecke Kurländerstr., Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.



# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

## Lebensmittel aussergewöhnlich — preiswert —

**Preise nur Freitag und Sonnabend gültig soweit Vorrat**

Apfelsinen	Dtz.	50 Pf.
Datteln im Karton	Kart.	45 Pf.
Tafelfeigen in Kistchen	Kist.	28 Pf.
Traubenrosinen	Pfd.	60 Pf.
Schalenmandeln	Pfd.	80 Pf.
Para-Nüsse	Pfd.	45 Pf.
Franz. Walnüsse	Pfd.	38 Pf.
Haseinüsse	Pfd.	38 Pf.
Mandarinen	Orig.-Korb Pfd. 22 Pf. Pfd.	24 Pf.

2 Waggon

### Tyroler Tafeläpfel

Pfd. 15 und 18 Pf.

### Besonders preiswerte Weine

1907 Grevenmacher	1/2 Fl.	85 Pf.
1908 Wormeldinger	1/2 Fl.	80 Pf.
1908 Siebeldinger	1/2 Fl.	85 Pf.
1908 Edenkobener	1/2 Fl.	75 Pf.

Pa. Bratgänse	Pfd.	60, 66 Pf.
ff. Oderbruch. Fettgänse	Pfd.	68 Pf.
Pa. steyr. Mastputen	Pfd.	83 Pf.
Junge Enten	Stck.	2 <sup>25</sup> 2 <sup>75</sup> 3 <sup>25</sup>
Pa. Suppenhühner	Stck.	1 <sup>50</sup> 1 <sup>80</sup> 2 <sup>10</sup>
Junge Brathühner	Stck.	85 Pf. 1 <sup>10</sup> 1 <sup>40</sup>
Pa. bayr. Waldhasen	gestr. Stck.	2 <sup>75</sup> 3 <sup>75</sup>
Pa. Hirschwild	Ragoul Pfund 25, Blatt Pfund 45, Keuls Pfund 80, Rücken Pfund 90	Pf.
Kasseler Rippespeer	Pfund	78 Pf.
Pa. Pökellungen	Pfund	1 <sup>10</sup>
Kieler Bücklinge	Kiste 20 Stück	58 Pf.

Pa. Stangenspargel	sehr stark	1 <sup>60</sup> 85 Pf.
Stangenspargel	mittel stark	1 <sup>30</sup> —
Prima Brechspargel		1 <sup>10</sup> 60 Pf.
Brechspargel	ohne Köpfe	70, 40 Pf.
Junge Schoten	extra fein	90, 50 Pf.
Junge Schoten II		55, 33 Pf.
Pfefferlinge		50, 30 Pf.
Spinat		40, 25 Pf.
Mirabellen	1/2 Dose	60 Pf.

Ein grosser Posten

Kaffee gebrannt, vorzügl. Qualität	Pfd.	1 <sup>08</sup>
Frühstückstee	Pfund	1 <sup>35</sup>
Deutscher Kakao	Pfd.	75, 90 Pf.

### Besonders preiswerte Weine und Spirituosen

1907 Mouton Fronsac	1/2 Fl.	80 Pf.
1906 Cartelegue Boutin	1/2 Fl.	85 Pf.
Halb und Halb	1/2 Fl. 1 <sup>10</sup> 1/2 Fl.	65 Pf.
Feiner alt. Rum, Verschnitt	1/2 Fl.	1 <sup>20</sup>

### Brandmalerei sämtliche Artikel gezeichnet.

Feuerzeuge	40, 65, 95 Pf.	Likörtablett	25 Pf.	Ofenbank	4 <sup>50</sup>
Kästen in diversen Grössen	60, 90 Pf.	Kartenständer	65, 95 Pf.	Koranständer	6 <sup>00</sup>
Halbmond Consol	85 Pf.	Bücherbrett	1 <sup>95</sup>	Palmständer	6 <sup>25</sup>
Federkasten	50 Pf.	Etagère	2 <sup>85</sup>	Emaillkasten	1 <sup>50</sup>

## Der neue Katalog der Leihbibliothek ist erschienen.

Selowsky's

## Bolero

Zigaretten

jetzt auch  
mit Goldmundstück

10 Stück 20 Pf.

## Das Weihnachts: W Geschenke

Thermos hält kalt und heiss  
ohne Feuer — ohne Eis.

### Original-Thermos Gefässe

Flaschen, Kannen, Krüge, Speisegeräße in den  
verschiedensten Preislagen u. Ausstattungen

Besonders preiswert:

#### Thermos-Simplex-Flasche

NEU! 1/2 Liter Inhalt, à M. 6.— NEU!

Überall zu haben.

Fabrikate ohne die Auf-  
schrift „THERMOS“ weisen  
man unbedingt zurück.



### Große Firma

bergründet durch Privatbank Decken  
scher Str. Gardinen, Teppiche,  
Stores, Portieren, Bilder  
und Uhren. Ohne Anzahlung bei  
keinen Monatsraten.

Keine Kassierer. Offert. U. W. 100  
an „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

### MAMLOK

jetzt  
im 1. Stock  
Alexanderstr. 35  
(kein Laden).  
Mein Herren-  
und Damen-  
Stiefel

a M. 7.75

erfreut sich infolge  
seiner Haltbarkeit  
großer Beliebtheit.

Spezialgeschäft f. Uhren  
in größter Auswahl,  
gut gehend, genau reguliert:  
Royal-Remt-Uhren u. 5 Pf.  
Silberne Remt-Uhren 7 Pf.  
Goldene Remt-Uhren 12 Pf.  
Schlager-Remt-Uhren 9 Pf.  
Schlag-Remt-Uhren u. 2 Pf. an  
Reelle schriftliche Garantie.

### E. Möbis,

14 Bouth-Strasse 14  
n. Café Aschinger a Spittelmarkt

## Arbeiter=

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Geschäft Alexanderstr. 12.

Gilfaten: Landsberger Allee 148.

Rixdorf: Bergstraße 66 am Ringbahnhof.



Partei-Angelegenheiten.

Die Kreis-Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim

findet am Sonntag, den 5. Dezember, mittags 12 Uhr, im Café Bellevue in Nummelsburg, Hauptstr. 2, statt.

- Auf der Tagesordnung steht: 1. Stellungnahme zum Freudentag. a) Allgemeines. b) Das neue Kommunalprogramm. c) Wahl der Delegierten.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder. Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuhören wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen.

Friedenau. Sonntag Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich pünktlich in den bekannten Bezirkslokale.

Königs-Wusterhausen. Sonntag, den 5. Dezember, morgens 8 Uhr, findet die Verbreitung von Flugchriften statt. Empfangnahme des Materials in den bekannten Bezirkslokale, in Widdau beim Bezirksführer Genossen Adolf Tänger.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Unter Weihnachtskaratel.

In den Hunderten von Wohltätigkeitsvereinigungen der Großstadt wird schon seit Wochen wieder mit Hochdruck gearbeitet. Man schlägt sich liebevoll an die mit sogenannter Nächstenliebe plötzlich vollgeproppte Menschenbrust und entdeckt im Kreislauf des Jahres von neuem, daß es Zeit ist, ein paar brillante Wohltätigkeitsfalschmorteales zu kreieren und nebenher nach dem Eindruck auf die Deffentlichkeit zu spielen. Die weihnachtliche Wohltätigkeit, die aus den sonst so verfehlten Herzen der Begüterten heraus mit einem Male förmlich anstehend und explosionskräftig wirkt, hat uns noch niemals irgendwelche besondere Bewunderung abnötigen können. Was man gibt, ist der bekannte Tropfen auf den heißen Stein, und wie man es gibt, ist vielfach nur die selbstbeliebende Modemache ymnütsverfeilter Gesellschaftsclowns. Vor einigen Jahren hat man diese nach außen hin ungemein herzlich schillernde nach innen oft nur schematische oder rein geschäftliche eigensüchtige Betätigung des gefüllten Geldbeutels in ein bescheidenes Sammelbeden geleitet. Man glaubte erkannt zu haben, daß sich an die Weihnachtsstippe gewisse Leute anheften, die dort nichts zu suchen hatten und sich bedauerlicher stellen, als sie waren, oder daß wirklich arme Familien von mehreren Seiten Verunsicherung erfahren und zu viel geschenkt bekamen, während die ärmeren übergegangen wurden. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Da Geschenke verteilt werden, finden sich immer immermaroger ein. Es soll auch richtig sein, daß einzelne Familien, die bei solchen Gelegenheiten „drauf zu laufen“ versuchen, zumgunsten weit ärmerer bedorzugt worden sind. Doch alle diese Bedenken sind auf Grund vereinzelter, allerdings sehr charakteristischer Fälle, stark übertrieben worden. Es ist seitdem nicht besser, sondern schlechter geworden. Offener denn je läßt man die Wohltätigkeitsmaske fallen und bekennst sich unverblümt zu dem Leitmotiv: Wohl nicht zu viel geben, damit die Armut nicht äppig wird! Nicht mit vollem Herzen taufträchtig die ganze Hand, nur vorsichtig und zurückhaltend die Spitze des kleinen Fingers!

Der Schemen der weihnachtlichen Wohltätigkeitsaktion wird sofort klar, wenn wir sehen, wie die Namenslisten der zu bedenkenden Einzelpersonen und Familien zustandekommen. Glaubst nicht etwa, daß die am vollen Tisch sitzenden Sportmänner des Wohltätigkeitsrummels die Armut in ihren vier fahlen Pfählen suchen. Meint ihr, daß es sie geküsst, sich auf die Entdeckungstreife nach der verschämten Armut, die lieber darbt, als bettelt, zu begeben? Da hätten sie viel zu tun und könnten ja nicht ihrem unerfütterlichen Vergnügen nachgehen. Man wartet, bis die Antworter auf den Wohltätigkeits-Tannenbaum sich melden, woran ja leider kein Mangel ist, und nun wird mit Hilfe der bürgerlichen Armenkommissionsmitglieder und der unermüdlichen Gemeindefreiwiliger kräftig sortiert. Die mit der Wurst nach der Spießseite werfen, vor jedem Höhergestellten das Rückgrat verkrümmen und als gewohnheitsmäßige Augenverdrehler auch sonst schon aus den Fleischtopfen der Kirche mitessen, — die werden in Hülle und Fülle bedacht. Welche zynischen, herzlosen Moralpredigten man die andere Blutarme, die aus ihrer Leberzeugung, aus ihrem Haß gegen die göttliche Weltordnung kein Hehl machen, über sich ergehen lassen müssen, ehe man ihnen vielleicht doch noch eine winzige Kleinigkeit hinwirft — gerade das ist das Empörendste an diesem modernen Weihnachtsport, der sich Wohltätigkeit schimpft.

Es fällt uns gewiß nicht ein, das Kind mit dem Bade ausschütten zu wollen. Manchem bescheidenen Armen wird sicher eine immerhin nicht zu verachtende Annehmlichkeit bereitet. Es soll auch nicht wenige Wohltäter geben, die mit dem Herzen bei der Sache sind. Ueber die wahre, furchtbare Not des Volkes im Gegensatz zu dem Leberfluß und dem Schlenkermertum der Besitzenden kann uns diese kurze Periode, in der alljährlich die Wohlhabenheit in einem Meer von Nächstenliebe plätschert, nicht hinwegtäuschen. Das innerste Wesen der Weihnachtswohltätigkeit ist und bleibt eine künstlich erzeugte Gata Morgana. Man zeigt dem Notleidenden an diesem einen „Tage der Liebe“ eine Wenigkeit von Lebensfreude, um ihn hinterher desto tiefer und verlassener in sein Elend zurückzuführen zu lassen. Schafft ihr da oben auf den Höhen des Genußlebens andere, menschlichere soziale Zustände... bezahlt die Knochenarbeit, aus der ihr das Mark saugt, nach Gebühr, — dann wird die Armut dezimiert und verzahlet getrost auf den goldstürrigen Strohhalm eurer Weihnachtswohltätigkeit.

Aber andere soziale Zustände herbeizuführen, ist Sache des Klassenbewußten Proletariats selbst; da darf die arbeitende Klasse nicht auf Hilfe von außen rechnen.

Kahle Aeste.

Wie sehr auch warme Regen und laue Winde im Frühling das Hervorbrechen der Knospen beschleunigen mögen, es hat doch seine Weile und braucht seine Zeit, bis aus einem leisen grünen Schimmer eine üppige Vegetationsdecke geworden ist. Die Farbe des Winters aber kommt wie der Dieb über Nacht. Man reißt sich den Schlaf aus den Augen und sieht es weiß vom Himmel rieseln und einen kalten glitzernden Flaum Dächer und Gärten, Straßen und Dämme mit der gleichen Uniform überziehen, die der Reiz der Neuheit anziehend macht, bis der Verkehr und Staub und Regen das Weiß in Grau und den Reiz in Gleichgültigkeit wandeln. Vom kalten Himmel und dem klaren Frost heben sich die kahlen Aeste scharfer ab als zuvor. Ein letztes Blättchen zittert noch am Ende schlanker Zweige vor Frost, es schauert zurück vor dem Wege, den wir alle gehen müssen.

Aber die kahlen Aeste sprechen nicht vom Tode, sie reden vom Leben. Sie sind nicht kahl, außer für den Kurzsichtigen. Reihenweise stehen die Knospen daran, und wer nach Birken, Erlen und Haseln schaut, der sieht schon jetzt in Menge die Nähnchen daran, die der Frühlingssonne harren. Wie alle Knospen, sind sie schon im Laufe des Sommers entstanden, denn das Leben aller Pflanzen und aller Wesen heißt Verjüngung. Derselbe Stoff, der in braunen, verwelkten Blättern nun mit Frühen getreten wird, er ist es auch, der in Form frischer Knospen frisch und frisch, jeder Winterfalte zum Trotz, an den Aesten sitzt. Uebers Jahr werden auch diese Knospen fallen, um wieder aufzuerstehen. Denn die alte Mär von der Auferstehung ist nur die dichterische und religiöse Form, die die unantastbare Wahrheit vom Kreislauf alles Geschehens und alles Lebendigen gefunden hat.

Wer die kahlen Aeste in die kalte Luft ragen und das weiße Feld über dem Lebendigen und dem Toten sich breiten sieht, der soll nicht schauern und nicht zagen. Es ist nur ein Uebergang, der immer wieder den Sieg des Lebens zeigt.

Wie der Kirchenliberalismus sich auf den „Vorwärts“ beruft.

Im Oktober meldete das „aristokratische“ Blättchen „Reich“, in der Stephanuskirche auf dem Gesundbrunnen habe man eines Sonntags den Hauptgottesdienst, wegen mangelhafter Beteiligung ausfallen lassen. Das war vor den Kirchenwahlen, und die Rücksicht auf sie erklärte auch, warum das sonst der Kirche so eifrig dienende Blättchen diese die Kirche so arg bloßstellende Notiz gebracht und sogar die höhrende Spitzmarke „Berliner Kirchenpleite“ darüber gesetzt hatte. In der Stephanuskirche ist die liberalkirchliche Richtung oben auf, und ihr geht der Kampf, mit dem die Notiz die Strenggläubigen zur Teilnahme an der Wahl anfeuerte. Als dann der Kirchenrat der Stephanuskirche die ganze Notiz für unklar erklärte, aber das „Reich“ dessen ungeachtet sie voll aufrecht hielt und „es vorerst dahingestellt lassen“ zu sollen meinte, ob der Gemeindefiskusrat oder der eigene Gewächsmann „die Wahrheit gesprochen“ habe, wurde dem Blättchen eine Beleidigungsbeklage angedroht. Jetzt wird gemeldet, das Konsistorium habe den Wunsch des Kirchenrates erfüllt und Strafaustrag gestellt. War das nötig? Hätte es nicht genügt, jene Selbstdemütigung der über „Kirchenpleite“ wühlenden „Frommen“ des „Reich“ lediglich niedriger zu hängen?

Niedriger hängen möchten wir bei dieser Gelegenheit ein und erst jetzt bekannt gewordenen Flugblatt, das nach jenem „Kirchenpleite“-Streit vom „Kirchlichliberalen Wahlausgang der Stephanuskirche“ verbreitet wurde. Es forderte auf, bei den Kirchenwahlen gerade deshalb liberal zu stimmen, weil das orthodoxe „Reich“ die Stephanuskirche „zum Spott gemacht“ habe. Zitiert wurde, was darüber sogar der „Vorwärts“ geschrieben habe. Von der Ansicht ausgehend, in einem Arbeiterviertel werde ein Pastor mangelhaften Kirchenbesuch als die Regel hinzunehmen gewöhnt sein, hatten wir geschrieben:

„Daß in einer solchen Stadtgegend, die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt ist, ein Pastor den Gottesdienst, wegen mangelhafter Beteiligung, ausfallen lassen, will uns eigentlich nicht recht glaubhaft erscheinen. Schwerlich werden da die Verkünder des Gotteswortes so verwöhnt sein, daß sie ein Häuflein von wohlgezählten zwölf Besuchern für gar zu winzig halten. Wir vermuten, daß in Berlin schon mancher Pastor froh war, wenn immer noch zwölf zu seinen Füßen saßen und ihm zuhören wollten. Indes, das hochtrabende „Reich“ muß es ja wissen und wird jene Nachricht nicht ungeprüft der Deffentlichkeit übergeben haben.“

Aus diesen vier zusammenhängenden Sätzen ließ nun das Flugblatt die beiden mittleren weg (die wir diesmal durch Sperrendruck hervorgehoben haben) und gab nur den ersten und den letzten, sodas Sinn und Absicht unserer Ausführungen verdunkelt wurden. Und fast in ihr Gegenteil wurden sie verkehrt durch die Bemerkung, die das Flugblatt aus Eigenem hinzufügte:

„Wie es scheint, kennt der „Vorwärts“ die kirchlichen Verhältnisse des Gesundbrunnens besser als dieses kirchliche Blatt.“

So beruft der Kirchenliberalismus sich auf den „Vorwärts“! Wir brauchen über diese Art des Zitierens kein Wort weiter zu sagen, sie richtet sich selber.

Zum Schnellbahnsreit.

Die von der Regierung ausgearbeiteten Einigungsvorschläge in der Schnellbahnfrage wurden am Mittwoch von der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung verworfen. Stadtv. Dr. Heintz setzte als Berichterstatter des Verkehrsausschusses auseinander, warum Wilmersdorf sich auf den bekannten Vorschlag vom 26. Oktober nicht einlassen könne. Sache der Hochbahngesellschaft sei es nun einmal, den ursprünglichen Vertrag, der einen Durchgangsverkehr ins Innere Berlins gewährleistete, zu erfüllen. Nehme Wilmersdorf aber den in Berliner Polizeipräsidium vorgelegten Einigungsvorschlag an, so ginge nicht nur der direkte Verkehr mit dem alten Berlin verloren, sondern es sei gleichfalls mit Sicherheit zu befürchten, daß bei der später zu erwartenden hohen Entwidlung des Schnellbahnverkehrs auch die direkte Verbindung mit dem Zentrum aufgehoben werde und die Wilmersdorfer Bahn endgültig ihre Endstation am Wittenbergplatz erhalte.

Stadtv. Dr. Wolff trat für die Anbahnung neuer Einigungsversuche ein und beantragte zu diesem Zweck, die Beschlußfassung auf vier Wochen zu vertagen.

Vor diesem Schritt warnte Bürgermeister Peters, der im Namen des erkrankten Oberbürgermeisters die Erklärung abgab, daß auch dieser bei genauerer Prüfung sich von der Schädlichkeit des Einigungsprojektes überzeugen habe, obgleich von ihm am 26. Oktober die Erklärung abgegeben worden sei, daß er den Vorschlag in der Stadtverordnetenversammlung beizustimmen wolle. In der weiteren Erörterung brachte dann Dr. Heintz die Meinung aus, daß das von den Vertretern der Regierung so warm empfohlene Einigungsprojekt durchaus mit einem bereits im

Mat dieses Jahres von der Hochbahngesellschaft ausgearbeiteten Projekt übereinstimme. Als man den Vertreter der Hochbahngesellschaft auf diese Tatsache aufmerksam machte, habe er harmlos erwidert, daß es doch nicht die Schuld der Gesellschaft sei, wenn das Verkehrsministerium in Verkehrsfragen dieselben Gedanken habe wie sie. Gegen acht Stimmen beschloß die Stadtverordnetenversammlung schließlich, den Einigungsvorschlag der Regierung abzulehnen.

„Intelligente“ bürgerliche Wahlmänner.

Zu der aus dem freisinnigen Wahlbureau stammenden Nachricht, daß bürgerliche Wahlmänner im sozialdemokratischen Wahlbureau ihre Stimme für den Prediger Runge abgegeben hätten, wird von der Zeitung des sozialdemokratischen Wahlbureaus berichtet: „Das von unserer Partei eingerichtete Wahlbureau befindet sich im Garten weit rechts vom amtlichen Wahllokal in einem kleinen Nebenfaal. Am Eingang zu demselben waren zwei deutlich lesbare Plakate angebracht, die auch nicht den geringsten Zweifel lassen konnten, daß hier das sozialdemokratische Wahlbureau sei. Die freisinnigen hatten den Mittelgang, der direkt zum amtlichen Wahllokal, dem Hauptfaal der Pagenhofer Brauerei, führte, zu beiden Seiten mit großen Plakaten an langen Stangen eingesäumt und eine Anzahl Wahlkoffer an diesem Wege stationiert. Vor der Tür des amtlichen Wahllokals hatten sie ebenfalls zwei dieser großen Plakate aufgestellt. Im Zureingang stand stets ein weislich erkennbarer Magistratsbeamter in voller Uniform.“

Da viele unserer Wahlmänner mit den örtlichen Verhältnissen des großen Lokals nicht vertraut waren und die Verpflichtung hatten, sich im sozialdemokratischen Wahlbureau zu melden, wurden sie von unseren Stimmzettelverteilern mit den Worten: „Unser Wahlbureau befindet sich dort rechts“ darauf hingewiesen. Wenn nun der eine oder andere der bürgerlichen Wahlmänner gedankenlos unseren Wahlmännern folgte und erklärte, daß er den Prediger Dr. Runge wählen wolle, so ging uns das gar nichts an. Wir haben wirklich die Intelligenz einiger unserer Gegner zu hoch eingeschätzt, denn daß sie ein paar Genossen, die in diesem kleinen Nebenfaal am Tische sitzen und unsere Listen führen, für einen amtlichen Apparat halten konnten, hatten wir nie gedacht. Weiter sind wir aber auch der Meinung, daß es eine bestimmte Absicht gewesen sein kann, dort die Stimme abzugeben, um bei einer etwaigen Wahl des Genossen Hoffmann sofort einen Protest einlegen zu können. Denn es ist doch kaum anzunehmen, daß ein Mann wie Herr Maurermeister Karl Brederod und andere Herren aus Unkenntnis dort ihr Wahlrecht ausüben wollten.

Ueber eine Massenverhaftung bei einer Baumvollstreckung wird in hiesigen Zeitungen berichtet. Dem Exporthaus Gebr. Friedländer u. Waag in der Bischoffstr. 6-8 sollten von Hausdiener für über 100 000 M. Waren gestohlen worden sein. Nach Beobachtungen, die das Detektivinstitut „Jus“ fünf Tage lang anstellte, wurden denn auch als die angeblichen Diebe zwei Hausdiener, der Fahrstuhlführer, ein Handlungsgeselle und der Personalführer verhaftet. Nach einem langen Verhör durch die Kriminalpolizei wurden die festgenommenen gestern ohne Ausnahme wieder entlassen. Für die Anschuldigungen wurde auch nicht der geringste Beweis beigebracht, nicht einmal irgend ein Anhalt. Was die Detektivs zusammengetragen hatten, waren Phantasiegebilde. Ein Verhafteter wurde z. B. beschuldigt, gestohlene Sachen bei einem Pfandhändler versteckt zu haben. Ein Detektiv hatte ihn dabei beobachtet. Es ergab sich bei der Nachprüfung, daß der Mann allerdings beim Pfandhändler gewesen war, aber nur, um ihm einen alten Leberzieher abzukaufen. Es fehlt auch an einem Nachweis, daß die Unterschlagungen oder Diebstähle überhaupt stattgefunden haben. Jedenfalls haben die verhafteten Leute mit etwaigen Veruntreuungen nichts zu tun. Ihre Beschuldigungen werden wohl noch ein Nachspiel haben.

Vom Kahn herabgestürzt und ertrunken. Von einem belagerten Gesicht ist die Ehefrau des Schiffers Wech aus Eberswalde betroffen worden. W. hatte mit seinem Fahrzeug auf der Havel vor Anker gelegen. Abends verließ er den Kahn, um nach Berlin zu fahren und hier Verwandte aufzusuchen. Als er dann wieder nach der Havel zurückkehrte, fand er auf der Oberfläche der See einen weiblichen Leichnam, in dem er zu seinem Schreck seine Frau erkannte. Die Unglückliche hatte wahrscheinlich nach ihrem Banne Ausschau halten wollen und war dabei vom Landungsbreit abgestürzt und ertrunken.

Spielwaren-Ausstellung. Die Ausstellung der Sonneberger Spielwaren (angefertigt von den organisierten Thüringer Parteigenossen) findet am Sonntag, den 6., bis einschließlich Sonntag, den 19. Dezember, im Gewerbefachhaus Saal 11 statt. Der Verkauf der Spielwaren beginnt Montag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr.

Die Arbeiter-Dilettanten-Kunstaussstellung, Potsdamer Straße 4, wird, wie wir hören, noch bis zum 15. d. Mts. geöffnet sein. Wir empfehlen allen Genossen, die sich für künstlerische Bestrebungen interessieren und einmal sich überzeugen wollen, was Arbeiter ohne alle und jede Vorbildung leisten können, den Besuch der Ausstellung. Wenn irgendwo, so zeigt sich hier, wie ungezählte Talente und genial veranlagte Naturen in der bürgerlichen Welt nicht zur Geltung kommen, weil ihnen die Gelegenheit oder die Bedingungen zum Emporkommen fehlen. Die Ausstellung wird im Januar in die Räume des Gewerkschaftshauses wandern und wird dort das Eintrittsgeld, das jetzt 1 M. beträgt, erheblich niedriger sein. Wenn es aber auf das höhere Eintrittsgeld nicht ankommen braucht und die jetzigen Ausstellungsräume bequem liegen, empfehlen wir jetzt den Besuch. Die Ausstellung kann bis abends 9 Uhr besucht werden.

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Bürgerfaale des Rathauses einen Vortragabend. Professor Dr. Lazarus spricht über: „Die Geschlechtskrankheiten in ihren Beziehungen zu Erkrankungen von Herz und Atmungsorganen“.

Feuerwehrbericht. Am Mittwochabend während der Vorstellung kam durch elektrischen Kurzschluss im Rinko Busch Feuer aus. Es brannte ein herabhängendes Kabel einer Wagenlampe. Die Gefahr wurde von der anwesenden Feuerwehr schnell beseitigt. Das Publikum blieb ruhig. Wegen ein\* Schaufensterbr\*des erfolgte ein Alarm nach der Neuen Jakobstraße 22. Fuß- und Weißwaren brannten dort.

Vorort-Nachrichten.

Hirsdorf.

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen bilden den Gegenstand der Erörterungen in der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins. Es handelt sich um die Nachwahlen, die wegen des Ablebens des Genossen Ostermann und der Mandatsniederlegung des Genossen Füllgraf im 22. und 24. Bezirk dritter Abteilung notwendig geworden sind, sowie um die Wahl von zwei Stadtverordneten im Stadtbezirk der zweiten Wählerabteilung.

Genosse Dr. Silberstein, der in der Generalversammlung das Referat hatte, beleuchtete in anschaulicher Weise die kon-



munalen Verhältnisse Rixdorfs und zeigte, daß auf den verschiedenen Gebieten eine Reihe durchgreifender Verbesserungen eingeführt werden müssen, wenn nicht nur die Interessen der Bemittelten, sondern auch die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, die in Rixdorf die große Mehrheit bildet, ausreichend berücksichtigt werden sollen. Der Referent wies auch darauf hin, daß diese Wahlen vollzogen werden unter der Herrschaft des durch den bekannten Wahlrechtsraub verschlechterten Wahlrechts nach dem Prinzip des anderthalbfachen Durchschnitts, wonach von den Wählern der dritten Klasse mehr Steuern aufgebracht werden wie von denen der ersten und zweiten Klasse zusammen genommen. Es gelte zu zeigen, daß unsere Parteigenossen trotz des verschlechterten Wahlrechts das Feld behaupten.

In der regen Diskussion betonten mehrere Redner, durch das verschlechterte Wahlrecht sei eine wesentliche Verschiebung in der Klasseneinteilung der Wähler eingetreten. Viele Angehörige des Mittelstandes, zahlreiche Beamte, die früher der zweiten Klasse angehörten, wählen jetzt in der dritten Klasse. Die bürgerlichen Parteien trügen sich infolgedessen mit der Hoffnung, es werde ihnen gelingen, uns nicht nur die zweite Klasse völlig zu sperren, sondern uns auch in der dritten Klasse Mandate abzuschneiden. Deshalb müssen unsere Genossen den diesmaligen Wahlkampf mit viel mehr Energie führen, wie sie es bisher, wo ihnen der Sieg nicht streitig gemacht werden konnte, zu tun gewohnt waren. — Ein Redner richtete an unsere Parteigenossen in der Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, die Genossen auch über die Vorgänge in den Kommissionen zu informieren. Wenn dies immer gelingen würde, dann würde einer der bekanntesten Wahlrechtsverschlechterer, der Buchdruckereibesitzer Glasmann, wahrscheinlich nicht wiedergewählt worden sein, denn er habe sich, was erst nach den letzten Wahlen in kleinen Kreisen bekannt geworden sei, einer Steuerhinterziehung im Betrage von 3000 M. schuldig gemacht und sei mit Zahlung des sechsfachen Betrages der hinterzogenen Summe bestraft worden. — Diese Mitteilung erregte Aufsehen in der Versammlung.

Als Kandidaten wurden die Genossen Jäck für den 2., Keil für den 4., Lennig und Dreil für den Nordbezirk aufgestellt. Hierauf wurden Vereinsangelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende teilte mit, daß am Freitag die Bibliothek des Vereins in der Ideal-Passage eröffnet wird und die Bücherausgabe von 7 bis 10 Uhr abends erfolgt. Für die Ausgabe von Jugendchriften, welche Mittwoch und Sonnabends nachmittags erfolgt, wurden die Genossen Hanemann, Stieler, Köllner und Schalte bestimmt. Die Versammlung stimmte einem Beschlusse des Vorstandes zu, den Ausschluß des Mitgliedes Steinmeier Vossinger zu beantragen, weil er sich laut Feststellung seiner Gewerkschaft des Tarifbruches schuldig gemacht hat.

Das Kuratorium der Wobbinstiftung beschloß in seiner Sitzung, daselbe Vorhaben bei der Prüfung der Unterstützungsgesuche zu beobachten, wie es von dem Kuratorium für den Wohltätigkeitsfonds seit längerer Zeit gehandhabt wird. Hierauf folgte die Festsetzung des Voranschlags für 1910. Die Zinsen von dem 50 000 M. betragenden Vermögen sowie etwa unverteilt gebliebene Beträge aus dem Vorjahr sollen als Unterstützungen zur Verteilung kommen.

Von den bisher eingereichten 20 Unterstützungsgesuchen mußten 2 Besuche abgelehnt werden, weil die Antragsteller die Sogungsbedingungen nicht erfüllt hatten. Die übrigen 18 Anträge wurden zur weiteren Prüfung gegeben. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß aus den Listen der Wobbinstiftung nur an nicht unter 55 Jahre alte hilfsbedürftige, würdige Rixdorfer Einwohner beiderlei Geschlechts gewährt werden, wobei solche Personen zu bevorzugen sind, die mindestens seit 10 Jahren in Rixdorf gewohnt und nach Kenntnis der Rixdorfer Armenverwaltung noch niemals aus eigenem Antriebe Armenunterstützung nachgesucht haben.

Den Parteigenossen zur Kenntnisnahme, daß sich die Bibliothek des Wahlvereins jetzt Kuldstraße 55/56 (Ideal-Passage) befindet und heute eröffnet wird. Geschäftszeit täglich 7—10 Uhr abends.

Die Extraausgabe der Jugendchriften erfolgt Mittwoch und Sonnabend in der Zeit von 4—7 Uhr.

## Steglitz.

In besammernswertem Zustande stellte sich gestern abend der 16jährige Fürsorgegehaltig Bill Schulz aus Berlin der hiesigen Polizei. Der junge Mensch war aus der Fürsorgeanstalt in Neuenhagen entflohen und hatte sich seitdem hungernd und frierend in der Umgebung Berlins umhergetrieben. Vergeblich verfuhr der Fürsorgegehaltig sich Essen und ein Nachtlager zu verschaffen. Vom zuständigen Hülfer und Mütter getrieben, so daß er hart Geprüfte schließlich vor, sich der hiesigen Polizeibehörde zu stellen.

## Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung zog in ihrer Sitzung vom Mittwochabend aus dem Fall Schumann die erforderlichen Konsequenzen und schritt zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers. Mit 22 von 39 Stimmen wurde das Amt dem Stadtverordneten Professor Dr. Leidig übertragen, der vorher schon das Amt eines Stellvertreters ausgeübt hatte.

## Charlottenburg.

Ausstellung empfehlenswerter Jugendchriften. Am Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, wird im Volkshaus, Rosinenstr. 3, unsere diesjährige Weihnachtsausstellung eröffnet. Dieselbe findet statt in der Zeit vom 5. bis 19. Dezember und zwar wochentags von 5—10 Uhr und Sonntags von 8—3 Uhr nachmittags. — Der gute Erfolg, den wir im vorigen Jahre hatten, läßt uns hoffen, daß das Bestreben, den proletarischen Kindern nur wirklich gute Bücher in die Hand zu geben, auch unter den Charlottenburger Arbeitern immer mehr Beachtung findet. Wie im vorigen Jahre, so kommen auch diesmal wiederum illustrierter Wandkalender, gute Klassikerausgaben und Parteischriften für die Erwachsenen zur Ausstellung und zum Verkauf. — Wir erwarten, daß sich die Charlottenburger Arbeiter recht tege an dem Besuch der Ausstellung beteiligen werden. Der sozialdemokratische Wahlverein Charlottenburg.

## Schöneberg.

Ueber die Beschreibungen der Haus- und Grundbesitzvereine referierte Herr Albert Kohn in der am 20. November er. stattgehabten, zahlreich besuchten ordentlichen Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Stadt Schöneberg. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Stadt Schöneberg protestiert auf das entschiedenste gegen jeden Versuch, die Versorgungsbestimmungen für Groß-Berlin im Sinne einer abermaligen Verdrängung der Bauweise zu erstreben und damit die Existenzbedingungen der Groß-Berliner Bevölkerung auf diesem Gebiete noch weiter zu verschlechtern. Die Krankenkassen haben bereits jetzt unter all den schlechten Wohnungsverhältnissen, in welchen sich der größte Teil ihrer Mitglieder befindet, außerordentlich schwer zu tragen und erwarten deshalb im Gegenteil eine durchgreifende Reform der Groß-Berliner Wohnungsverhältnisse für unerlässlich und unausschiebbar; ganz besonders auch im Interesse der Volksgesundheit und der Jugendfürsorge.

Eine Jugendchriftenausstellung findet wie in den Vorjahren so auch in diesem Jahre im Tunnel der Neuen Mathausstraße, Meiningergasse 8, statt. Die Ausstellungen früherer Jahre haben gezeigt, daß das Bestreben der Arbeiterschaft, die Schundliteratur von ihren Kindern fernzuhalten, in starkem Maße vorhanden ist. Dann legte

der Karle Besuch sowie auch der erfreuliche Umsatz von Schriften bereitetes Zeugnis ab. Die Ausstellung ist geöffnet am Sonntag, den 5., 12. und 19. Dezember, nachmittags von 4 bis abends 9 Uhr. Es wird erwartet, daß die Arbeiterschaft dieselbe rege besucht.

## Klein-Schöneberg-Zichtenau.

Der Anschlag auf das kommunale Gaswerk ist mißglückt, die Einprüfer sind jetzt in allen Instanzen zurückgewiesen worden. War dieses Resultat auch mit Bestimmtheit zu erwarten, so ist es doch einer Clique von Gemeindefürsorgern, deren Treiben wir bereits mehrere Male gebührend gekennzeichnet haben, gelungen, den Bau ein Jahr zu verschleppen und, da der Winter bevorsteht, nach auf längere Zeit zu unterbinden.

Im Sommer 1908 beschloß die Gemeindevertretung den Bau der Gasanstalt. Als geeigneter Platz wurde der sogenannte Richterberg anberathen; es wurde auch sofort mit den Vorarbeiten begonnen. Wegen dieses Beschlusses lief eine Handvoll Grundstücksbesitzer, die ersten einmal die Gasversorgung der Gemeinde einem Privatunternehmer anzuhängen wollten, dann aber auch diese Gelegenheit beim Schopfe nahmen, um Vergeltung gegen die ihnen mit auferlegte Wertzuwachssteuer zu üben, Sturm. Die Separationsgemeinde wurde rebellisch gemacht, worauf dieselbe gegen den Bau auf dem Richterberg Protest einlegte. Da die Gemeinde die Verpflichtung übernommen hatte, vom 5. März 1909 ab den Bahnhof Rixdorf mit Gas zu versorgen, war sie gezwungen, einen neuen Bauplatz zu suchen. Dieser wurde gefunden und durch Ankauf von Nebenparzellen entsprechend vergrößert. Kaum war jedoch mit Zustimmung des Landrates hier der Bau in Angriff genommen, so legte es — wieder von derselben Clique — neue Proteste. Diese wurden erhoben gegen die provisorische Baugenehmigung, gegen den Bau überhaupt, gegen den neuen Bauplatz, gegen den Kauf der Nebenparzellen, gegen die Pflasterung der Zufahrtstraße usw. Sämtliche Einsprüche wurden durch alle Instanzen bis zum Minister durchgefochten, wobei noch zu bemerken ist, daß die Protestler den Rekurs stets am Ende der Berufungsfrist erhoben — Verschleppungstatistik auf Gemeindekosten! Ist auch der saubere Plan der Clique, durch die Vergeltung des Baues die Gemeinde um ihren Hauptabnehmer, den Eisenbahnbetrieb zu bringen und damit das Gaswerk totzuliegen, nicht geglückt, so hat sie doch vermocht, den Bau bis jetzt zu inhibieren und die Gemeinde um zirka 15 000 M. zu schädigen, die nun wieder die Steuerzahler aufzubringen haben. Charakteristisch für das gemeingefährliche Treiben dieser Leute ist es, daß sie jeden neuen Streich in zynischer Weise öffentlich bekanntgeben mit dem Hinweis, daß noch weitere folgen werden. So erlebte man dann das Schauspiel, daß in den Straßen Röhren lagen, Handlader standen und die Häuser Gasanklässe hatten — ohne Gasanklässe; in den Käseblättern niedrigster Qualität dagegen schimpften die Verantwortlichen dieses Zustandes über schlechte Beleuchtung, über die Gemeindevertretung u. a. m. Eine Komödie könnte man es nennen, wenn das Wort Niedertracht nicht passender wäre.

Und diese Personen haben noch die Eitelkeit, sich zur Gemeindevertreterswahl im Frühjahr als Kandidaten zu empfehlen; die Arbeiterschaft wird den Wahlkampf mit dem Rufe aufnehmen: Nieber mit der Claqueurwirtschaft! Für und ist der Ausgang nicht zweifelhaft.

## Groß-Lichterfelde.

Der hiesige Wahlverein nahm in seiner letzten Versammlung Stellung zum preussischen Parteitag. Genosse Wenzel wies in seinem einleitenden Referat auf die politische bewegte Zeit hin, in welche die Tagung des preussischen Parteiparlaments fällt. Nach einer Würdigung der in den letzten Monaten in Deutschland stattgefundenen für die sozialdemokratische Partei erschütternden und für die Zukunft bedeutsamen Wahlkämpfe kam der Referent auf die Verfassungskämpfe in Süddeutschland und den bevorstehenden, die politische Zukunft des Reiches entscheidenden Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht. In diesem Zeichen stehe auch die Tagesordnung des preussischen Parteitages. Im Hinblick auf diese im Vordergrund des politischen Interesses stehende Frage erhebe es nicht angezweifelt, die Verhandlungen des Parteitages mit weniger wichtigen Angelegenheiten zu belasten. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und wählte zur nächsten Kreisgeneralversammlung die Genossen Riege und Senf, als Ergänzung Wiemann. Genosse Schönwetter machte darauf aufmerksam, daß der Gefangenenverein „Lichterfelde“ sein Stiftungsfest in dem gerippten Lokal von Deine in Pantlitz abhalte und Abzug für seine Willetts bei den Arbeitern suche. Man möge sie unter allen Umständen zurückweisen. Genosse Großkopf machte bekannt, daß der Arbeiter-Gefangenenverein „Lichterfelde Männerchor“ am ersten Weihnachts-Feiertage im „Kaiserhof“ ein Vergnügen veranstaltet, zu dem die Parteigenossen eingeladen seien. Der vom Bund ausgeschlossene Verein „Einigkeit“ halte Weihnachtsfeierlichkeiten ebenfalls ein Vergnügen ab; Willetts dieses Vereins seien ebenfalls zurückzuweisen. Genosse Hecht wendet sich gegen diese Auffassung; man könne wohl darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um keinen Arbeitergefangenen handle; eine Aufforderung zum Fernbleiben würde jedoch eine Schädigung des Genossen Richter bedeuten, die natürlich nicht beabsichtigt sei. — Eine Reihe neuer Mitglieder wurde aufgenommen.

## Lichterberg.

In der aufbesuchten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins referierte Genosse Schütte über den bevorstehenden preussischen Parteitag. In den Vordergrund seines Referats rückte der Referent die Wahlrechtsfrage; er forderte auf in eine tege Agitation zur Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts einzutreten. Jedenfalls werde der kommende Preussentag fruchtbarer Arbeit leisten, um dem jetzigen reaktionären Zustande in Preußen ein Ende zu bereiten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Bei der Wahl eines Delegierten zum Preussentag wurde der Genosse Wähler vorgeschlagen.

## Dranienburg.

Ein unglückliches Unglück ereignete sich gestern mittag in Dranienburg. Ein Schiffer eines Dampfers, der auf dem Dranienburger Kanal fuhr, schaute bei der Durchfahrt durch die Weltener Brücke aus der seitlichen Luke des Dampfers und beachtete nicht, daß der Dampfer bereits an die Brückenpfeiler herangekommen war, wodurch ihm der Kopf abgerissen wurde. Der Unglückliche war sofort tot.

## Tegel-Vorsigwalde.

Eine Ausstellung empfehlenswerter Jugendchriften, verbunden mit einer Ausstellung von Wandkalender wird am Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr im Lokal von Sorrer, Schillerstraße 80 eröffnet. Die Ausstellung ist bis einschließl. Sonntag, den 12. Dezember geöffnet am Sonntagen von 2—7 Uhr nachmittags, an Wochentagen von 7—9 Uhr abends. Ein Besuch dieser Ausstellung kann der Arbeiterschaft nur empfohlen werden. Eintritt unentgeltlich.

## Zpandau.

Für die Einführung der Wertzuwachssteuer soll sich dem „Anf. d. B.“ zufolge der hiesige Magistrat erklären haben. Das Blatt weiß sogar zu berichten, daß die Steuerordnung der Stadt Schöneberg zu Grunde gelegt ist. Wenn dem so ist, wird hoffentlich die Stadtverordnetenversammlung nicht lange zögern, der Stadt diese beträchtliche Einnahmequelle zu erschließen. Es können uns so weniger die bürgerlichen Vertreter der Einführung dieser gerechten Steuer Hindernisse in den Weg legen, weil sie ja bei jeder Gelegen-

heit und nicht zuletzt vor den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung stets erklärt, Allgemeininteressen wahrzunehmen zu wollen. Sollten wider Erwarten diese Herren ihr Versprechen vergessen haben, so können sich die Wähler bei ihnen bedanken.

## Vermischtes.

Auf der Seehundsjagd. Sealskin ist jetzt im Winter wieder ein beliebter Pelzschmuck, der uns mit seinem weichen Glanz in Jaden und Boas entgegenstrahlt. Wenige derer, die sich mit dem Fell des Seehundes zieren, werden wohl daran denken, daß diese Tiere der Gegenstand einer der romantischsten Industrien der Welt sind und unter den mannigfaltigen Fährnissen und Schwierigkeiten gejagt werden. Mehr als eine Million Helle von jungen Seehunden, die nicht älter als fünf Wochen sind, werden in jedem Frühjahr von den Seehundjägern in den nordatlantischen und arktischen Gewässern getötet. Zu dem gefährlichen und abenteuerreichen Beruf des Seehundjägers stellen die Neufundländer das größte Kontingent, während Estimos, Russen, Isländer, Dänen und Norweger die Minderheit bilden. Die statischen und gut organisierten Flotten, die alljährlich zur Seehundsjagd ausziehen, gehen in den verlassenen Eiswüsten der arktischen Gebiete einer dunklen Zukunft entgegen, in der viele Schiffe den Untergang finden und die Jäger sich oft nur durch heldenhaften Kampf mit den Elementen retten können. Im letzten Frühjahr gingen zwei große Dampfer völlig zugrunde, zwei andere wurden so schwer beschädigt, daß sie im Schlepptau heimgebracht werden mußten. 8000—10 000 mutige, kraftvolle Fischer widmen sich heute, so erzählt das „Wide World Magazine“, der Jagd nach den Robben auf den Eisfeldern der Küste von Labrador. Zwei Seehundsjäger werden hauptsächlich in diesen schwebenden Eiswüsten gefunden, die man nach ihrem Aussehen Harfen- und Hakenrobbe nennt. Die Hakenrobbe ist größer als die Harfenrobbe, und das männliche Tier untercheidet sich vom Weibchen durch einen besonderen Haken, der in Gestalt einer ausladenden Klappe entwickelt ist. Im Mitte Februar verlassen die Robben das Wasser und siedeln sich auf den großen gefrorenen Eisfeldern an, um hier die Jungen aufzuziehen. Diese Plätze bleiben immer denselben und verdrängen sich höchstens um wenige Kilometer; sie liegen nördlich vom 15. nördlichen Breitengrad und etwa 50—100 englische Meilen weit von der Küste von Labrador. Die Jungen entwickeln sich innerhalb weniger Wochen außerordentlich rasch; schon nach 14 Tagen wiegt das mit Fett gepolsterte Fell einer jungen Robbe etwa 50 Pfund. Um diese Zeit, zu Anfang März, machen sich nun die Seehundsjäger auf die Fahrt; Mitte März sind sie an den Jagdplätzen angelangt, wo die Tiere sich, keine Gefahr ahnend, ihren Familienfreunden hingeben. Jeder Jäger ist mit einem etwa 8 Fuß langen Fischbalken bewaffnet, der als Waffe und Werkzeug unentbehrlich ist. Schon aus weiter Ferne bemerken die gespannt horchenden Jäger das Wimmern der jungen Robben, wenn sie sich den Plätzen nähern. Das Schiff geht dann an den Eisfeldern vor Anker oder bleibt in der Nähe im offenen Wasser und die Jagd beginnt. Mit dem Haken schlägt der Jäger die junge Robbe auf die ver wundbarste Stelle ihres Körpers, auf die Nase, und tötet sie damit sofort. Schnell wie der Schlag ausgeführt wurde, kniet der Mann dann nieder, löst dem Tier mit seinem großen Messer das Fell ab und läßt den nackten Kadaver auf dem Eis liegen. Die Helle, der Pelz und die Fettstücke werden in Bündeln zusammengeschnürt und auf Schiff gebracht. So leicht die Jagd bei den jungen Tieren ist, so schwer und gefährlich wird sie oft bei den Alten. Ein Schlag a die Nase führt hier selten den Tod herbei und die Tiere müß daher mit dem Gewehr geschossen werden. Die männliche Hakenrobbe verfügt über gewaltige Kräfte und kann nur durch ein Schuß in den Nacken erlegt werden, da sie in der Gefahr die Rohrkolbe aufbläht und so Gewicht und Augen schützt. Ein reiztes Tier ist ein furchtbarer Gegner, der seinen Feind wohl töten vermag. Von den erlegten Robben sind 80 Proz. ganz junge Tiere, die nur wenige Wochen alt sind, die dem Jäger schwer erfliehen können und fast wertlos sind, während man sich an älteren Tiere viel seltener heranwagt. Die Jäger lassen von ihrer Arbeit des Schlachtens nicht ab, bis alle in der Nähe befindliche Opfer ihren Haken zur Deute gefahren sind oder die Nacht bei Gemebel ein Ende gebietet. Häufig haben sie sich dabei viel Meilen von ihrem Schiff entfernt und müssen nun bis zum Morgen auf dem Eisfeld bleiben. Daraus entwickeln sich bisweilen sehr gefährliche Situationen, wenn ein plötzlicher Schneesturm losbricht und die Jäger in Nebel und Wolken hüllt, so daß sie den Weg zum Schiff nicht zurückfinden oder sich in der Eiswüste völlig verirren. Wenn eine genügende Anzahl von Hellen erbeutet ist, fahren die Schiffe wieder heim; die Deute eines Robbenschwärms beträgt in einer Woche etwa 20 000 Helle, die zwischen 10 und 12 M. das Stück wert sind. Wenn die Jagd nicht glücklich von statten geht, bleiben die Schiffe allerdings manchmal viele Wochen im Eis. Der jährliche Fang von Robben beträgt etwa eine halbe Million und der Gesamtmarkt der Industrie für Neufundland beläuft sich auf 6 Millionen Mark.

## Raffenbergigungen in einer Zrenanstalt.

Hamburger Meldung zufolge sind gestern in der Zrenanstalt Friedrichberg nach dem Genus von Reis mehrere hundert Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt, von denen zwei noch einigen Stunden gestorben sind. Die vorgefundenen Speisereste werden im bakteriologischen Institut untersucht. Da nach Aussage der Köche der Reis einwandfrei gewesen ist, nimmt man an, daß es sich um einen Vergiftungsversuch handelt.

Eine spätere Meldung aus Hamburg besagt: Wie die Polizeibehörde mitteilt, bietet die Raffenerkrankung in Friedrichberg keinerlei Anhalt zur Verurteilung. Dem Anschein nach liegt keine Vergiftung vor; die Ursache der Durchfälle, die am Montagnachmittag bei den Erkrankten eintraten, ist allerdings noch nicht ermittelt. Zwei schwächliche Frauen sind unter Erscheinungen von Herzschwäche gestorben. Alle anderen Erkrankten sind heute bereits wieder völlig genesen.

Vom Zug überfahren und getötet. Aus Wollstein (Provinz Posen) wird gemeldet: „Der um 1 Uhr 39 Minuten von Grätz fällige Zug überfuhr gestern zwischen Grätz und Südbhof ein Bauerngespann, zertrümmerte den Wagen und tötete den Bauer an der Stelle. Der Bauer hatte, obwohl der Zug schon von weitem sichtbar war, den Versuch gemacht, noch vorher den Hebergang zu überfahren.“

20 800 Mark vom Postwagen gestohlen. Nach einer Meldung aus Rhenia wurde gestern abend aus einem von Ratibor nach Rhbnil abgegangenen Postwagen eine Geldkassette mit 20 800 Mark Inhalt gestohlen. Als Täter wurden der Postillon Gola und der Maurer Rucha ermittelt.

Wieder abgeschleppt. Das vor dem Hafen von Portsmouth in Dominica (Westindien) leicht auf Grund geratenen Schulkiff des Deutschen Schulkiffvereins „Großherzogin Elisabeth“ ist, wie aus Bremen gemeldet wird, mit Hilfe von Dampfern ohne Beschädigung abgeschleppt und im Hafen zu Anker gegangen. An Bord ist alles wohl.

Ueber eine Baukatastrophe wird vom gestrigen Tage aus Welfeld gemeldet: Heute früh stürzte beim Abkühlen des großen Fabrikgebäudes der neugegründeten Norddeutschen Steingewerke im Marktleden Duingen das gesamte Vallenwerk und der aufgestaute Anlestd ein. Durch die Gewalt des Sturzes wurden auch die Eisenträger mit fortgerissen und sämtlich zertrümmert. Zwei Personen sind tödlich, zwei schwer und drei leicht verletzt. Das Unglück ist wahrscheinlich durch ein Nachgeben der Außenmauer verursacht worden.



**Liebesunterricht der Könige oder: Die Erziehung zum Monarchen.**  
 Die „Blanche“ französische Schauspielerinnen Jeanne Granier war dieser Tage nach Neudorf in Schlesien auf das Gut des Fürsten Dendell von Donnerstern (der von alterher Beziehungen zur Pariser Welt unterhält) geladen worden, um Wilhelm II. etwas vorzuspielen. Zum Schluß geriet sie die Granier als Konferenziererin und hielt einen Spech über die Liebe und die Monarchen. Sie plauderte darin allerlei aus über die Beziehungen der Monarchen zu den großen Pariser Schauspielerinnen-Götzen, Sachen, die im Lande der frommen Denkungsart nicht jedermann geläufig sind. Da Madame Granier offenbar ihre Rednerin versteht und aus Erfahrung sprechen kann, dürften einige ihrer Individualitäten bei uns auf Interesse zählen. Nach dem „Gut Was“ sagte Madame u. a.: Wenn ein König mit einer Schauspielerin zusammentritt, sagt er zu ihr: „Liebe, sprechen wir von der Liebe.“ Und sie vergesse sich in wonnigem Entzücken, fern von den Wilden Europas. Die Könige beklagen sich darüber nicht, die Schauspielerinnen auch nicht. Diejenigen Monarchen, welche eine gefühlvolle und zärtliche Frau mit den Freuden und Witternissen der Liebe bekannt macht, erwies sich als besonders geschickt zur Leitung der Völker, als duldend und gut und um das Glück ihrer Untertanen besorgt. Deswegen, Majestät, machen die Könige mit einer Freude, die uns Frauen stolz macht, den Weg nach Paris. Sie haben als junge Männer schon von den Reizen der französischen Frau gehört, und ihre königlichen Augen richten sich, kaum daß ihre Phantasie erwacht ist, auf diese herrlichen Muster von Grazie, mit welchen die von der Schönheit begeisterten Maler des 18. Jahrhunderts die fürstlichen Galerien gefüllt haben. Und ihr erster Liebestraum ist ein französischer Traum, eine Schwärmerie für ein Pariser Mädchen. Nach Paris kommen sie fast alle, und sie leben immer mit Lust und Liebe dorthin zurück. Zu beklagen sind diejenigen, welche nicht mehr wiederkommen! Sie mögen Waffentruhen errungen und mit harter Hand regiert haben; sie haben nicht geliebt, sie haben nicht geachtet, sie haben nicht gelebt, wenn sie nicht den Hauch einer Stunde höchsten Triumphes bei einer Französin, die sich hingibt, ausgelost haben. Es gibt Fürsten, Majestät, die die Liebe niemals kennen gelernt haben werden, weil sie sich niemals werden rühmen können, daß sie unser Herz besessen haben.  
 Sache der Schauspielerin ist es, den Königen gründlichen Liebesunterricht zu geben. Welche Frau kennt und schätzt die Könige der Welt besser als eine Königin der Bühne? Die Schauspielerinnen lieben das Königtum wegen des Majestätischen, Feierlichen, Theatralischen, das ihm anhaftet, wegen seines Pompes und seines Aufputzes. Wir sind weder banale Bürgerfrauen noch steife vornehme Damen; wir sind „amoureuuses“ (Beliebte), und damit ist alles gesagt. Wir geben uns mit einer

Vertraulichkeit, die niemals den Respekt ausschließt. Die Könige haben im Verkehr mit uns weder dumme Konsequenzen noch unangenehme „Lendemanns“ (Nachwehen am folgenden Tage) zu fürchten. Wir lieben, und wir scheinen zu vergessen, daß man uns geliebt hat. Die Königinnen betrachten daher auch die Schauspielerinnen, die zu gefallen, zu erfreuen und zur rechten Zeit zu verschwinden wissen, mit liebevoller Rücksicht. In einem Hause der Avenue de Wagram zu Paris hängt eine talentvolle Künstlerin, die meine Bescheidenheit mir zu nennen verbietet, an die Wände ihres geheimen Douloirs königliche Photographien, die sie an glänzliche Minuten erinnert: „Alexander, Krönung, November 1909 (N)“, „Großfürst Boris, der nicht verpöht“, „Herzog von Orleans“, „in heifer Verehrung“, ein melancholischer Prinz Napoleon, ein palästinischer Prinz von W., und unter so vielen männlichen Erinnerungen Gesichter von Königinnen und Fürstinnen, die ohne Groß lächeln. Man ahnt wohl, weshalb uns immer vergiehet wird. Wir wissen so viele Dinge und erzählen davon so wenig! Wir intrigieren nicht, wir regieren nicht, wir herrschen nur über das Herz, und unsere Herrschaft dauert nur eine Nacht. Gute Nacht, Majestät!  
 So interessant Madame Granier auch geplaudert haben mag, viel Neues hat der Kaiser aus ihrem Vortrage wohl kaum gelernt.

Ein überaus heftiger Sturm wüthet, wie aus Drest gemeldet wird, seit gestern früh an der Rüste. Das Panzergeschiff „Charles Martel“, das aus Überbourg nach Drest zurückkehren wollte, telegraphierte nachmittags von offener See, etwa zwölf Meilen von Quessant, daß es den Hafen nicht erreichen könne. Man nimmt an, daß das Schiff eine Wasserpumpenavarie erlitten hat. Wegen des Sturmes ist es vorläufig unmöglich, Hilfe zu senden.

Aus Toulon wird gemeldet: Das frühere, durch eine Explosion schwer beschädigte Panzergeschiff „Jena“ schlug heute, als es zur Reparatur nach Toulon geschleppt wurde, infolge Sturmes vor der Insel Porquerolles um und liegt in zehn Meter Wassertiefe Steuerbord auf Grund. Menschen sind nicht verunglückt.

**Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag, den 3. Dezember 1909.**  
 Fleisch: Auftrieb stark, Geschäft ruhig, Preise für Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Auftrieb reichlich, Geschäft schleppend, Preise nachgehend. Geflügel: Auftrieb reichlich, Geschäft still, Preise wenig verändert. Fische: Auftrieb ziemlich genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Auftrieb über Bedarf, besonders in ausländischen Sorten, Geschäft sehr still, Preise kaum zu behaupten.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.** Bezirk Nordost. Heute abend 9 Uhr Bürgerhalle, Dreyerstr. 107: Vortrag des Genossen Stadtverordneten August Dings. Gäste willkommen.

**Witterungsbericht vom 2. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Amstelveen	788	DE	3	Regen	9	Hararinda	760	R	5	Schnef	-10
Danzburg	738	W	2	bedeckt	3	Petersburg	753	RD	3	bedeckt	-8
Darmst.	735	W	2	Regen	6	Stettin	750	W	3	Regen	1
Hann. a. M.	741	W	2	bedeckt	2	Übersee	741	W	3	wolkig	9
München	745	W	3	wolkig	3	Paris	750	W	3	Regen	6
Wien	744	W	3	wolkig	4						

**Wetterprognose für Freitag, den 3. Dezember 1909.**  
 Zunächst aufkarend, etwas kühler bei mäßigen nordwestlichen Winden; später wieder langsame Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1.12.	am 30.11.	Wasserstand	am 1.12.	am 30.11.
Remel, Tils	1.12	30.11	Saale, Großh.	270	+112
Regel, Jüterburg	902	+1	Saale, Spandau	84	+3
Regel, Teltow	65	+2	Saale, Rathenow	89	+4
Regel, Thon	62	-12	Spree, Spremberg	94	+2
Oder, Rathow	171	+26	Spree, Zossen	86	+3
Oder, Krossen	118	+8	Spree, Rindow	190	+92
Oder, Frankfurt	133	+3	Spree, Rindow	174	+38
Oder, Schimm	48	+2	Spree, Rindow	346	-4
Oder, Sandberg	40	-4	Spree, Rindow	163	+3
Oder, Gorkum	1	+5	Spree, Rindow	212	-15
Oder, Zeltmeh	-30	+7	Spree, Rindow	139	+53
Oder, Pardo	-146	+8	Spree, Rindow	175	+15
Oder, Pardo	99	-22	Spree, Rindow	138	+15
Oder, Pardo	112	-8	Spree, Rindow	144	+27

+) + bedeutet Sturz. -) -) Unterpegel. \*) Sturz. \*) Sturz. Die gesamte Oder und Warthe bis Schmeide einschließlich ist eisfrei. Auch die Saale, Havel, Elbe, Spree, Oder und Ruhr haben mittelmäßiges Hochwasser. Das Steigen der Elbe und Spree hat sich verlangsamt und irgendeine Bedenken ist die Gefahrlage nicht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Freitag, 3. Dezember.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Königl. Opernhaus. Einsonf. fongert der hl. Kapelle.  
 Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
 Neues königl. Opernhaus. Der Kampf um Scheldewege. (Anfang 8 Uhr.)  
 Komische Oper. Das Weibchen.  
 Neues königl. Opernhaus. Geschlossen.  
 Neues Schauspielhaus. Ihr letzter Brief.  
 Lessing. Lantia der Karr.  
 Neues Opernhaus. Wie Dudelsack.  
 Revolver. Hohe Politik.  
 Trianon. Turband Gel.  
 Neues. Der Unbekannte. Herbst.  
 Kleines. Koral.  
 Residenz. Gretchen.  
 Heibel. Der Schandak.  
 Schiller o. Galtner. Theater.)  
 Das Räthchen von Heilbronn.  
 Schiller. Charlottenburg. Die Schöne.  
 Friedrich. Wilhelmshafen. Schauspielhaus. Der Bibliothekar.  
 Weihen. Die geschiedene Frau.  
 Thalia. Die ewige Lampe.  
 Weihen. Ob mich frei.  
 Volksoper. Die Augenmotten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Note. Die relegierten Studenten.  
 Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.  
 Westrosen. Holloch II - Die große Revue.  
 Jolied Caprice. Sider III ficher.  
 Hunter Zell. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
 Wpasa. Spezialitäten.  
 Wintergarten. Spezialitäten.  
 Casino. Ostel Eosn.  
 Wehr. Herrfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.  
 Karl Oberland. Spezialitäten.  
 Walhalla. Spezialitäten.  
 Wappiel. Der Hüttenbesitzer.  
 Vahner. Gussi Holl. Die Gysi. Spezialitäten.  
 Roads. Der Weibchenfresser. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Palast. Die neue Herrin. Zeit? Spezialitäten.  
 Reichshallen. Stettiner Sänger.  
 Urania. Taudenstr. Nr. 14/19. Im wissenschaftlichen Theater. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.  
 Stern-arte. Annalidenstr. 67-68.  
 Lessing-Theater. 8 Uhr: Lantia der Karr. Sonnabend 8 Uhr: Lantia der Karr. Sonntag 8 Uhr: Hedda Gabler. 8 Uhr: Vor Sonnenaufgang.  
 Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Hohe Politik. Morgen: Hohe Politik.  
 Neues Theater. Abends 8 Uhr:  
 Herbst. - Der Unbekannte. Morgen u. folgende Tage: Herbst. Der Unbekannte.

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.

Theater des Westens. Heute nachm. 4 Uhr: Stranowepeter. 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Waldertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, den 3. Dezember, Anf. 8 Uhr: Der Bibliothekar.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.

Neues Operetten-Theater. Schönbauerstr. 15, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: MIB Dudelsack. Operette in 3 Akten von Rudolf Reson.

Volks-Oper. SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8. Abends 8 1/2 Uhr: Die Hugenotten.

Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Gretchen. Große in 3 Akten von Davis und Wpisch. Sonnabend, den 4. Dezember, zum erstenmal: Im Taubenschlag.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Gib mich frei. Schauspiel in 5 Akten v. O. Courty. Wobler, G. Ritterfeld. Sonnabend 4 Uhr: Große Ander. Dorf. Zum erstenmal: Goldschmied. Sonntag 8 Uhr: Gier-Saga. Sonntag nachm. 8 Uhr zu kleineren Preisen: Wilhelm Tell. Abends 8 Uhr: Gier-Saga.

Gastspiel-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr: Kleine Besse.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Raschen gestaltet.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Suridans Esel.

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Das Käthchen v. Heilbronn. Großes historisches Ritterstück in 5 Akten von Heinrich v. Meiß. Ende 11 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Das Käthchen v. Heilbronn. Sonntag, nachm. 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Sonntag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Die Ehre. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Schwur der Treue. Sonntag, nachm. 8 Uhr: Macbeth. Sonntag, abends 8 Uhr: Mit Hobbs.

Apollon Theater. 8 Uhr: Das Progr. d. Novitäten! 8 Uhr: Der Schimpanse. Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhfahrer. 9.15. Prinz Pinne. Lustspiel in 3 Bildern. Henry Bender. 10 Uhr: Das Wunderkind Polt Roberts, d. Kräfte u. beste Zuhilfenahme der Welt.

WINTERGARTEN. Neues Programm! Otto Reutter. La Pia in ihrer Scene „Der Wollen Geist“. Klei Bros., Box and Ball Panching Sport. Mils. Boreilly, franz. Sängerin. Fred Marlon, Musik-Imitator. „Kinemacolor“, bioskop. Projektionen in natürl. Farben. Merians Handtheater. Einführung d. Salome-Tänzerin. Posse i. 8 Akt. gespielt von 42 Hunden. The 4 Fords, Tans. Neubeiten. Emerson u. Baldwin, mod. Jongleure. Tom Jack Tris, Musik-Akt. Kelly & Gillette, ein Spaß im Billardsalon. Biograph.

Herrnfeld Theater. Stommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083. Der größte Herrnfeld-Erfolg! „So muß man's machen“

Ein Rettungsmittel. Komödie in 1 Akt von Ludwig Hum. Anfang 8 Uhr. Bornerstr. 11-12 Uhr Theaterkass.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Ganzlich neues Programm mit Franz Sobanski. Neu! Um 9 Uhr: Neu! Im Nordseebad. Nordisches Volkstanz in einem Akt nach der Vorstellung Rittmoos. Sonnab., Sonn., Tanzkranzchen. Am 16. Dec. Beg. d. Weihnachtsfest.

**Passage-Theater.**

Erstes Auftreten der besanbernden Gussi Holl Ota Gygi. 14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum. Heute Senegal in Berlin! 50 wilde Weiber. Männer, Kinder. Drei Negerdörfer. Die Traumalerin. Neu: Im Reiche des Königs Aqua. Geheimnisse der Wasserleitung. Plastische Riesendioramen. Tamburitzu-Brigantou. Panophon-Vorträge. Alles ohne Extra-Entree!

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirnau. Burgstr. 24, am Vahnhof Börje. Das vollständig neue brillante Dezember-Programm. Die neue Herrin. Taft? Taft? Vorzugsorten überall zu haben. Den p. t. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtstheater zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restikanten wollen sich umgehend melden. - Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Ver. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Voigt-Theater. Gesundheitsbrunn. Badstr. 58. Freitag, den 3. Dezember: Flotte Weiber. Volkstanz mit Gesang in 4 Akten von Lespion. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Brunnstr. 16, am Rosenbaldor Tor. Abends 8 1/2 Uhr zum letztenmal: Der Weibchenfresser. Schauspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Bister v. Berndt, Inscenograph: Fr. Werler. Sonnabend: Gussiel Rote Gisse. Tag: Buschilus oder: Im Edelgrund und tiefem Wald.

**Zirkus Schumann.**

Freitag, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Dabüt Galavorstellung. Dabüt Henry Valdori der moderne Simon. The Durwal Brothers. Estr. Nible. In seinen konvertierenden Papageien Cokoo und Laura. Auftr. des Dir. Alb. Schumann. Um 9 Uhr. Ende ca. 11 Uhr. Die große Feerie Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie phantastische Feerie in 5 Akten. Feenhafte Lichtspieltheater. Sonntag: Zwei Vorstellungen. Radm. ein Kind frei. Nachmittags Cokoo und Laura, der Schimpanse.

Südafrikanischer Buren-Zirkus COLOMBO! Sonntag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr: Premiere. Alt-Boxhagen 5 Minuten von Hauptbahnhof. Zum erstenmal in Europa! Exotische Kunstreiter-Gesellschaft. 3000 Veronesen fassend, Dampfheizung. Preise 80 Pf. bis 3 M.

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. Sicher ist sicher. Neuer dauter Teil. Der Mann meiner Fran.

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Heute 8 Uhr: Der Oberganner. Komödie in 3 Akten von Michel Gorder. Neues Programm. Sonntag 4 Uhr: Familie Kitzert. Kitzert. Diction Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsch. Sänger und Tanztruppe. Stets neues hochaktuelles Progr. Beg. Sonn. 5. wochent. 8 U. Sonnabend, 4. Dezember: 15 jähr. Jubiläum des Herrn Franz Hauber: Gr. Extra-Elite-Soiree.

Walhalla. Weihen. Freitag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Die großartigen Dezember-Spezialitäten. Im Saal: Regimentskapelle. Theaterbesuchern freier Eintritt.

**Zirkus Busch.**

Heute Freitag, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr präzis: Komischer Gala-Abend Die größte Sensation! Der Amerikaner Kerslake m. a. weither. dressiert Schweinen. Zum erstenmal auf d. Kontinent! Reiterfamilie Prosper! Familie Jungmann. Ferner: Herr Burkhardt-Festilt. Schulreiter. - Herr Ernst Schumann, Neudressuren, usw. 9 1/2 Uhr: Farmerleben. Sonntag, 5. Dezember, 8 1/2 Uhr: Farmerleben ohne Kürzung!

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 5. Dezember 1909: Auf allgemeinen Wunsch: Der Pfarrer von Kirchfeld. Volkstanz mit Gesang in 4 Akten von L. Angenbruber. Der Burgleser. Hand Reiz.

Karl Haverland. Anfang Theater präz. 8 U. 77/79 Kommandantenstr. 77/79. 13 neue erstklassige. 13 Spezialitäten. 13 Schlager auf Schlager!

Rippenhagen am Moritzplatz. Anf. 8 Uhr. Die Birmanische Fürsten-Familie Silonesou Jaglo in ihren geheimnisvollen Künsten. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Große Vorstellung zu kleinen Preisen. Ein Kind frei.

Weihnachts-Messe. Dresdener Str. 34/35. größte u. schönste. Täglich: KONZERT. Eröffnung: Montag 5 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Entree Sonntag 30, wochentags 10 Pf.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger zum Schluß, neu: Der Nachtwächter von Jerspenhause. Studentenbild v. F. Moyal. Anfang: Robert. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Berliner Uk-Trilo. Polk Schöner Stralsunderstr. 1. Schmelzer Volks-Humorist. Gesellschaft. Torzen. Stettinerstr. 57.



# W. WERTHEIM G. m. b. H.

POTSDAMER STRASSE  
10/11, 13

FRIEDRICH-STRASSE 110-112  
PASSAGE-KAUFHAUS

Freitag  
Sonnabend

## Besonders preiswerte Lebensmittel

Soweit  
Vorrat:

### WILD UND GEFLÜGEL

#### Hirschfleisch:

Ragout	Blatt	Rücken	Keule
Pfd. 25 Pf.	50 Pf.	80 Pf.	85 Pf.

Reh: Blatt	Keule	Rücken
Stück 1.50 bis 2.00	4.50 bis 6.50	7.00 bis 9.50

Hasen: gestreift	gespickt
Stück 3.25 3.60 4.00	3.75 4.10 4.50

Brathühner Stück 95 Pf. 1.30 1.70

Suppenhühner 1.50 1.70 2.00

Enten . . . . . Stück 2.00 2.25 3.20

Gänse . . . . . Pfund 62 Pf. 67 Pf.

Fasanen . . . . . Stück 2.00 2.30

### FRISCHES FLEISCH VON PRIMA MASTVIEH

#### Schweinefleisch

Schinken im ganzen und geteilt Pfd. 75 Pf.  
Schulterblatt . . . . . Pfd. 80 Pf.  
Kamm . . . . . Pfd. 80 bis 85 Pf.  
Bauch . . . . . Pfd. 75 Pf.  
Pökelkamm . . . . . Pfd. 85 Pf.  
Pökelrippen . . . . . Pfd. 80 Pf.

#### Ochsenfleisch

Schmorfleisch ohne Knoch. Pfd. 1.00 mit Knoch. Pfd. 90 Pf.  
Kamm . . . . . Pfd. 75 bis 80 Pf.  
Schabefleisch . . . . . Pfd. 1.00  
Querrippe . . . . . Pfd. 70 Pf.  
Gehacktes Fleisch . . . . . Pfd. 60 Pf.  
Pökel-Ochsenzungen Pfd. 1.25 bis 1.50

**KASSELER RIPPE SPEER . . Pfd. 75 bis 85 Pf.**

### FISCHE

Schellfisch . . . . . Pfund 25 Pf.  
Cabliau . . . . . Pfund 20 25 Pf.  
Seelachs . . . . . Pfund 20 25 Pf.  
Rotzungen . . . . . Pfund 35 Pf.  
Ostender Seezungen Pfund 1.50  
Ostender Steinbutten Pfund 1.10  
Wechsel-Lachs . . . . Pfund 3.50

Lebende Karpfen Pfund 80 85 Pf.  
Lebende Hechte . . . . Pfund 1.00  
Lebende Schleie . . . . Pfund 1.30  
Lebende Aale . . . . . Pfund 1.30  
Lebende Forellen Pfd. 2.75 3.00  
Prima holländische Austern  
Kieler Sprotten in Kisten von ca. 2 Pfund, pro Kiste 55 Pf.

### WURST-

### UND FLEISCHWAREN

Ostpreuss. Landschinken 10-15 Pfund schwer Pfund 1.10  
Rollschinken 8-10 Pfund schwer Pfund 1.35  
Mausschinken . . . . . Pfund 1.10  
Holst. Cervelatwurst Pfund 1.10  
Cervelatwurst in Fettdarm Pfund 1.20  
Teewurst . . . . . Pfund 1.15  
Mettwurst Braunschweiger Art Pfund 0.90  
Schinkenwurst . . . . . Pfund 1.15  
Bauernknoblauchwurst Pfd. 0.95  
Feine Leberwurst . . . Pfund 0.95  
Leberrotwurst . . . . . Pfund 0.90  
Rotwurst I und II Pfund 0.70 u. 0.45  
Sülzwurst . . . . . Pfund 0.65  
Garantiert reines Gänseschmalz Pfund 1.10  
Ochsenzungen tafelfertig Netto Pfund 2.10

### SÜDFRÜCHTE, OBST

Datteln . . . . . Karton 52 Pf.  
Feigen . . . . . Kiste 35 Pf.  
Trauben-Rosinen Pfund 60 Pf.  
Knackmandeln . . . . Pfund 70 Pf.  
Apfelsinen . . . . . Dtzd. 45 Pf.

1 Waggon Pfund  
**rote Weihnachtsäpfel 15 Pf.**

### NUR POTSDAMER STRASSE:

Große Auswahl  
in feiner kalter Küche  
tafelfertig zum Mitnehmen:

Gefüllte Tomaten 40 Pf. Zungenröllchen . 40 Pf. Geflügel-Galantine m. Gl. 60 Pf. Hummer-Mayonnaise m. Gl. 1.10  
Lachsrollchen . . 40 Pf. Wachtelchouffrolx 50 Pf. Gefüllte Artischocken . . 40 Pf. Wildschwein-Roulade m. Gl. 60 Pf.

Im Frühstücksraum täglich von 1/2 12-2 Uhr: Warmes Tagesgericht

**„Nord-West“**  
Illustrierte Halbmonatsschrift

Heft 5 ist soeben erschienen  
und enthält als besondere Weihnachts-Beilage den Zyklus  
„Das Fest der weißen Rose“  
10 Bilder von Adolf v. Menzel im Auftrage König Friedrich  
Wilhelm IV. für Kaiser Nikolaus I. von Rußland gemalt.

Preis  
der Nummer inklusive  
der Weihnachts-Beilage  
**20 Pf.**

## Zum Schutz gegen Scharlach und andere ansteckende Krankheiten

werden folgende Maßregeln dringend empfohlen:

1. Die Zimmer sind täglich mit Automorswasser aufzuwischen und mehrmals zu besprengen (1 Eßlöffel voll auf 1 Eimer Wasser).
2. Dem Wasch- und Badewasser sämtlicher Hausbewohner setzt man einige Tropfen Automors zu oder gebraucht Automors-Toilette- bzw. Bade-Seife.
3. Die gebrauchte Krankenwäsche muß sofort in Automorswasser geworfen, eine halbe Stunde darin belassen und erst dann durchgewaschen werden.

AUTOMORS, welches eine fünffach starke Wirkung wie z. B. Carbolsäure besitzt und geruch- und giftfrei desinfiziert, erhalten Sie in den Apotheken und Drogerien.

**Gebr. Heyl & Co., A.-G.,**  
Charlottenburg.

## Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Größtes Lager in abgelagerten Zigarren  
Größtes Lager in Weihnachtspackungen

**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70  
Telephon: Amt VII, 3047.

**Fette Gänse**  
junge  
nur beste Qualitäten von 7 bis  
14 Pfund a Pfund 65 Pf.  
Gänserampe, 1/2 Gänse.  
Junge Enten M. 2,50.

**Hühner,**  
fette Suppenhühner, fge. Brathühner  
in besonders schöner Auswahl.  
Wegner, 50. Mariannenstr. 34.



Preisliste 18 gratis.  
Wäscherollen, Wasch- u. Wringmaschinen  
Lieferung als Spezialität in neuester, praktischer  
Ausführung zu außerordentlich billigen Preisen  
Rudolf Knapke, Berlin SW. 19, Seydelstr. 7, a. Spittelmarkt



Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Am Sonntag fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Versammlung der Mitglieder und Helfer statt, in der Genosse R d r s t e n über das Thema referierte: „Sind Reichstaxen günstiger wie Lokaltaxen?“

Das Unternehmertum sei nur den Tarifen zugänglich geworden infolge des Kleinriegs. Es sei am empfindlichsten zu treffen, wenn es disponiert hat. Diese Kleinriege hätten den Gewerkschaften die meisten Erfolge gebracht.

nommenen Vortrag mit der dringenden Aufforderung, aus dem Geböhrten die Konsequenzen zu ziehen und unermüdlich in der Agitation und Organisation weiter zu wirken.

Der nächste Redner erklärte, daß ihm die ersten Ausführungen Handles gefallen hätten, die letzten jedoch nicht. Es wäre besser gewesen, er hätte verständlicher gesprochen.

Handle wendet sich gegen den ersten Redner. Den Wiesenhalschen Kollegen werde der Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband so leicht wie möglich gemacht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweites Hof, betriebl. Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

Junger Genosse 1890. Sie können sich erst nach erreichter Volljährigkeit verheiraten, also in ein Jahr als genossen oder auf Ihren Antrag bis her für großjährig erklärt worden sind.



Passende Weihnachts-Geschenke! Großvaterstühle — Ruhestühle — Klappstühle — Störmer's Patentstühle jede Körperlage annehmend. Triumphstühle, Normal-Kinderpulte von 18 M. an.



Preisliste No. 198 gratis u. franko.

Versand nach auswärts.

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik BERLIN SW., Markgrafen-Straße 20, Ecke Koch-Straße.

H. Esders & Dyckhoff

Ausverkauf

in fertiger Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis wegen Filial-Aufgabe

Oranien-Strasse 48

1 Posten Damen-Jacken, Mäntel, Röcke und Blusen aussergewöhnlich billig.

Ausverkauf nur Oranienstr. Ecke Luckauerstr. am Moritzplatz.





